

Claude Opus 5.5 im Auftrag von
Severin Tatarczyk

Der Strandkorb Effekt

Wie politische und mediale Milieus
das Land missverstehen – und damit
AfD und Linkspartei stärken



@stagerbn

Der Strandkorb-Effekt

Wie politische und mediale Milieus das Land missverstehen – und damit AfD und Linkspartei stärken

Komplett von Claude Opus 5.5 im Auftrag von Severin Tatarczyk geschrieben

Für alle, die sich an einem Montagmorgen an die Tankstelle stellen und sich fragen, ob in Berlin eigentlich noch jemand weiß, was ein Liter Diesel kostet.

Wenn Sie die Ausführungen lieber auf Ihrem Kindle als E-Book lesen wollen, können Sie „Der Strandkorb-Effekt“ hier auf Amazon [herunterladen](#).

Inhalt

Prolog: „Das sieht doch super aus“

Die Woche, in der die Folge lief

Was im Netz geschah

Was die Verteidiger sagten

Die falsche Frage, richtig beantwortet

Worum es in diesem Buch geht

Kapitel 1: Was der Strandkorb-Effekt ist

Zwei Ebenen, eine Verwechslung

Die Binnenlogik der Milieus

Triggerpunkte

Die Abwehr der Empörung

Warum AfD und Linke davon leben

Was dieses Buch nicht behauptet

Drei Phasen

Kapitel 2: Alternativlos. Die Gründung der AfD

Ein Unwort wird zum Parteinamen

Die Heimatlosen der Union

4,7 Prozent

Der Weg nach Osten

Pegida und die Kälte in den Herzen

Was 2013 und 2014 lehren

Kapitel 3: Das Jahr, in dem die Mitte sprachlos wurde (2015/16)

Essen, Juli 2015

Heidenau, Pack und Dunkeldeutschland

Wir schaffen das

Der besorgte Bürger

Köln

Politik ändern, ohne es zu sagen

Das Jahr der Landtagswahlen

Die Radikalisierung der anderen

Was die Linke in diesen Jahren verlor

Kapitel 4: „Ich kann nicht erkennen ...“ Der Einzug in den Bundestag (2017/18)

Der Wahlabend

Der Satz

Monate ohne Regierung

Chemnitz und die Beförderung

Die Mutter aller Probleme

Merkels Abschied vom Parteivorsitz

Die Linke und die Sammlungsbewegung

Was die Jahre 2017 und 2018 zeigen

Kapitel 5: Rezo, Erfurt und das Video, das nie erschien (2019/20)

Die Zerstörung der CDU

Vorgeschichte: die gekauften Demonstranten

Die Antwort, die ausblieb

Meinungsmache

Das Jahr der Gewalt

Der Osten wählt

Erfurt, 5. Februar 2020

Zwei Kränkungen auf einmal

Kapitel 6: Aktienoptionen, Masken, ein Lachen in Erfurt (2020/21)

Augustus

Die Masken

Das Hinterzimmer

Erftstadt

Die Wahl von 2021

Die Linke am Abgrund

Kapitel 7: Heizungskeller und Brandmauer. Die Ampel-Jahre (2022–2024)

Zeitenwende und Doppelwumms

Der Heizungskeller

Die Opposition und ihre Paschas

Sonneberg

Traktoren

Potsdam und die Millionen auf der Straße

Das Superwahljahr 2024

Das Ende der Ampel

Die verpasste Chance

Kapitel 8: Die andere Lücke. Wie die Linke fast verschwand und zurückkam

Geburt aus einer Kränkung

Vom Kümmerer zum Establishment

Die Selbstgerechten

Neustart in Halle

Die Rede

Was die Linke verstanden hatte

Die Grenzen des Erfolgs

Die Lehre für die Mitte

Kapitel 9: Die Januarwoche. Wie die Mitte beide Ränder zugleich stärkte (2025)

Ein Versprechen im November

Aschaffenburg

Der 29. Januar

Der 31. Januar

Die Rechnung

Warum Merz nicht verstand, was geschah

Der Kanzler, der keiner werden sollte

Kapitel 10: Schuldenbremse, Stromsteuer, Stadtbild. Das erste Regierungsjahr (2025)

Der Wortbruch vor dem Amtsantritt

Die Stromsteuer

Kein Zirkuszelt

Die Richterwahl

Stadtbild

Der nicht mehr finanzierbare Sozialstaat

Das Vermittlungsproblem

Kapitel 11: Das mediale Milieu. Blase, Bühne, Empörung

Wer berichtet

Die späte Nachricht

Das Etikett

Die Bühne

Die Empörungsmaschine

Der Strandkorb der Sender

Was die Kamera zeigte

Was Medien anders machen könnten

Kapitel 12: Tennis, Tank und ein Kabinettsumbau

Der Stromausfall

Der Krieg und die Zapfsäule

Zwei Wahlen im Westen

Das Reformpaket

Die Kettenreaktion

Eine Regierung, die sich selbst beschäftigt

Kapitel 13: Sechs Wochen im September. Magdeburg, Schwerin, Berlin

Magdeburg: Der Erdrutsch

Die Tage danach

Schwerin: Zerrieben

Was „zerrieben“ verschweigt

Berlin: Die Hauptstadt wählt links

Was die Berliner sagten

Die Grenzen der Berliner Linken

Die Reaktion der CDU

Kapitel 14: Zurück zum Strandkorb

Die Chronologie

Fünf Verteidigungslinien

Was eine andere Antwort hätte sein können

Das Objekt

Die Vorlage

Einsicht im Nachhinein

Was der Strandkorb nicht ist

Kapitel 15: Was gegen diese These spricht

Erster Einwand: Die Ursachen liegen tiefer

Zweiter Einwand: Das ist ein internationaler Trend

Dritter Einwand: Die Ränder haben aufgerüstet

Vierter Einwand: Die Wähler wollen Unvereinbares

Fünfter Einwand: Die Mitte gewinnt doch noch

Sechster Einwand: Die Symbolkritik ist selbst populistisch

Siebter Einwand: Die Wähler sind selbst verantwortlich

Achter Einwand: AfD und Linke gehören nicht in einen Satz

Was übrig bleibt

Schluss: Raus aus dem Strandkorb

1. Die Anklam-Probe

2. Erst die Beziehung, dann die Sache

3. Korrektur mit Anerkennung
4. Weniger versprechen, mehr halten
5. Die Zumutungen von oben nach unten
6. Alltag vor Weltanschauung
7. Anwesenheit statt Auftritte
8. Ein Personal, das das Land kennt
9. Brandmauer plus Angebot
10. Raus aus dem Raumschiff

Die offene Seite

Nachwort

Stand und Quellen

Quellen

Die Strandkorb-Woche (September 2026)

Wahlen 2026

Regierung und Union 2025/26

Die Linke

Frühere Jahre

Literatur

Prolog: „Das sieht doch super aus“

Ein Mann rollt einen Strandkorb auf einen Balkon. Mehr passiert nicht. Es ist Sommer 2026, der Balkon gehört zu einem Büro im Bundeskanzleramt, und der Mann, der zusieht, ist Philipp Amthor, 33 Jahre alt, seit Ende Juli Staatsminister für die Bund-Länder-Beziehungen. Eine Kamera des ZDF läuft mit, für die zweite Staffel der Dokumentation „Inside CDU“. Amthor betrachtet das Möbel und sagt: „Ja, das sieht doch super aus.“ Dann bespricht er, wie der Korb auszurichten sei. Falls er ihn, was unwahrscheinlich sei, einmal zum Erholen nutze, könne er ihn ja noch Richtung Kanzlergarten drehen. Dort, erzählt er, lasse sich gelegentlich sogar ein Fuchs beobachten.

Es ist eine harmlose Szene. Man muss das am Anfang dieses Buches so deutlich sagen, weil es am Ende um etwas ganz anderes gehen wird. Der Korb ist ein Modell namens „Original Heringsdorfer“, gefertigt auf Usedom, im Wahlkreis des Staatsministers. Auf der Website des Herstellers kostet es rund 1600 Euro. Amthor hat ihn, so erklärt es später die Bundesregierung, privat gekauft und Lieferung wie Aufbau selbst bezahlt. Kein Steuergeld, kein Regelverstoß, kein Skandal im juristischen Sinn. Ein junger Mann aus Ueckermünde nimmt ein Stück Ostseeküste mit in die Hauptstadt.

Und trotzdem wurde dieser Strandkorb im September 2026 für ein paar Tage zum meistdiskutierten Möbelstück der Republik.

Die Woche, in der die Folge lief

Um zu verstehen, warum, muss man auf den Kalender schauen. Die vierte Folge der zweiten Staffel von „Inside CDU“ erschien am 22. September 2026. Zwei Tage zuvor hatte in Mecklenburg-Vorpommern, Amthors Heimatland, eine Landtagswahl stattgefunden. Die AfD kam auf 38,2 Prozent. Die CDU kam auf 4,9 Prozent und flog aus dem Landtag in Schwerin. Es war das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, dass die CDU in einem Landesparlament, zu dem sie angetreten war, überhaupt nicht mehr vertreten ist. Amthor selbst sprach am Wahlabend im Fernsehen von einer historischen Niederlage.

Am selben Sonntag hatte Berlin gewählt. Die Linke wurde mit 25,7 Prozent zum ersten Mal stärkste Kraft in der Hauptstadt, die CDU stürzte von 28,2 auf 18,8 Prozent. Zwei Wochen davor, am 6. September, hatte die AfD in Sachsen-Anhalt 43,8 Prozent geholt und 38 von 41 Wahlkreisen gewonnen, die CDU keinen einzigen. Im ARD-Deutschlandtrend waren im September nur noch 13 Prozent der Befragten mit der Arbeit von Bundeskanzler Friedrich Merz zufrieden, der niedrigste Wert, der für einen amtierenden Kanzler in dieser Umfragereihe je gemessen wurde. Die AfD lag bundesweit bei 27 Prozent, die Union bei 21.

Und an den Tankstellen kostete ein Liter Diesel um die 2,50 Euro, an manchen Tagen mehr. Seit Ende Februar führten die USA und Israel Krieg gegen den Iran, die Ölpreise waren explodiert, die Koalition in Berlin stritt seit Wochen darüber, wie und wann sie Autofahrer entlasten würde.

In diese Woche hinein lief die Szene mit dem Strandkorb.

Was im Netz geschah

Die Reaktionen kamen zuerst in den sozialen Netzwerken. Die „Bild“ griff sie auf, dann die Agenturen, dann alle anderen. Ein einziger Instagram-Beitrag von „ZDF heute“ zu der Szene sammelte bis zum Sonntagabend mehr als 1600 Kommentare. Viele Nutzer schrieben, sie hätten zuerst an Satire oder an ein KI-generiertes Video geglaubt. Einer sprach von „spätrömischer Dekadenz im Endstadium“, was eine eigene Ironie hat: Mit genau dieser Formel hatte Guido Westerwelle im Jahr 2010 den Sozialstaat attackiert. Sechzehn Jahre später richtete sie sich gegen die Regierungszentrale.

Andere wurden grundsätzlich. Das Land ersticke an Problemen, schrieb ein Nutzer auf X, und in einem Bau von monumentalen Ausmaßen bestelle man Strandkörbe. Ein anderer fragte spöttisch, ob neben dem Korb schon ein Heizpilz stehe, es werde ja bald kühler. Es gab auch freundliche Stimmen, die ihm den Korb gönnten. Aber sie waren leiser.

Die AfD ließ sich die Vorlage nicht entgehen. Wer Amthor ins Kanzleramt hole und als erste Amtshandlung einen Strandkorb bestellt bekomme, spottete die Partei auf X, der wisse, dass die CDU ihr letztes Aufgebot schicke. Der baden-württembergische AfD-Landeschef Markus Frohnmaier nannte den Korb ein Sinnbild dafür, wie weit sich die politische Elite von der Lebensrealität entfernt habe. Doch die Kritik kam keineswegs nur von rechts. Ein ehemaliger BSW-Europaabgeordneter schrieb von Verachtung und Grauen, ein früherer FDP-Politiker fragte, ob dieses „Bürschchen“ ernsthaft zum Führungspersonal des Landes gehöre. Der Journalist Jan Schipmann vom öffentlich-rechtlichen Jugendangebot Funk warf der CDU Instinktlosigkeit vor.

Was die Verteidiger sagten

Am Montag, dem 28. September, trat der stellvertretende Regierungssprecher Steffen Meyer vor die Bundespressekonferenz. Der Staatsminister habe entschieden, dass der Strandkorb abtransportiert werde. Er gehe zurück nach Mecklenburg-Vorpommern. „Der Strandkorb steht für Verbundenheit zur Heimat bei Herrn Amthor“, sagte Meyer. Amthor habe ihn als sichtbares Symbol seiner Heimat mitnehmen wollen, er habe ihn privat gekauft und Lieferung und Aufbau privat bezahlt. Die Kritik nehme er sehr ernst.

Der Mann, der den Korb geliefert hatte, ein freiberuflicher Vertriebler und selbst CDU-Mitglied, fand die ganze Diskussion „völlig übertrieben“. Die Fakten seien zu kurz gekommen. Amthor habe bewusst das einfachste, schlichteste Modell gewollt, einen Korb, wie er am Strand stehe, und keinen Sonderpreis bekommen. Er beschrieb den Staatsminister als volksnah und fleißig, einen, der bis zu den Scheunenfesten und Feuerwehrveranstaltungen seines Wahlkreises präsent sei. In einem konservativen Wochenblatt hieß es, die Debatte sei scheinheilig und man führe die falschen Debatten: In einem Land, in dem viele den Urlaub in Dubai oder auf den Seychellen für normal hielten, werde ausgerechnet ein Strandkorb zum Symbol der Abgehobenheit.

Am selben Montag verzichtete übrigens Jens Spahn, bis Juli Chef der Unionsfraktion, auf seinen neuen Sitz im Haushaltsausschuss des Bundestages. Die „Bild“ hatte ein Foto veröffentlicht, das ihn während einer Sitzungswoche mit seiner Familie auf Sardinien zeigen sollte, während der Ausschuss tagte.

Die falsche Frage, richtig beantwortet

Alle Verteidigungen dieser Tage waren sachlich korrekt. Der Korb war bezahlt. Er war billig, verglichen mit fast allem anderen in diesem Gebäude. Er kam aus der Heimat. Und doch gingen sie am Kern vorbei, und zwar vollständig.

Denn niemand hatte gefragt, wer den Strandkorb bezahlt hatte. Die Menschen, die sich über dieses Video aufregten, hatten eine andere Frage gestellt. Sie lautete ungefähr so: Woran denkt ihr eigentlich, während wir an der Tankstelle stehen, während eure Partei gerade aus eurem eigenen Heimatparlament geflogen ist, während in Magdeburg und Schwerin die AfD stärkste Kraft wird? Die Szene zeigte keinen Rechtsbruch. Sie zeigte eine Stimmung. Sie zeigte einen Mann, der sich im Zentrum der Macht einrichtet, zufrieden, heiter, mit Blick auf den Kanzlergarten, in einem Moment, in dem das Land, das er regieren hilft, in ganz anderer Laune ist.

Die Antwort aus dem Regierungsapparat bewegte sich auf der Ebene von Rechnung und Regelwerk. Die Empörung bewegte sich auf der Ebene von Haltung und Wahrnehmung. Die eine Seite argumentierte mit Belegen, die andere mit einem Gefühl. Und weil beide sich auf verschiedenen Ebenen bewegten, konnte die sachlich richtige Antwort das Problem nicht lösen. Sie machte es schlimmer. Wer auf den Vorwurf der Abgehobenheit mit dem Kassenbon antwortet, bestätigt den Vorwurf.

Man muss fair bleiben. Die Szene war im Sommer gedreht worden, vor den Wahlniederlagen, nicht am Morgen danach. Der Sender hatte den Zeitpunkt der Ausstrahlung bestimmt, nicht Amthor. Und dass sich ein Teil der Empörung aus Boulevard und AfD-Kanälen speiste, die jede Gelegenheit nutzen, um die Regierung vorzuführen, ist ebenfalls wahr. Aber gerade deshalb ist die Frage interessant, warum dieses Bild so gut

funktionierte. Eine Vorlage verwandelt nur, wer die Stimmung auf seiner Seite hat.

Worum es in diesem Buch geht

Dieses Buch handelt nicht von einem Strandkorb. Es handelt von einem Muster, für das der Strandkorb nur das jüngste und vielleicht anschaulichste Beispiel ist. Ich nenne es den Strandkorb-Effekt: die wiederkehrende Unfähigkeit politischer und medialer Milieus, die Botschaft hinter der Empörung zu hören, weil sie sich auf das Faktische zurückziehen, wo es um das Symbolische geht. Das Ergebnis ist immer dasselbe. Die Kritisierten fühlen sich im Recht. Die Kritiker fühlen sich nicht gehört. Und die Lücke zwischen beiden füllen andere.

In den vergangenen dreizehn Jahren haben zwei Parteien von dieser Lücke besonders profitiert. Die eine ist die AfD, gegründet 2013 als Protestpartei gegen die Euro-Rettung, heute in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern stärkste Kraft und im Bund in den Umfragen vorn, vom Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall beobachtet, mehrere ostdeutsche Landesverbände von den Landesbehörden als gesichert rechtsextremistisch eingestuft. Die andere ist die Linke, die 2021 fast aus dem Bundestag verschwunden wäre, sich 2023 gespalten hat und 2026 die Wahl in der Hauptstadt gewinnt. Beide Parteien sind nicht dasselbe, und dieses Buch wird sie nicht gleichsetzen. Aber beide leben davon, dass sich Menschen von der Mitte nicht mehr gemeint fühlen.

Die folgenden Kapitel gehen den Weg chronologisch. Sie beginnen in einem Saal in Oberursel im Februar 2013, führen über die Flüchtlingsjahre, über Rezo, Erfurt und die Maskenaffäre, durch die Ampel-Jahre und die Januarwoche 2025, bis in den Herbst 2026. Sie handeln von der CDU, weil die CDU als letzte große Volkspartei der Mitte die größte Verantwortung trägt und die größte Fallhöhe hat. Sie handeln aber auch von der SPD, von den Grünen, von Redaktionen und Talkshows, denn der Strandkorb-Effekt ist kein Parteiprogramm. Er ist eine Lebenswelt.

Am Ende kehrt das Buch zum Strandkorb zurück. Er steht inzwischen wieder in Mecklenburg-Vorpommern. Die Frage ist, ob die Partei, die ihn nach Berlin geholt hat, verstanden hat, warum er zurückmusste.

Kapitel 1: Was der Strandkorb-Effekt ist

Der Strandkorb-Effekt beschreibt einen Kurzschluss: Politische und mediale Milieus beantworten Kritik, die sich gegen ihre Haltung richtet, mit Argumenten über ihr Verhalten. Sie verteidigen, was korrekt war, und übersehen, was unangemessen wirkte. Das allein wäre eine Stilfrage. Politisch folgenreich wird es, weil sich dieser Kurzschluss wiederholt, über Jahre, über Parteigrenzen, über Themen hinweg. Jede Wiederholung bestätigt bei einem Teil der Bevölkerung einen Verdacht: Die da oben verstehen uns nicht, und sie wollen es auch nicht.

Zwei Ebenen, eine Verwechslung

Der Kommunikationswissenschaftler Paul Watzlawick hat vor mehr als einem halben Jahrhundert beschrieben, dass jede Mitteilung einen Inhalts- und einen Beziehungsaspekt hat. Wer sagt „Die Ampel ist grün“, teilt eine Tatsache mit. Wie er es sagt, verrät etwas darüber, wie er zum Angesprochenen steht. Die Politik hat diese Unterscheidung in der Theorie verinnerlicht, im Alltag aber immer wieder vergessen.

Wenn Bürger sich über einen Strandkorb im Kanzleramt empören, senden sie keine Anfrage an die Haushaltsabteilung. Sie senden eine Beziehungsbotschaft: Ihr seid weit weg von uns. Die Antwort „privat bezahlt“ ist eine Inhaltsbotschaft. Sie ist richtig und geht trotzdem an der Frage vorbei. Schlimmer noch: Sie signalisiert auf der Beziehungsebene genau das, was kritisiert wurde. Wer sich auf den Kassenbon zurückzieht, zeigt, dass er die eigentliche Kränkung nicht einmal bemerkt hat.

Das Muster lässt sich in fast jeder politischen Affäre der vergangenen Jahre finden. Bei Masken-Provisionen hieß es, man habe nichts Illegales getan. Bei der Heizungsdebatte hieß es, das Gesetz sei klimapolitisch notwendig und sozial abgefedert. Bei einer Tennisstunde während eines Stromausfalls hieß es, man sei doch erreichbar gewesen. Beim Bruch eines Wahlversprechens hieß es, die Lage habe sich geändert. Jede dieser Antworten mag im Einzelfall vertretbar sein. Zusammen ergeben sie ein Bild: eine politische Klasse, die auf Kränkungen mit Richtigstellungen reagiert.

Die Binnenlogik der Milieus

Warum passiert das immer wieder? Die einfache Antwort wäre:

Arroganz. Aber das trifft es nicht. Die meisten Politiker, die in solche Situationen geraten, sind fleißig, gut informiert und überzeugt davon, das Richtige zu tun. Das Problem ist nicht ihr Charakter. Das Problem ist ihre Umgebung.

Politische Karrieren in Deutschland folgen seit Jahrzehnten einem erkennbaren Pfad. Er führt über die Jugendorganisation, das Studium, meist Jura, Politik- oder Wirtschaftswissenschaft, in ein Abgeordnetenbüro, eine Fraktion, einen Verband und schließlich in ein eigenes Mandat. In Berlin spricht man halb ironisch vom Weg aus dem Hörsaal in den Plenarsaal. Die große Mehrheit der Abgeordneten im Bundestag hat studiert. In der Bevölkerung ist es eine Minderheit. Handwerker, Pflegekräfte, Lkw-Fahrer oder Verkäuferinnen sind im Parlament kaum vertreten.

Daraus folgt keine Verschwörung, sondern eine Wahrnehmungsverschiebung. Wer seinen Alltag zwischen Plenum, Ausschuss, Hintergrundgespräch und Talkshow verbringt, erlebt die Welt anders als jemand, der jeden Morgen dreißig Kilometer zur Arbeit pendelt. Er kennt die Zahlen zur Inflation, aber nicht mehr das Gefühl, an der Kasse zu rechnen. Er weiß, dass ein Strandkorb 1600 Euro kostet und dass das im Verhältnis zu einem Ministergehalt wenig ist. Er vergisst, dass für viele Menschen 1600 Euro ein Monatsnettolohn sind.

Der Soziologe Andreas Reckwitz hat beschrieben, wie sich in spätmodernen Gesellschaften eine neue, akademisch gebildete Mittelklasse von der alten Mittelklasse und den unteren Schichten entfernt, kulturell, räumlich, im Lebensstil. Die neue Mittelklasse lebt in den Großstädten und Universitätsstädten, sie bewertet Mobilität, Individualität und Weltläufigkeit hoch. Die alte Mittelklasse lebt häufiger in Kleinstädten und auf dem Land, sie schätzt Verlässlichkeit, Ordnung und das Vertraute. Beide Welten begegnen sich immer seltener. Die politischen und medialen Führungsgruppen gehören fast vollständig zur ersten.

Die Politikwissenschaftler Lea Elsässer, Svenja Hense und Armin Schäfer haben in einer vielbeachteten Studie für den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung untersucht, wessen Präferenzen sich in politischen Entscheidungen des Bundestages zwischen 1998 und 2015 wiederfinden. Ihr Befund: Die Entscheidungen stimmten deutlich häufiger mit den Wünschen von Menschen mit höherem Einkommen überein als mit denen von Geringverdienern. Die Ansichten der unteren Einkommensgruppen hatten kaum messbaren Einfluss. Man muss aus dieser Studie keine Anklage machen. Aber sie liefert einen nüchternen Hinweis darauf, dass das Gefühl vieler Menschen, nicht gemeint zu sein, keine bloße Einbildung ist.

Triggerpunkte

Der Soziologe Steffen Mau hat mit seinen Kollegen Thomas Lux und Linus Westheuser eine weitere, wichtige Beobachtung beigesteuert. In ihrem Buch „Triggerpunkte“ zeigen sie, dass die deutsche Gesellschaft in vielen Grundfragen weit weniger gespalten ist, als die öffentliche Debatte glauben macht. Die großen Konflikte entzündeten sich an bestimmten Stellen, an denen Menschen das Gefühl haben, dass etwas Grundlegendes verletzt wird. Die Autoren nennen vier solche Triggerpunkte: Ungleichbehandlungen, Verstöße gegen Normalitätserwartungen, die Sorge vor Entgrenzung und Kontrollverlust sowie Verhaltenszumutungen, also das Gefühl, von oben herab gesagt zu bekommen, wie man zu leben habe.

Der Strandkorb trifft den ersten Punkt mit großer Präzision. Er erzählt von Ungleichbehandlung: Ihr richtet euch gemütlich ein, wir sollen länger arbeiten, später in Rente gehen, mehr für den Sprit zahlen. Das Heizungsgesetz traf den vierten Punkt. Die Flüchtlingsjahre trafen den dritten. Und viele Sprachregelungen aus den Milieus der neuen Mittelklasse trafen den zweiten. Politik, die diese Triggerpunkte nicht kennt, tritt immer wieder auf sie.

Die Abwehr der Empörung

Der dritte Mechanismus des Strandkorb-Effekts ist der gefährlichste. Wenn die Empörung da ist, wird sie häufig nicht als Signal gelesen, sondern als Angriff abgewehrt. Man spricht von einem Shitstorm, von einer Kampagne, von Neid, von populistischer Stimmungsmache, von den falschen Debatten. All das kann im Einzelfall stimmen. Die Empörungsmaschinen der sozialen Netzwerke, der Boulevardpresse und der AfD-Kanäle sind real, und sie arbeiten nicht im Dienst der Wahrheit.

Aber die pauschale Abwehr hat einen Preis. Wer jede Kritik als Kampagne abtut, erklärt die Kritisierenden zu Opfern einer Manipulation. Das ist für sie noch kränkender als die ursprüngliche Sache. Und es überlässt die Deutung des Vorgangs denjenigen, die ihn am lautesten skandalisieren. Die Mitte zieht sich zurück, die Ränder rücken nach.

Warum AfD und Linke davon leben

In dieses Deutungsvakuum stoßen zwei Parteien, die sehr unterschiedlich sind, aber eine gemeinsame Fähigkeit haben: Sie sagen den Menschen, dass sie sehen, was die anderen übersehen.

Die AfD übersetzt den Strandkorb-Effekt in einen Kulturkampf. Sie erzählt von einer abgehobenen Elite, die das eigene Volk verachtet, von „Altparteien“, die sich die Taschen füllen, von einer Hauptstadt, die das Land verachtet. Diese Erzählung ist grob, oft falsch und in ihren radikalen Teilen verfassungsrechtlich bedenklich. Aber sie hat einen wahren Kern, an dem sie sich festhält: das Gefühl, nicht gemeint zu sein.

Die Linke übersetzt denselben Effekt in einen Verteilungskonflikt. Sie erzählt von Mieten, Preisen, Löhnen, von Konzernen und Vermietern, die sich bereichern, von einer Regierung, die bei der Rente spart und bei den Reichen schont. Auch diese Erzählung ist zugespitzt und nicht immer ökonomisch durchdacht. Aber auch sie hat einen wahren Kern: dass sich der Alltag vieler Menschen in Berlin, Leipzig oder Duisburg anders anfühlt, als die Wachstumsprognosen es nahelegen.

Dass AfD und Linke dabei keine gleichwertigen Gefahren darstellen, muss man klar sagen. Bei der AfD sieht der Verfassungsschutz ein ethnisch-abstammungsmäßiges Volksverständnis, das mit der Menschenwürde kollidiert; Gerichte haben ihre Beobachtung als Verdachtsfall bestätigt, und mehrere Landesverbände gelten als gesichert rechtsextremistisch. Die Linke ist eine demokratisch-sozialistische Partei, mit radikalen Rändern, mit einem problematischen Verhältnis mancher Mitglieder zu Israel und zum Antisemitismus, aber ohne eine vergleichbare Stoßrichtung gegen die demokratische Grundordnung. Wer beide gleichsetzt, betreibt die bequeme Hufeisentheorie, die der Mitte erlaubt, sich als einzig vernünftige Kraft zu inszenieren. Genau diese Selbstgewissheit ist Teil des Problems, um das es hier geht.

Was beide Parteien verbindet, ist also nicht ihre Ideologie, sondern ihre Funktion: Sie sind Auffangbecken für Repräsentationslücken. Die AfD fängt vor allem jene auf, die sich kulturell und in Fragen von Migration und Sicherheit übergangen fühlen. Die Linke fängt jene auf, die sich materiell übergangen fühlen, und zunehmend junge Menschen in den Großstädten, die in der Mitte keine glaubwürdige Antwort auf Mieten, Klima und soziale Ungleichheit mehr sehen. Im ARD-Deutschlandtrend vom September 2026 trauten beim Thema soziale Gerechtigkeit je 18 Prozent der Befragten der AfD beziehungsweise der Linken die größte Kompetenz zu. Die SPD, die dieses Thema über hundert Jahre besessen hatte, lag mit 20 Prozent nur noch knapp davor.

2013 lag die Union bei der Bundestagswahl 37 Punkte vor der AfD. Im September 2026 liegt sie in den Umfragen sechs Punkte dahinter, während die Linke ihren Tiefpunkt von 2021 längst hinter sich gelassen hat.

Was dieses Buch nicht behauptet

Zwei Missverständnisse sollen gleich am Anfang ausgeräumt werden.

Erstens: Dieses Buch behauptet nicht, dass die Mitte an allem schuld ist. Die AfD ist nicht entstanden, weil die CDU schlecht kommuniziert hat. Es gibt strukturelle Gründe für ihren Aufstieg, von der ostdeutschen Transformationserfahrung über die Globalisierung bis zu den

Algorithmen der sozialen Medien. Es gibt internationale Muster, von Donald Trump bis zum Rassemblement National. Und es gibt die Verantwortung derjenigen, die eine in Teilen rechtsextreme Partei wählen. Kapitel 15 wird diese Einwände ausführlich behandeln. Die These dieses Buches ist bescheidener und zugleich unbequemer: Die Mitte hat einen Teil dieses Aufstiegs selbst in der Hand gehabt, und sie hat diesen Teil immer wieder verspielt.

Zweitens: Dieses Buch ist kein Plädoyer dafür, jeder Empörung nachzugeben. Politik, die sich nach dem jeweils letzten Shitstorm richtet, wäre noch schlechter als Politik, die ihn ignoriert. Es geht nicht darum, jede Kritik für berechtigt zu halten. Es geht darum, sie richtig zu lesen. Manchmal ist eine Empörung übertrieben und trotzdem ein Signal. Der Strandkorb war kein Skandal. Er war ein Symptom.

Drei Phasen

Die folgenden Kapitel erzählen die Geschichte in drei Teilen. Der erste Teil, von 2013 bis 2020, beschreibt, wie sich die Lücke öffnete: von der Gründung der AfD als Professorenpartei gegen die „alternativlose“ Euro-Rettung über die Flüchtlingsjahre bis zum Tabubruch von Erfurt. Der zweite Teil, von 2020 bis 2025, beschreibt, wie Vertrauen verspielt wurde: durch Affären, durch die Ampel-Jahre, durch eine Januarwoche, in der die Union beide Ränder zugleich stärkte, und durch ein erstes Regierungsjahr voller gebrochener Versprechen. Parallel erzählt er die Geschichte der Linken, die fast verschwand, weil sie selbst dem Strandkorb-Effekt erlegen war, und die zurückkam, als sie ihn überwand. Der dritte Teil schließlich widmet sich dem Jahr 2026, dem Jahr der Symbole, und endet dort, wo dieses Buch begonnen hat: auf einem Balkon im Kanzleramt.

Teil I: Die Lücke öffnet sich (2013–2020)

Kapitel 2: Alternativlos. Die Gründung der AfD

Die AfD trägt ihre Entstehungsgeschichte im Namen. Sie ist die Antwort auf ein einziges Wort, und dieses Wort stammt aus dem Kanzleramt.

Ein Unwort wird zum Parteinamen

Im Frühjahr 2010, auf dem Höhepunkt der griechischen Schuldenkrise, begründete Angela Merkel die deutschen Hilfen für Athen mit einem Begriff, der ihre Regierungszeit prägen sollte: Sie seien „alternativlos“. Die Gesellschaft für deutsche Sprache wählte das Wort zum Unwort des Jahres 2010. Die Jury bemängelte, das Wort erwecke den Eindruck, es gebe von vornherein nur einen Weg und folglich auch nichts mehr, worüber man streiten müsse.

Für die Kanzlerin war das Wort eine Beschreibung. Sie war überzeugt, dass ein Zusammenbruch der Eurozone Deutschland weit mehr kosten würde als jede Rettung. Viele Ökonomen teilten diese Einschätzung, und im Rückblick spricht einiges dafür, dass die Euro-Rettung ökonomisch vertretbar war. Aber für einen Teil der Bevölkerung klang das Wort anders. Es klang wie ein Verbot, weiter zu fragen. Es war die erste große Beziehungsbotschaft der Merkel-Jahre: Die Sache ist zu kompliziert für euch, wir haben das geprüft, es gibt nichts zu diskutieren.

Am 6. Februar 2013 trafen sich in Oberursel im Taunus einige Dutzend Menschen, um eine neue Partei zu gründen. Die bekanntesten unter ihnen waren der Hamburger Volkswirtschaftsprofessor Bernd Lucke, der frühere hessische Staatskanzleichef und langjährige CDU-Politiker Alexander Gauland und der ehemalige FAZ-Journalist Konrad Adam. Sie nannten ihre Partei „Alternative für Deutschland“. Der Name war Programm und Polemik zugleich. Wo die Kanzlerin sagte, es gebe keine Alternative, wollten sie eine sein.

Zum Gründungsparteitag im April 2013 in Berlin kamen mehr als tausend Menschen. Es waren auffallend viele ältere Männer darunter, viele Akademiker, viele frühere Mitglieder von CDU und FDP. Die Presse sprach bald von einer „Professorenpartei“. Das war halb zutreffend und halb herablassend gemeint.

Die Heimatlosen der Union

Die Gründer der AfD kamen nicht aus dem Nichts. Sie kamen aus einem Milieu, das sich in der Union zunehmend fremd fühlte. Während der Euro-Rettung hatten einige Abgeordnete von CDU, CSU und FDP gegen die Hilfspakete gestimmt, darunter der CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach, der Liberale Frank Schäffler und der CDU-Abgeordnete Klaus-Peter Willsch. Sie wurden in ihren Fraktionen nicht als legitime Stimmen einer Minderheit behandelt, sondern als Störenfriede. Über Bosbach wurde 2011 berichtet, der damalige Kanzleramtschef Ronald Pofalla habe ihn im Streit um die Euro-Rettung mit den Worten angefahren, er könne dessen Gesicht nicht mehr sehen, drastischer formuliert, als es hier wiedergegeben ist. Pofalla entschuldigte sich später.

Man kann diese Episode als Anekdote abtun. Aber sie steht für etwas. Die Union unter Merkel war eine Partei, die ihre Geschlossenheit hoch bewertete und abweichende Meinungen als Loyalitätsproblem behandelte. Das machte sie schlagkräftig. Es machte sie aber auch unempfindlich für die Frage, ob hinter der Abweichung ein Teil ihrer Wählerschaft stand.

Dazu kam die Wahlkampfstrategie, die Merkel und ihr Umfeld perfektioniert hatten. Politikwissenschaftler nannten sie „asymmetrische Demobilisierung“: Man vermied polarisierende Themen, übernahm populäre Positionen des Gegners und nahm den Wahlkämpfen so die Spannung. Die Anhänger der SPD blieben zu Hause, weil es nichts gab, wogegen man hätte mobilisieren können. Die eigenen Wähler kamen, weil sie der Kanzlerin vertrauten.

Die Strategie war erfolgreich. Bei der Bundestagswahl im September 2013 erreichten CDU und CSU 41,5 Prozent und verfehlten die absolute Mehrheit der Sitze nur knapp. Aber sie hatte eine Nebenwirkung, die sich

erst später zeigte. Wer Streit systematisch vermeidet, nimmt auch jenen den Ort, die streiten wollen. Konservative, die Merkels Kurs in der Familien-, Wehr- oder Energiepolitik falsch fanden, Liberale, die die Euro-Rettung für einen Bruch des Maastricht-Vertrags hielten, Bürger, die sich schlicht eine Debatte wünschten, fanden in der großen Volkspartei keinen Resonanzraum mehr.

4,7 Prozent

Die AfD erreichte bei der Bundestagswahl 2013 aus dem Stand 4,7 Prozent. Sie scheiterte knapp an der Fünfprozenthürde, genau wie die FDP, die mit 4,8 Prozent zum ersten Mal aus dem Bundestag flog. Im Konrad-Adenauer-Haus überwog die Erleichterung. Die neue Konkurrenz war draußen, der alte Koalitionspartner auch, man regierte fortan mit der SPD in einer großen Koalition, und die Umfragewerte der Kanzlerin blieben glänzend.

Das Ergebnis hätte auch anders gelesen werden können. Mehr als zwei Millionen Menschen hatten einer Partei ihre Zweitstimme gegeben, die es ein halbes Jahr zuvor noch nicht gab, die kaum Geld, kaum Struktur und keine bekannten Gesichter außer ein paar Professoren hatte. Das war kein Betriebsunfall. Das war ein Hinweis.

Die Union entschied sich, die AfD zu ignorieren. Man wollte sie nicht aufwerten, indem man sich mit ihr auseinandersetzte. Eine Zusammenarbeit wurde ausgeschlossen, eine inhaltliche Debatte vermieden. Das war moralisch nachvollziehbar und taktisch nicht absurd. Viele Protestparteien der Bundesrepublik, von den Republikanern bis zur Schill-Partei, waren auf diese Weise wieder verschwunden. Aber die Strategie hatte eine Voraussetzung: dass die Anliegen, die zur Gründung geführt hatten, anderswo eine Stimme fanden. Diese Voraussetzung war nicht erfüllt.

Der Weg nach Osten

2014 zeigte sich, dass die AfD mehr war als eine Euro-Protestpartei. Bei der Europawahl im Mai kam sie auf 7,1 Prozent. Im Spätsommer folgten drei ostdeutsche Landtagswahlen: 9,7 Prozent in Sachsen, 10,6 Prozent in

Thüringen, 12,2 Prozent in Brandenburg. Im Wahlkampf ging es dort kaum noch um Griechenland. Es ging um Grenzkriminalität, um die Russland-Sanktionen, um Asylbewerberheime, um das Gefühl, dass die Politik in Dresden, Erfurt und Potsdam die Probleme auf dem Land nicht sehe.

In diesen Landesverbänden stiegen Politiker auf, die mit der liberalkonservativen Professorenpartei der Anfangszeit wenig gemein hatten. In Sachsen führte Frauke Petry, in Brandenburg Alexander Gauland, in Thüringen Björn Höcke. Im März 2015 veröffentlichten Höcke und Mitstreiter die sogenannte Erfurter Resolution, das Gründungsdokument des völkisch-nationalistischen „Flügels“ der Partei. Die AfD begann sich zu verändern, und die Richtung war früh erkennbar.

Die Union reagierte darauf mit dem, was sie bereits kannte: Abgrenzung. In Sachsen, wo die CDU seit 1990 regierte, hätte man die Wahl von 2014 als ersten Warnschuss lesen können. Die CDU verlor dort leicht, blieb aber mit knapp 40 Prozent weit vorne. Man bildete eine Koalition mit der SPD und machte weiter. Fünf Jahre später würde die AfD in Sachsen fast 28 Prozent holen, zehn Jahre später über 30.

Pegida und die Kälte in den Herzen

Im Oktober 2014 begann in Dresden eine Bewegung, die sich „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ nannte. Pegida versammelte jeden Montag Tausende Menschen, im Januar 2015 auf dem Höhepunkt rund 25.000. Auf den Demonstrationen wurde „Lügenpresse“ skandiert, es wurden Parolen gegen Flüchtlinge und Muslime gerufen, unter den Organisatoren fanden sich Vorbestrafte, und die Bewegung radikalisierte sich rasch.

In ihrer Neujahrsansprache zum Jahreswechsel 2014/15 wandte sich Angela Merkel direkt an die Menschen, die bei solchen Demonstrationen mitliefen. Sie sollten denen nicht folgen, die dazu aufriefen, sagte die Kanzlerin, denn zu oft seien Vorurteile, „Kälte, ja sogar Hass in deren Herzen“. Das war inhaltlich über die Organisatoren von Pegida zutreffend. Aber es war an die Mitläufer adressiert, und bei vielen von

ihnen kam es anders an. Sie hörten keine Warnung vor den Anführern, sondern ein Urteil über sich selbst.

Die Mitte schwankte in diesen Monaten zwischen zwei Reaktionen. Die einen wollten mit den Demonstranten reden. Der damalige SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel besuchte im Januar 2015 privat eine Diskussionsveranstaltung in Dresden, bei der auch Pegida-Anhänger waren, und erntete dafür heftige Kritik aus der eigenen Partei. Die anderen wollten jede Form von Gespräch vermeiden, weil sie fürchteten, rechtsradikale Positionen zu legitimieren. Beide Haltungen hatten gute Gründe. Aber die Debatte darüber, ob man reden dürfe, verdrängte die Debatte darüber, worüber man reden müsste.

Was 2013 und 2014 lehren

Im Rückblick lässt sich die Frühgeschichte der AfD als erste Variante des Strandkorb-Effekts lesen, in seiner technokratischen Form. Die Regierung antwortete auf den Wunsch nach Debatte mit einem Notwendigkeitsargument. Sie antwortete auf eine neue Partei mit Nichtbeachtung. Sie antwortete auf Straßenproteste mit einer moralischen Klassifizierung. Jede dieser Antworten war auf ihre Weise begründbar. Keine davon enthielt ein Angebot an diejenigen, die unzufrieden waren.

An diesem Punkt, Anfang 2015, war die AfD noch eine kleine, zerstrittene Partei mit knapp über fünf Prozent in den Umfragen. Ein Machtkampf zwischen Lucke und Petry lähmte sie. Viele Beobachter rechneten mit ihrem baldigen Ende. Dann kam der Sommer 2015.

Kapitel 3: Das Jahr, in dem die Mitte sprachlos wurde (2015/16)

Im Sommer 2015 war die AfD so gut wie erledigt. Ein Jahr später war sie in Mecklenburg-Vorpommern stärker als die CDU. Dazwischen lag die größte Fluchtbewegung nach Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg und eine politische Kommunikation, die den Menschen erklärte, was sie zu fühlen hätten, statt zu hören, was sie fühlten.

Essen, Juli 2015

Am 4. Juli 2015 wählte ein Parteitag der AfD in Essen Frauke Petry zur Vorsitzenden. Sie setzte sich mit rund 60 Prozent gegen den Parteigründer Bernd Lucke durch. Lucke hatte die Partei als wirtschaftsliberale Euro-Kritikerin positionieren wollen. Petry setzte auf den nationalkonservativen Kurs der ostdeutschen Landesverbände und auf das Thema Zuwanderung. Lucke trat wenige Tage später aus, mit ihm Tausende Mitglieder, und gründete eine neue Partei, die niemand mehr kennt.

In den Umfragen fiel die AfD nach der Spaltung auf drei bis vier Prozent. Viele Beobachter schrieben ihren Nachruf. Eine gespaltene Kleinpartei mit rechtem Rand, ohne das bürgerliche Aushängeschild ihres Gründers, schien das Schicksal der Republikaner zu teilen. Das hätte so kommen können. Es kam anders.

Heidenau, Pack und Dunkeldeutschland

Im August 2015 stiegen die Zahlen der ankommenden Asylsuchenden steil an. In Heidenau bei Dresden griffen Rechtsextreme und aufgebrachte Anwohner an zwei Abenden eine Notunterkunft an, es gab Verletzte unter den Polizisten. Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel nannte die Randalierer „Pack“. Bundespräsident Joachim Gauck sprach wenige Tage später von einem „Dunkeldeutschland“, das sich dort zeige, im Gegensatz zum hellen Deutschland der vielen Helfer.

Beide Begriffe galten gewalttätigen Rassisten, und es ist richtig, solche Taten beim Namen zu nennen. Aber politische Sprache wirkt über ihren

Anlass hinaus. „Pack“ und „Dunkeldeutschland“ wurden in Ostdeutschland von vielen Menschen gehört, die weder randaliert hatten noch Rassisten waren, aber Fragen hatten. Sie hörten darin eine Sortierung: hier die Guten, dort die Dunklen. Und sie ahnten, auf welcher Seite man sie verortete.

Wir schaffen das

Am 31. August 2015 sagte Angela Merkel in ihrer Sommerpressekonferenz den Satz, der zum Motto einer Epoche werden sollte: „Wir schaffen das.“ Wenige Tage später, in der Nacht zum 5. September, entschied sie gemeinsam mit Österreich, die in Ungarn festsitzenden Flüchtlinge nach Deutschland einreisen zu lassen. Am Münchner Hauptbahnhof wurden die Ankommenden mit Applaus empfangen. Im Laufe des Jahres kamen rund 890.000 Schutzsuchende nach Deutschland.

Man tut dieser Zeit Unrecht, wenn man sie nur als Fehler erzählt. Die Hilfsbereitschaft war echt und breit, in Kirchengemeinden, Sportvereinen und Nachbarschaften. Zu Beginn stand eine Mehrheit der Deutschen hinter der Entscheidung der Kanzlerin. Hunderttausende Ehrenamtliche haben geleistet, was der Staat in den ersten Monaten nicht leisten konnte. Wer heute über 2015 spricht, sollte das nicht vergessen.

Aber schon im Herbst verschob sich die Stimmung. In den Kommunen wurden Turnhallen belegt, Containerdörfer errichtet, Landräte und Bürgermeister meldeten, dass sie an ihre Grenzen kamen. Viele von ihnen stammten aus der CDU. Ihre Warnungen erreichten Berlin, aber sie drangen nicht durch. Im Januar 2016 schickte der Landshuter Landrat Peter Dreier von den Freien Wählern einen Bus mit 31 anerkannten Flüchtlingen zum Kanzleramt. Die Aktion war umstritten und von manchen als Zynismus kritisiert. Aber sie war vor allem eines: der Versuch, auf der Beziehungsebene durchzudringen, weil die Sachebene nicht mehr gehört wurde.

Der besorgte Bürger

In diesen Monaten entstand ein Begriff, der viel über das Verhältnis zwischen Teilen der Öffentlichkeit und Teilen der Bevölkerung verrät: der „besorgte Bürger“. Ursprünglich war das eine neutrale, ja respektvolle Formulierung für Menschen, die Fragen zur Aufnahme der Flüchtlinge hatten. Innerhalb weniger Monate wurde daraus in vielen Kommentarspalten, Satiresendungen und Online-Debatten ein Spottwort. „Besorgter Bürger“ wurde in Anführungszeichen gesetzt, als Chiffre für jemanden, der seinen Rassismus hinter Sorgen versteckt.

Für manche traf das zu. Für viele nicht. Wer sich fragte, wie die Kita in seinem Ort die zusätzlichen Kinder aufnehmen sollte, wie lange die Turnhalle belegt bleiben würde, ob die Integration in den Arbeitsmarkt gelingen konnte, der fand sich plötzlich in einer ironischen Kategorie wieder, die ihn als verkappten Rechten markierte. Das ist der Strandkorb-Effekt in seiner medialen Variante: Die Sorge wurde nicht beantwortet, sondern etikettiert.

Köln

In der Silvesternacht 2015/16 kam es rund um den Kölner Hauptbahnhof zu massenhaften sexuellen Übergriffen und Diebstählen, überwiegend verübt von Gruppen junger Männer aus Nordafrika. Hunderte Frauen erstatteten Anzeige. Die Kölner Polizei hatte am Neujahrsmorgen zunächst eine weitgehend friedliche Nacht gemeldet. Überregional wurde erst nach Tagen berichtet, als sich die Berichte in sozialen Netzwerken nicht mehr übersehen ließen. Das ZDF räumte später ein, dass es ein Versäumnis gewesen sei, in der Hauptnachrichtensendung am 4. Januar nicht über die Vorfälle zu berichten.

Die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker, parteilos, wenige Monate zuvor Opfer eines Messerattentats durch einen Rechtsextremisten, empfahl Frauen auf einer Pressekonferenz, zu Fremden eine Armlänge Abstand zu halten. Der Satz war gut gemeint, als Präventionshinweis. Er wurde verstanden als Verschiebung der Verantwortung auf die Opfer.

Köln wurde zu einem Wendepunkt, weil es zwei Misstrauensgeschichten zugleich erzählte. Die eine betraf die Flüchtlingspolitik. Die andere betraf die Medien und Behörden. Wer schon vorher an „Lügenpresse“ geglaubt hatte, fühlte sich bestätigt. Wer vorher nicht daran geglaubt hatte, bekam zum ersten Mal Zweifel. Die späte Berichterstattung war kein bewusstes Verschweigen, sondern das Produkt von Zögern, Unsicherheit und der Sorge, Ressentiments zu bedienen. Aber genau diese Sorge war das Problem. Sie führte dazu, dass eine Wirklichkeit, die viele Menschen bereits kannten, in den großen Medien zu spät vorkam.

Politik ändern, ohne es zu sagen

Der vielleicht folgenreichste Fehler dieser Jahre ist der am wenigsten diskutierte. Die Bundesregierung änderte ihre Flüchtlingspolitik ab Herbst 2015 erheblich. Sie verschärfte das Asylrecht mit zwei Asylpaketen, stufte weitere Staaten als sicher ein, schloss im März 2016 das Abkommen mit der Türkei und profitierte von der Schließung der Balkanroute durch andere Staaten, die sie offiziell kritisierte. Die Zahlen sanken deutlich.

Aber die Regierung sagte das nicht so. Sie beharrte darauf, dass sich an ihrem Kurs nichts geändert habe. Die Kanzlerin wiederholte ihren Satz, verteidigte ihre Entscheidung, lehnte eine Obergrenze ab. Für die Wähler, die sich eine Kurskorrektur wünschten, entstand eine paradoxe Lage: Die Politik bewegte sich in ihre Richtung, aber niemand gab ihnen recht. Sie bekamen die Korrektur, aber nicht die Anerkennung. Und sie schrieben die Korrektur nicht der Regierung zu, sondern dem Druck der AfD.

Das ist eine Lehre, die bis heute gilt. Menschen wollen nicht nur, dass Politik sich ändert. Sie wollen, dass man ihnen sagt: Ihr hattet einen Punkt. Wer die Richtung korrigiert und gleichzeitig behauptet, er sei nie falsch gefahren, verschenkt die politische Rendite der Korrektur an den, der den Fehler zuerst benannt hat.

Das Jahr der Landtagswahlen

Am 13. März 2016 wurde in drei Ländern gewählt. Die AfD kam in Baden-Württemberg auf 15,1 Prozent, in Rheinland-Pfalz auf 12,6 und in Sachsen-Anhalt auf 24,3 Prozent. In Sachsen-Anhalt war sie damit zweitstärkste Kraft, vor der Linken und weit vor der SPD. Die Linke, die in Ostdeutschland jahrzehntelang als Stimme des Protests gegolten hatte, verlor dort mehr als sieben Prozentpunkte. Viele ihrer früheren Wähler waren direkt zur AfD gewandert.

Am 4. September 2016 folgte Mecklenburg-Vorpommern. Die AfD erreichte 20,8 Prozent und lag damit vor der CDU mit 19,0 Prozent. Es war das Bundesland, in dem die Kanzlerin ihren Wahlkreis hatte. Zum ersten Mal war die neue Partei in einem Landtag stärker als die Union. Zwei Wochen später kam die AfD auch in Berlin auf 14,2 Prozent.

Nach der Berlin-Wahl zeigte Merkel eine seltene Form der Selbstkritik. Der Satz „Wir schaffen das“ sei zu einer Art Leerformel geworden, sagte sie, sie wolle ihn eigentlich kaum noch wiederholen. Und sie sagte, wenn sie könnte, würde sie die Zeit um viele Jahre zurückdrehen, um sich besser vorzubereiten. Es war der Moment, in dem die Kanzlerin der Stimmung im Land am nächsten kam. Aber er kam spät, er blieb vage, und er betraf das Wie, nicht das Was.

Die Radikalisierung der anderen

Für die AfD war 2015 ein Geschenk, das sie ohne Hemmungen annahm. Die Partei, die als Euro-Kritikerin begonnen hatte, wurde zur Anti-Migrations-Partei. Ihre Sprache wurde schärfer. Frauke Petry sagte Anfang 2016 in einem Zeitungsinterview, Polizisten müssten illegale Grenzübertritte notfalls auch mit dem Einsatz von Schusswaffen verhindern. Ihr Parteiprogramm erklärte, der Islam gehöre nicht zu Deutschland. Der völkische Flügel um Björn Höcke gewann an Einfluss.

Die Radikalisierung der AfD ist ihre eigene Verantwortung, und sie wird in diesem Buch nicht kleingeredet. Aber es ist bemerkenswert, dass sie der Partei nicht schadete. Die Wähler, die zur AfD gingen, taten das in vielen Fällen nicht wegen, sondern trotz ihrer radikalen Töne. Sie

wählten sie, weil sie das Gefühl hatten, dass nur diese Partei ihr Thema überhaupt aussprach. Wer mit dem Strandkorb-Effekt Politik macht, sollte sich nicht wundern, wenn der Protest zu denen geht, die am lautesten sind, und nicht zu denen, die am vernünftigsten sind.

Was die Linke in diesen Jahren verlor

Auch die Linke erlebte 2015 und 2016 eine Zerreißprobe. Ihre Fraktionschefin Sahra Wagenknecht erklärte nach Köln, wer Gastrecht missbrauche, habe es verwirkt. In der eigenen Partei löste das Empörung aus, viele Mitglieder sahen darin eine Anbiederung an rechte Stimmungen. Wagenknecht wiederum sah in der Empörung ihrer Genossen einen Beleg dafür, dass die Partei den Kontakt zu ihren früheren Wählern verloren habe.

Der Konflikt schwelte über Jahre und endete erst 2023 mit der Spaltung. Er ist wichtig, weil er zeigt, dass der Strandkorb-Effekt kein Monopol der Union ist. Die Linke hatte sich in Ostdeutschland von einer Protestpartei zu einer Regierungspartei entwickelt, in Thüringen stellte sie seit Ende 2014 mit Bodo Ramelow den Ministerpräsidenten. In Berlin und in den Universitätsstädten des Westens wuchs eine neue, jüngere, akademische Mitgliedschaft heran. Die alte Stammwählerschaft in Plattenbauten und Kleinstädten fühlte sich von dieser Partei immer weniger gemeint. Viele wanderten zur AfD.

Am Ende des Jahres 2016 saß die AfD in zehn Landtagen. Ein Jahr später würde sie in den Bundestag einziehen.

Kapitel 4: „Ich kann nicht erkennen ...“ Der Einzug in den Bundestag (2017/18)

Am 24. September 2017 zog zum ersten Mal seit den frühen Jahren der Bundesrepublik eine Partei rechts der Union in den Deutschen Bundestag ein. Und zum ersten Mal seit 1949 schnitt die Union schlechter ab als 33 Prozent. Beides hing zusammen. Am Tag danach sagte die Kanzlerin einen Satz, der beides erklärte.

Der Wahlabend

Die Zahlen waren eindeutig. CDU und CSU kamen zusammen auf 32,9 Prozent, ein Minus von 8,6 Punkten. Die SPD stürzte auf 20,5 Prozent. Die AfD wurde mit 12,6 Prozent drittstärkste Kraft und zog mit 94 Abgeordneten in den Bundestag ein. In Sachsen lag sie bei den Zweitstimmen mit 27,0 Prozent knapp vor der CDU. Die FDP kehrte mit 10,7 Prozent zurück, die Linke hielt sich bei 9,2, die Grünen bei 8,9 Prozent.

Am Wahlabend kündigte der AfD-Spitzenkandidat Alexander Gauland an, man werde die Kanzlerin und ihre Regierung „jagen“. Es war eine Sprache, die im Bundestag bis dahin keinen Platz gehabt hatte. Am nächsten Morgen verließ die Parteivorsitzende Frauke Petry vor laufenden Kameras die Pressekonferenz ihrer eigenen Partei und kündigte an, der Fraktion nicht angehören zu wollen. Wenige Tage später trat sie aus. Die AfD verlor damit ihre zweite Vorsitzende in zwei Jahren, jedes Mal an jemanden, der weiter rechts stand. Es schadete ihr nicht.

Der Satz

Auf der Pressekonferenz der CDU am Tag nach der Wahl wurde Angela Merkel gefragt, was sie aus dem Ergebnis lerne und was sie falsch gemacht habe. Sie antwortete, sie könne nicht erkennen, was man jetzt anders machen müsse.

Medienkritiker haben später darauf hingewiesen, dass der Satz verkürzt zitiert wurde. Merkel bezog ihn nach dieser Lesart vor allem auf die strategische Anlage ihres Wahlkampfes, nicht auf ihre gesamte Politik,

und in der Flüchtlingspolitik hatte sie ihren Kurs längst korrigiert. Das ist ein berechtigter Einwand. Aber er ändert wenig an der Wirkung. Denn die Menschen, die den Satz hörten, hörten ihn nicht als Aussage über Wahlkampfplanung. Sie hörten ihn als Antwort auf die Frage, ob die Kanzlerin verstanden habe, warum mehr als jeder fünfte Unionswähler von 2013 diesmal anders gewählt hatte. Und die Antwort lautete: nein.

Der Satz ist das erste große Beispiel für den Strandkorb-Effekt im Moment einer Niederlage. Er zeigt, wie eine politische Führung, die sich im Inneren für richtig hält, die Botschaft einer Wahl nicht an sich heranlässt. Die Sachebene, die Strategie, die Koalitionsarithmetik, die Umfragewerte der Kanzlerin, die weiterhin ordentlich waren, schien stabil. Die Beziehungsebene war zerbrochen.

Nicht alle in der Union sahen das so. CSU-Chef Horst Seehofer sprach am selben Tag von einer offenen rechten Flanke, die es zu schließen gelte. Das war die Gegenposition, und sie hatte ebenfalls ein Problem: Sie reduzierte die Botschaft der Wahl auf ein Positionierungsproblem im rechten Spektrum. Dass viele AfD-Wähler nicht nur Positionen vermissten, sondern Anerkennung, ging in beiden Lesarten unter.

Monate ohne Regierung

Was folgte, verstärkte den Eindruck einer Politik, die mit sich selbst beschäftigt war. Die Sondierungen für eine Jamaika-Koalition aus Union, FDP und Grünen scheiterten im November 2017 nach Wochen, weil die FDP ausstieg. Es sei besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren, sagte Christian Lindner. Die SPD, deren Kanzlerkandidat Martin Schulz am Wahlabend den Gang in die Opposition angekündigt hatte, ließ sich nach Druck aus dem Bundespräsidialamt und aus den eigenen Reihen doch wieder auf eine große Koalition ein. Schulz, der auch ausgeschlossen hatte, in ein Kabinett Merkel einzutreten, wollte zunächst Außenminister werden und musste dann auf alles verzichten.

Erst im März 2018, fast ein halbes Jahr nach der Wahl, wurde die neue Regierung vereidigt. Sie war im Kern dieselbe wie vorher. Für viele Wähler, die mit ihrer Stimme etwas hatten ändern wollen, war das ein

ernüchterndes Signal: Man kann wählen, was man will, am Ende regieren dieselben.

Chemnitz und die Beförderung

Im Spätsommer 2018 wurde in Chemnitz ein Mann bei einem Streit am Rande des Stadtfestes erstochen. Tatverdächtig waren Asylbewerber. In den folgenden Tagen kam es zu Aufmärschen, an denen neben aufgebrachten Bürgern auch organisierte Rechtsextreme teilnahmen, es wurden Hitlergrüße gezeigt, Journalisten und vermeintliche Ausländer angegriffen.

Die politische Debatte verlagerte sich rasch auf die Frage, ob man von „Hetzjagden“ sprechen dürfe. Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, bezweifelte in einem Interview mit der „Bild“ die Echtheit eines entsprechenden Videos und widersprach damit öffentlich der Kanzlerin. Es folgte eine Koalitionskrise, an deren Ende eine Lösung stand, die an Selbstparodie grenzte: Maaßen sollte als Verfassungsschutzpräsident abgelöst, aber zum Staatssekretär im Innenministerium befördert werden, mit höherem Gehalt.

In der Logik der Koalitionsverhandlungen ergab das Sinn. Seehofer wollte seinen Behördenchef nicht fallen lassen, die SPD wollte seinen Abgang, die Kanzlerin wollte die Koalition retten. Man fand einen Kompromiss, bei dem jeder etwas vorweisen konnte. Außerhalb des Regierungsviertels verstand niemand, warum ein Beamter, der untragbar geworden war, dafür eine Beförderung erhielt. Die Empörung war parteiübergreifend und so heftig, dass die Einigung nach wenigen Tagen wieder aufgeschnürt werden musste. Die SPD-Vorsitzende Andrea Nahles räumte ein, man habe sich geirrt.

Die Maaßen-Episode ist ein Lehrstück, weil sie den Strandkorb-Effekt in reiner Form zeigt. Die Beteiligten hatten nach den Regeln ihres Systems vernünftig gehandelt. Aber das System war so weit von der Wahrnehmung der Bevölkerung entfernt, dass ein vernünftiger Kompromiss wie ein Hohn wirkte. Es war, im Kleinen, ein Strandkorb im Innenministerium.

Die Mutter aller Probleme

Im selben Monat sagte Horst Seehofer, die Migrationsfrage sei die Mutter aller politischen Probleme. Er hatte im Frühsommer zuvor mit einem Streit über Zurückweisungen an der Grenze die Union an den Rand der Spaltung gebracht. Für viele Beobachter war der Satz ein Versuch, der AfD das Wasser abzugraben, indem man ihre Diagnose übernahm.

Die Strategie scheiterte gleich zweimal. Den Wählern, die das Thema Migration wichtig fanden, bot die CSU zwar eine Sprache an, aber keine sichtbare Wende; die Grenzkontrollen blieben begrenzt, die Rückführungen stockten, der Streit mit der Kanzlerin endete in einem Formelkompromiss. Den liberalen Wählern der Union wiederum missfiel die Tonlage. Bei der Landtagswahl in Bayern im Oktober 2018 verlor die CSU ihre absolute Mehrheit und fiel auf 37,2 Prozent, während die Grünen auf 17,5 und die AfD auf 10,2 Prozent kamen. Wer die Rhetorik der Ränder kopiert, ohne ihre Probleme zu lösen, verliert nach beiden Seiten.

Merkels Abschied vom Parteivorsitz

Zwei Wochen später, bei der Landtagswahl in Hessen, stürzte die CDU um mehr als elf Punkte auf 27,0 Prozent ab, die AfD kam auf 13,1 Prozent. Am Tag danach, dem 29. Oktober 2018, erklärte Angela Merkel, sie werde auf dem nächsten Parteitag nicht mehr als CDU-Vorsitzende kandidieren und nach dieser Wahlperiode auch nicht mehr als Kanzlerin.

Im Dezember 2018 wählte die CDU in Hamburg Annegret Kramp-Karrenbauer zur Vorsitzenden. Sie setzte sich mit knapp 52 Prozent gegen Friedrich Merz durch, der nach fast zehn Jahren Abwesenheit aus der Politik zurückgekehrt war und als Kandidat der Konservativen und Wirtschaftsliberalen galt. Die Partei hatte sich, knapp, für Kontinuität entschieden. Man kann das als klug oder als mutlos bewerten. Auf jeden Fall bedeutete es, dass der Konflikt, der die Union seit 2015 spaltete, nicht entschieden, sondern vertagt wurde.

Die Linke und die Sammlungsbewegung

Auch auf der anderen Seite des Spektrums gärte es. Sahra Wagenknecht gründete im September 2018 die Sammlungsbewegung „Aufstehen“. Sie sollte enttäuschte Wähler von SPD, Linken und Grünen, aber auch von der AfD zurückholen und sich auf soziale Fragen konzentrieren. Die Bewegung scheiterte nach wenigen Monaten an organisatorischen Mängeln und an den Widerständen der Parteiführungen. Aber ihre Diagnose blieb im Raum: dass die linken Parteien die Sprache ihrer früheren Stammwähler verlernt hätten.

Was die Jahre 2017 und 2018 zeigen

Diese beiden Jahre haben das Parteiensystem verändert. Die AfD war nun eine parlamentarische Kraft mit Geld, Mitarbeitern und einer Bühne. Die Union hatte ihre Vorsitzende gewechselt, aber nicht ihren Kurs geklärt. Die SPD war in eine Koalition gegangen, die sie nicht wollte. Und die Wähler hatten gelernt, dass große Verschiebungen an der Wahlurne in Berlin vor allem zu langen Sondierungen und bekannten Gesichtern führten.

Der Strandkorb-Effekt dieser Jahre hatte drei Formen: das Nicht-Erkennen einer Wahlbotschaft, der Koalitionskompromiss, der außen als Farce ankam, und die Übernahme populistischer Rhetorik ohne populäre Ergebnisse. Alle drei sollten wiederkehren. Die nächste Lektion kam von einem jungen Mann mit blauen Haaren.

Kapitel 5: Rezo, Erfurt und das Video, das nie erschien (2019/20)

Philipp Amthor taucht in diesem Buch nicht erst 2026 auf. Sieben Jahre bevor er einen Strandkorb ins Kanzleramt bringen ließ, war er schon einmal das Gesicht einer CDU, die nicht wusste, wie sie auf Kritik antworten sollte. Damals ging es um ein Video, das nie veröffentlicht wurde.

Die Zerstörung der CDU

Am 18. Mai 2019, eine Woche vor der Europawahl, veröffentlichte ein Youtuber namens Rezo ein fast einstündiges Video mit dem Titel „Die Zerstörung der CDU“. Rezo, damals 26 Jahre alt, mit blau gefärbten Haaren, war bis dahin vor allem für Musik- und Comedy-Videos bekannt. Nun rechnete er, untermauert mit einer langen öffentlichen Quellenliste, mit der Politik der Union und der SPD ab: mit der Klimapolitik, der wachsenden Vermögensungleichheit, der Unterstützung für den Irakkrieg, dem Umgang mit dem Urheberrecht. Innerhalb einer Woche wurde das Video mehr als zehn Millionen Mal aufgerufen. Am Ende des Jahres war es das meistgesehene deutsche Youtube-Video 2019.

Man konnte über Rezos Thesen streiten, und viele Fachleute taten das. Manche Zuspitzungen waren unfair, manche Zusammenhänge verkürzt. Aber das war nicht der Punkt. Der Punkt war, dass eine Generation, die mit Parteien, Fernsehen und Tageszeitungen kaum noch in Berührung kam, hier zum ersten Mal eine politische Abrechnung in ihrer eigenen Sprache hörte. Und dass die angesprochene Partei nicht wusste, was sie damit anfangen sollte.

Vorgeschichte: die gekauften Demonstranten

Die Entfremdung zwischen der Union und den jungen Internetnutzern hatte schon einige Wochen vorher einen Höhepunkt erreicht. Im Frühjahr 2019 wurde in Brüssel über eine Reform des Urheberrechts verhandelt, die nach Überzeugung ihrer Kritiker auf sogenannte Upload-Filter hinauslief. Im März gingen in Deutschland Zehntausende, überwiegend junge Menschen, dagegen auf die Straße.

Aus der Union kamen in diesen Wochen Reaktionen, die man heute kaum glauben mag. Kritische Zuschriften wurden als Bot-Kampagne abgetan. Ein CDU-Europaabgeordneter deutete an, Demonstranten würden von amerikanischen Konzernen für ihre Teilnahme bezahlt. Die Unterstellung war nicht belegt und wurde entsprechend verspottet. Aber sie zeigte eine Denkweise: Wenn so viele junge Menschen gegen uns sind, kann das nicht an uns liegen, dann muss jemand dahinterstecken.

Das ist die Abwehr der Empörung in ihrer reinsten Form. Man muss sich die Wirkung vorstellen. Ein 19-Jähriger, der zum ersten Mal auf eine Demonstration geht, weil er sich um das Internet sorgt, erfährt aus den Nachrichten, dass eine Regierungspartei ihn für einen bezahlten Statisten hält. Er wird diese Partei so bald nicht wählen.

Die Antwort, die ausblieb

Auf Rezos Video reagierte die CDU zunächst gar nicht. Dann wurde intern beschlossen, dass man mit einem eigenen Video antworten wolle, und man fand dafür den jüngsten Abgeordneten der Fraktion: Philipp Amthor, damals 26 Jahre alt, genauso alt wie Rezo, aber in Anzug und Krawatte, mit einer Sprache und Haltung, die ihm den Spitznamen des ältesten jungen Mannes im Bundestag eingetragen hatten.

Das Video wurde gedreht. In einer Talkshow verriet Amthor später den Anfang, der Rezo in dessen eigenem Jargon ansprechen sollte, als „alten Zerstörer“. Veröffentlicht wurde es nicht. Nach Angaben aus der Partei stimmte die Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer nicht zu.

Stattdessen veröffentlichte die CDU eine elfseitige schriftliche „offene Antwort“ als PDF-Dokument. Auf ein Youtube-Video mit Millionen Aufrufen antwortete die größte Regierungspartei mit einem Schriftstück, das die Zielgruppe weder las noch lesen wollte.

Amthor räumte später selbst ein, die Partei habe auf das Video nicht gerade souverän reagiert. Das war eine ehrliche Einschätzung. Sie wird in diesem Buch noch Bedeutung bekommen, weil sie zeigt, dass Einsicht im Nachhinein und Instinkt im Moment zwei verschiedene Dinge sind.

Meinungsmache

Am Tag nach der Europawahl, bei der die Union auf 28,9 Prozent fiel und die Grünen mit 20,5 Prozent zweitstärkste Kraft wurden, sprach die CDU-Vorsitzende in einer Pressekonferenz über das Video. Sinngemäß fragte sie, was wohl los wäre, wenn eine Reihe von Zeitungsredaktionen kurz vor einer Wahl gemeinsam dazu aufgerufen hätte, bestimmte Parteien nicht zu wählen. Und sie stellte die Frage, welche Regeln im analogen Bereich gälten und welche im digitalen Bereich gelten sollten, wenn es um Meinungsmache vor Wahlen gehe.

Die Reaktion war verheerend. Kramp-Karrenbauer wurde vorgeworfen, Meinungsfreiheit einschränken zu wollen. Sie widersprach, sie habe über Regeln für Fairness, nicht über Zensur gesprochen. Aber das Wort „Meinungsmache“ blieb hängen. Es klang so, als sei die Kritik eines jungen Bürgers ein Problem der Regulierung, nicht der Politik. Schon in ihrer ersten Reaktion auf das Video hatte sie mit einem missglückten Bibelvergleich für Spott gesorgt.

Wie tief die Kluft war, zeigte die Europawahl selbst. Bei den unter 30-Jährigen wurden die Grünen mit großem Abstand stärkste Kraft, die Union kam dort nur noch auf einen Bruchteil ihres Gesamtergebnisses. Das ZDF sprach von einem Rezo-Effekt. Die Fridays-for-Future-Bewegung hatte in diesem Frühjahr Hunderttausende Schülerinnen und Schüler auf die Straßen gebracht. Eine Generation politisierte sich, und die Union stand abseits und wunderte sich.

Das Jahr der Gewalt

Das Jahr 2019 war nicht nur das Jahr von Rezo. Es war auch das Jahr, in dem der rechtsextreme Terror nach Deutschland zurückkehrte. Am 2. Juni 2019 wurde der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke, ein CDU-Politiker, auf der Terrasse seines Hauses von einem Rechtsextremisten erschossen. Lübcke war seit einer Bürgerversammlung im Jahr 2015, bei der er die Aufnahme von Flüchtlingen verteidigt hatte, zur Hassfigur im rechten Internet geworden. Im Oktober versuchte ein Rechtsextremist, in Halle an Jom

Kippur in die Synagoge einzudringen, und ermordete zwei Menschen. Im Februar 2020 erschoss ein Rassist in Hanau neun Menschen mit Migrationsgeschichte.

Diese Taten gehören in ein Buch über den Strandkorb-Effekt, weil sie die Grenze markieren, an der jede Rede von Repräsentationslücken endet. Es gibt Menschen, deren Hass nicht aus Kränkung entsteht und durch keine Politik der Welt zu besänftigen ist. Wer die Mitte für den Aufstieg der Ränder mitverantwortlich macht, darf nicht verschweigen, wie viel Verantwortung bei denen liegt, die Hass säen, und bei den Parteien, die ihnen Resonanz verschaffen.

Der Osten wählt

Im Herbst 2019 fanden drei ostdeutsche Landtagswahlen statt. In Sachsen kam die AfD auf 27,5 Prozent, in Brandenburg auf 23,5 Prozent. In beiden Ländern blieben CDU beziehungsweise SPD knapp vorn, weil sie im Schlusspurt als einzige Kraft galten, die die AfD vom ersten Platz fernhalten konnte. In Thüringen aber geschah etwas Neues. Die Linke von Ministerpräsident Bodo Ramelow wurde mit 31,0 Prozent stärkste Kraft, die AfD mit Björn Höcke kam auf 23,4 Prozent, die CDU fiel auf 21,7 Prozent und landete auf Platz drei.

Zusammen hatten Linke und AfD in Thüringen mehr als die Hälfte der Stimmen. Die CDU hatte auf ihrem Bundesparteitag im Dezember 2018 beschlossen, weder mit der Linken noch mit der AfD Koalitionen oder ähnliche Formen der Zusammenarbeit einzugehen. Dieser Beschluss behandelte beide Parteien formal gleich. In Thüringen führte er in eine Sackgasse. Ohne eine der beiden Parteien ließ sich keine Mehrheit bilden. Die CDU stand zwischen zwei Polen, mit denen sie nicht reden durfte, und hatte keine eigene Machtoption.

Erfurt, 5. Februar 2020

Am 5. Februar 2020 sollte der Thüringer Landtag den Ministerpräsidenten wählen. Ramelow trat mit einer Minderheitskoalition aus Linken, SPD und Grünen an. In den ersten beiden Wahlgängen verfehlte er die absolute Mehrheit. Im dritten

Wahlgang, in dem die einfache Mehrheit genügte, trat überraschend der FDP-Landesvorsitzende Thomas Kemmerich an, dessen Partei knapp über fünf Prozent geholt hatte. Die AfD, die einen eigenen Kandidaten aufgestellt hatte, stimmte geschlossen für Kemmerich. Mit den Stimmen von AfD, CDU und FDP wurde er gewählt, mit einer Stimme Vorsprung.

Das Bild des Tages zeigte Björn Höcke, wie er dem neuen Ministerpräsidenten gratulierte. Für die meisten Menschen im Land war sofort klar, was geschehen war: Zum ersten Mal war ein Regierungschef in Deutschland mit den Stimmen der AfD ins Amt gekommen, und die AfD hatte die bürgerlichen Parteien dabei vorgeführt.

Für viele Abgeordnete der Thüringer CDU war es nicht so klar gewesen. In ihrer Binnenlogik hatten sie für einen bürgerlichen Kandidaten gestimmt, um einen linken Ministerpräsidenten zu verhindern, und sie hatten gehofft oder verdrängt, was die AfD tun würde. Das ist der Strandkorb-Effekt auf Landesebene: Man handelt nach den Regeln des eigenen Raumes und übersieht, wie das Bild außerhalb aussieht.

Die Kanzlerin, die sich auf einer Reise in Südafrika befand, nannte den Vorgang unverzeihlich und forderte, das Ergebnis müsse rückgängig gemacht werden. Kemmerich trat nach drei Tagen zurück. Der Thüringer CDU-Chef Mike Mohring gab seine Ämter ab. Annegret Kramp-Karrenbauer kündigte an, den Parteivorsitz niederzulegen. Im März wurde Ramelow im zweiten Anlauf gewählt, weil sich die CDU enthielt.

Zwei Kränkungen auf einmal

Die Erfurter Wahl erzeugte gleich zwei Gegenreaktionen, die bis heute nachwirken. Die erste war die Empörung der liberalen Öffentlichkeit, die in der Wahl einen Dammbruch sah. Sie war berechtigt. Die zweite war die Empörung vieler Menschen in Ostdeutschland, auch vieler CDU-Mitglieder, über eine Kanzlerin, die aus Südafrika verkündete, eine demokratische Wahl in einem Landtag müsse rückgängig gemacht werden. Auch diese Empörung hatte einen nachvollziehbaren Kern, selbst wenn man Merkels Urteil in der Sache teilt.

In Thüringen hörten viele darin das Echo einer alten Erfahrung: dass über ihre Angelegenheiten anderswo entschieden werde, nach Maßstäben, die nicht ihre seien. Das Wort vom „Ossi-Bashing“ machte die Runde. Die AfD verstand es, beide Kränkungen in ihre Erzählung einzubauen. Sie inszenierte sich als Opfer eines undemokratischen Kartells.

Die eigentliche Lehre von Erfurt ist unbequem für alle Seiten. Die Brandmauer gegen die AfD war richtig und notwendig. Aber sie allein ist keine Strategie. Wer der Bevölkerung eines Landes, in dem mehr als die Hälfte Linke oder AfD gewählt hat, nur mitteilen kann, mit wem man nicht zusammenarbeitet, hat noch nicht gesagt, wofür man selbst steht und wie man regieren will. Die CDU hatte in Thüringen keine Antwort auf diese Frage. Sie würde sie auch 2024 nicht haben, als die AfD dort stärkste Kraft wurde. Und in Mecklenburg-Vorpommern würde sie 2026 aus genau dieser Lage heraus aus dem Landtag fallen: zerrieben, wie der Kanzler es nennen würde, zwischen zwei anderen Kräften.

Teil II: Vertrauen verspielt (2020–2025)

Kapitel 6: Aktienoptionen, Masken, ein Lachen in Erftstadt (2020/21)

Im Frühjahr 2020 erlebte die Union ein politisches Wunder. Die Corona-Pandemie hatte das Land im Griff, die Menschen suchten Halt, und sie fanden ihn bei der Kanzlerin. In den Umfragen stieg die Union auf fast 40 Prozent, die AfD fiel unter zehn. Die Politik hatte die Chance, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. Achtzehn Monate später fuhr die Union das schlechteste Bundestagswahlergebnis ihrer Geschichte ein. Dazwischen lagen keine großen Richtungsentscheidungen, sondern eine Reihe von Momenten, die alle dieselbe Geschichte erzählten.

Augustus

Im Juni 2020 berichtete der „Spiegel“, dass sich Philipp Amthor bei der Bundesregierung für ein amerikanisches Start-up namens Augustus Intelligence eingesetzt hatte, ein Unternehmen, das Anwendungen der künstlichen Intelligenz entwickeln wollte. Amthor hatte 2018 auf Briefpapier des Bundestages an Wirtschaftsminister Peter Altmaier geschrieben und um Unterstützung für die Firma geworben. Gleichzeitig hatte er einen Direktorenposten in dem Unternehmen und Aktienoptionen erhalten und an Reisen mit dessen Gründern teilgenommen.

Amthor war zu diesem Zeitpunkt der aussichtsreichste Kandidat für den Vorsitz der CDU in Mecklenburg-Vorpommern. Er räumte einen Fehler ein, gab Posten und Optionen zurück und zog seine Kandidatur zurück. Die Berliner Staatsanwaltschaft sah keinen Anfangsverdacht für eine Straftat. Juristisch war die Sache damit erledigt, und Amthor blieb Abgeordneter.

Politisch zeigte der Fall das Muster, das dieses Buch beschreibt. In der Verteidigung ging es um die Frage, was erlaubt war. In der Öffentlichkeit

ging es um die Frage, was angemessen war. Ein 27-jähriger Abgeordneter, der sich für eine Firma verwendet, an der er beteiligt ist, verstößt vielleicht gegen kein Gesetz. Aber er verstößt gegen die Vorstellung vieler Menschen davon, wofür ein Abgeordneter da ist. Der Fall führte immerhin dazu, dass der Bundestag später die Regeln für Nebentätigkeiten und Beteiligungen verschärfte. Die Regeln wurden an das Gefühl angepasst, nicht umgekehrt.

Die Masken

Anfang 2021, mitten in der zweiten Welle, wurde bekannt, dass Abgeordnete der Union an der Vermittlung von Schutzmasken verdient hatten. Der CSU-Abgeordnete und Fraktionsvize Georg Nüßlein soll für die Vermittlung von Maskengeschäften an staatliche Stellen Provisionen in Höhe von mehreren Hunderttausend Euro erhalten haben. Das Unternehmen des Mannheimer CDU-Abgeordneten Nikolas Löbel kassierte rund 250.000 Euro für die Vermittlung von Kaufverträgen. Auch gegen den früheren bayerischen Justizminister Alfred Sauter wurde ermittelt.

Die Empörung war gewaltig, und sie war berechtigt. Während Pflegekräfte am Limit arbeiteten, Gastronomen um ihre Existenz bangten und Familien Homeschooling am Küchentisch organisierten, hatten Volksvertreter an der Not verdient. Löbel legte sein Mandat nieder und trat aus der CDU aus, Nüßlein verließ die CSU. Die Unionsfraktion ließ alle ihre Abgeordneten eine Ehrenerklärung unterschreiben, dass sie nicht von Geschäften im Zusammenhang mit der Pandemie profitiert hätten. Schon die Existenz einer solchen Erklärung sagte viel über den Zustand der Fraktion.

Der juristische Nachgang ist ein Lehrstück für den Strandkorb-Effekt. Der Bundesgerichtshof entschied 2022, dass sich Nüßlein und Sauter nicht wegen Bestechlichkeit von Mandatsträgern strafbar gemacht hatten, weil sie nicht in Ausübung ihres Mandats gehandelt hätten, sondern außerhalb davon. Die Rechtslage war eindeutig, das Urteil sachlich begründet. Und doch verfestigte es bei vielen Menschen die Überzeugung, dass es für Politiker andere Maßstäbe gebe. Der

Gesetzgeber verschärfte daraufhin die Strafvorschriften. Wieder kam die Regel nach dem Gefühl.

In die Pandemiejahre fiel auch die Maskenbeschaffung des Bundesgesundheitsministeriums unter Jens Spahn, die wegen überteuerter Einkäufe und eines chaotischen Vergabeverfahrens bis heute Gegenstand von Untersuchungen und Gerichtsverfahren ist. Man kann Spahn zugutehalten, dass er in einer Notlage unter enormem Zeitdruck handelte. Man kann aber auch festhalten, dass die Aufklärung über Jahre schleppend verlief und von einer Haltung begleitet war, die Kritik vor allem als parteipolitischen Angriff wertete.

Das Hinterzimmer

Im März 2021 fuhr die CDU in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz die schlechtesten Ergebnisse ihrer Geschichte in diesen Ländern ein, beide Wahlen standen im Schatten der Maskenaffäre. Einen Monat später musste die Union ihren Kanzlerkandidaten bestimmen. Zur Wahl standen der neue CDU-Vorsitzende Armin Laschet, im Januar knapp gegen Friedrich Merz gewählt, und CSU-Chef Markus Söder.

In allen Umfragen lag Söder weit vorn, bei den Wählern der Union ebenso wie in der Gesamtbevölkerung. Viele Kreisverbände und Abgeordnete der CDU sprachen sich für ihn aus. Der CDU-Bundesvorstand entschied sich in einer nächtlichen Sitzung trotzdem für Laschet. Die Gründe waren nachvollziehbar: Der Vorsitzende der größeren Schwesterpartei hatte nach den Gepflogenheiten den Vortritt, und viele im Vorstand misstrauten Söders Wendigkeit.

Aber die Entscheidung wurde nach innerparteilicher Logik getroffen, nicht nach der Stimmung der Wähler. Sie wirkte wie ein Beschluss aus dem Hinterzimmer, und sie war es auch. Die Union ging mit einem Kandidaten in den Wahlkampf, von dem ihre eigenen Anhänger mehrheitlich nicht überzeugt waren. Das hätte sich im Wahlkampf noch ändern können. Dann kam das Hochwasser.

Erftstadt

Im Juli 2021 verwüsteten Starkregen und Überschwemmungen Teile von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. An der Ahr und in anderen Regionen starben mehr als 180 Menschen. Am 17. Juli besuchte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier gemeinsam mit Laschet, damals Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, das zerstörte Erftstadt. Während Steinmeier vor Kameras sprach, war im Hintergrund zu sehen, wie Laschet mit Umstehenden scherzte und lachte.

Laschet entschuldigte sich noch am selben Tag. Er sei kein kalter Mensch, und wer ihn kenne, wisse das. Wahrscheinlich stimmte das. Die Szene dauerte Sekunden, sie war ein unbedachter Moment in einem langen Tag. Aber sie wurde zum Sinnbild eines Wahlkampfes, weil sie etwas zu zeigen schien, was viele ohnehin vermuteten: dass die politische Klasse nicht mitfühlt, dass sie zwischen den Terminen bei sich bleibt, während um sie herum das Leben anderer zerstört ist.

Das Lachen von Erftstadt ist der direkte Vorläufer des Strandkorbs vom Kanzleramt. Beide Szenen sind in sich harmlos. Beide wurden erst durch den Kontext zu Symbolen: hier eine Flutkatastrophe, dort eine Serie von Wahlniederlagen und Spritpreise von 2,50 Euro. Und in beiden Fällen konnte keine Richtigstellung den Eindruck mehr einfangen. Laschets Umfragewerte brachen ein, die SPD mit Olaf Scholz zog vorbei.

Die Wahl von 2021

Bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 kam die Union auf 24,1 Prozent, fast neun Punkte weniger als 2017. Die SPD wurde mit 25,7 Prozent knapp stärkste Kraft, die Grünen erreichten 14,8, die FDP 11,5 Prozent. Die AfD verlor leicht und kam auf 10,3 Prozent. In Sachsen und Thüringen wurde sie trotzdem bei den Zweitstimmen stärkste Kraft.

Dass die AfD 2021 bundesweit verlor, ist ein Befund, der in diesem Buch nicht unterschlagen werden soll. Er zeigt, dass der Aufstieg der Ränder nicht naturgesetzlich ist. In einem Wahlkampf, in dem es um die Frage ging, wer Kanzler wird, und in dem mit Scholz ein Kandidat antrat, der Solidität und Respekt versprach, schrumpfte die AfD außerhalb ihrer

ostdeutschen Hochburgen. Wenn die Mitte ein ernsthaftes Angebot macht, verlieren die Ränder an Anziehungskraft. Das Problem ist, dass diese Angebote oft nicht lange halten.

Die Linke am Abgrund

Für die Linke war der Wahlabend 2021 eine Nahtoderfahrung. Sie kam auf 4,9 Prozent und scheiterte damit an der Fünfprozenthürde. Nur weil drei ihrer Kandidaten, Gregor Gysi, Sören Pellmann und Gesine Löttsch, Direktmandate gewonnen hatten, zog sie dank der Grundmandatsklausel dennoch in Fraktionsstärke in den Bundestag ein. Vier Jahre zuvor hatte sie noch 9,2 Prozent erreicht.

Im Frühjahr 2021 hatte Sahra Wagenknecht ein Buch mit dem Titel „Die Selbstgerechten“ veröffentlicht. Darin rechnete sie mit dem ab, was sie die „Lifestyle-Linke“ nannte: ein akademisch-urbanes Milieu, das sich über Sprache, Identität und Lebensstil definiere, auf die Sorgen der einfachen Leute herabblicke und deren Ängste vor Zuwanderung und sozialem Abstieg als rückständig abtue. Viele in ihrer Partei empfanden das Buch als Verrat. Parteigremien überlegten, sie auszuschließen.

Man muss Wagenknechts Folgerungen nicht teilen, um ihre Diagnose ernst zu nehmen. Denn sie beschrieb, zugespitzt, genau jenen Mechanismus, den dieses Buch den Strandkorb-Effekt nennt, nur auf der linken Seite. Die Linke hatte ihre früheren Kernwähler in den ostdeutschen Plattenbauten und den westdeutschen Industriestädten verloren, weil sie deren Lebenswelt nicht mehr teilte und deren Kritik als Ressentiment abwehrte. Viele dieser Wähler waren zur AfD gegangen, viele blieben zu Hause. Übrig blieb eine Partei, die in Berliner Szenevierteln stark war und in Gelsenkirchen kaum noch vorkam.

Dass die Linke zwei Jahre später an genau diesem Konflikt zerbrechen und danach auf erstaunliche Weise wieder auferstehen würde, gehört zu den überraschendsten Wendungen dieser Geschichte. Ihr ist das achte Kapitel gewidmet. Zuvor aber geht es um die Jahre, in denen die Ampel regierte und die AfD in den Umfragen über die Marke von 20 Prozent stieg.

Kapitel 7: Heizungskeller und Brandmauer. Die Ampel-Jahre (2022–2024)

Die Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP trat im Dezember 2021 als „Fortschrittskoalition“ an. Drei Jahre später zerbrach sie im Streit, und die AfD hatte sich in den Umfragen verdoppelt. Die Union, die in dieser Zeit die größte Oppositionspartei war, profitierte davon erstaunlich wenig. Dieses Kapitel handelt von beidem: von einer Regierung, die in Heizungskeller hineinregierte, und von einer Opposition, die ihre Chance nicht nutzte.

Zeitenwende und Doppelwumms

Man muss fair beginnen. Keine Bundesregierung seit der Wiedervereinigung hatte einen so harten Start. Zweieinhalb Monate nach ihrer Vereidigung überfiel Russland die Ukraine. Die Gasversorgung, auf der die deutsche Industrie jahrzehntelang aufgebaut hatte, brach weg, die Energiepreise explodierten, die Inflation stieg zeitweise auf fast zehn Prozent. Olaf Scholz sprach von einer Zeitenwende.

Die Ampel reagierte im materiellen Sinn durchaus. Es gab einen Tankrabbatt, das 9-Euro-Ticket im Sommer 2022, Entlastungspakete und schließlich eine Gas- und Strompreisbremse, für die Scholz den Begriff „Doppelwumms“ prägte. Deutschland kam ohne Gasmangellage durch den Winter. Das war keine kleine Leistung, und sie wird in der Rückschau oft unterschlagen.

Aber die Entlastungen kamen spät, sie waren kompliziert, und sie wurden von einem ständigen öffentlichen Streit der drei Koalitionspartner begleitet. Die Menschen erlebten eine Regierung, die mit sich selbst beschäftigt war, während sie selbst an der Kasse und auf der Nebenkostenabrechnung sahen, wie ihr Wohlstand schrumpfte. Die deutsche Wirtschaft schrumpfte 2023 und 2024, zwei Jahre Rezession in Folge.

Der Heizungskeller

Im Februar 2023 veröffentlichte die „Bild“ einen Referentenentwurf aus dem Wirtschaftsministerium von Robert Habeck. Er sah vor, dass ab 2024 neu eingebaute Heizungen zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden mussten. In der Praxis bedeutete das für viele Hausbesitzer den Abschied von neuen Öl- und Gasheizungen. Die Zeitung sprach vom „Heizungs-Hammer“.

Der Entwurf war klimapolitisch begründbar. Der Gebäudesektor verfehlte seine Klimaziele regelmäßig, und das Ziel, beim Heizen von fossilen Brennstoffen wegzukommen, war seit Jahren beschlossene Politik, auch unter Unionsregierungen. Aber das Gesetz traf einen der empfindlichsten Triggerpunkte, die Steffen Mau und seine Kollegen beschrieben haben: die Verhaltenszumutung. Es ging nicht um eine abstrakte Steuer, sondern um den eigenen Keller, um das Eigenheim, das für viele Familien die wichtigste Altersvorsorge ist, um Investitionen von zehntausenden Euro, deren Finanzierung zunächst unklar war.

Die Reaktion des Ministeriums folgte dem bekannten Muster. Man verwies auf die Klimaziele, auf Förderprogramme, auf Härtefallregelungen, auf Fehlinformationen der Boulevardpresse. Alles davon war teilweise richtig. Aber die Menschen hörten nicht die Förderrichtlinie, sie hörten: Die in Berlin wollen mir vorschreiben, wie ich heize, und sie haben keine Ahnung, was eine Wärmepumpe in einem Altbau kostet.

Im Frühjahr 2023 kam die sogenannte Trauzeugen-Affäre hinzu. Habecks Staatssekretär Patrick Graichen, der das Gesetz maßgeblich vorangetrieben hatte, hatte an der Auswahl seines Trauzeugen für den Chefposten der bundeseigenen Energieagentur mitgewirkt. Graichen musste gehen. Für die Kritiker war das der Beweis, dass hinter der Wärmewende ein abgeschottetes Netzwerk aus Überzeugten stand, das niemanden mehr hörte, der nicht dazugehörte. Das war überzeichnet. Aber es war ein Strandkorb.

Das Gebäudeenergiegesetz wurde im September 2023 in stark veränderter Form beschlossen, verknüpft mit einer kommunalen

Wärmeplanung, mit längeren Fristen und höheren Förderungen. Habeck räumte später Fehler im Verfahren und in der Kommunikation ein. Doch der Schaden war angerichtet. Die Grünen, 2021 noch Anwärter auf das Kanzleramt, galten in weiten Teilen des Landes nun als Partei, die den Menschen vorschreibt, wie sie zu leben haben. Und die AfD hatte ein zweites großes Thema neben der Migration gefunden.

Die Opposition und ihre Paschas

Man hätte erwarten können, dass die Union von diesem Debakel profitiert. Sie war die natürliche Alternative, sie hatte mit Friedrich Merz seit Januar 2022 einen Vorsitzenden, der als Gegenmodell zu Merkel galt, und sie stand in den Umfragen bei soliden 28 bis 30 Prozent. Aber sie kam nicht darüber hinaus. Die AfD dagegen stieg im Laufe des Jahres 2023 auf 20 bis 22 Prozent und lag in manchen Umfragen zeitweise vor der Kanzlerpartei SPD.

Ein Grund dafür lag in einer eigenen Form des Strandkorb-Effekts, die man bei Merz immer wieder beobachten konnte. Merz spürte, dass viele Menschen sich über Missstände ärgerten, die die politische Mitte nicht ansprach. Er versuchte, diese Stimmung aufzugreifen, mit zugespitzten Sätzen. Nach den Silvesterkrawallen in Berlin sprach er Anfang 2023 in einer Talkshow über Jungen mit Migrationsgeschichte als „kleine Paschas“. Im Herbst 2022 hatte er ukrainischen Flüchtlingen „Sozialtourismus“ vorgeworfen und sich wenig später entschuldigt. Im September 2023 behauptete er, abgelehnte Asylbewerber ließen sich beim Arzt die Zähne neu machen, während deutsche Bürger nebenan keine Termine bekämen. Die Behauptung war sachlich nicht haltbar.

Das Muster war jedes Mal dasselbe: eine Zuspitzung, ein Sturm der Kritik, eine Relativierung oder Entschuldigung. Das Ergebnis war doppelt schädlich. Die liberalen Wähler der Union fühlten sich abgestoßen von einer Sprache, die sie an die AfD erinnerte. Die Wähler, die Merz eigentlich erreichen wollte, lernten, dass er seine Sätze zurücknahm, sobald es unbequem wurde. Sie schlossen daraus, dass die Zuspitzung Taktik war und nicht Überzeugung. Wer populistische Rhetorik nur

borgt, bekommt am Ende weder die Glaubwürdigkeit des Originals noch die Seriosität der Mitte.

Im Juli 2023 sagte Merz in einem Sommerinterview, auf kommunaler Ebene müsse man mit gewählten AfD-Landräten und Bürgermeistern zusammenarbeiten. Nach heftigem Widerspruch aus der eigenen Partei korrigierte er sich binnen eines Tages. Auch das zeigte keine Linie, sondern ein Tasten.

Sonneberg

Am 25. Juni 2023 wurde im thüringischen Landkreis Sonneberg mit Robert Sesselmann der erste AfD-Politiker in Deutschland zum Landrat gewählt. Eine Woche später gewann in Raguhn-Jeßnitz in Sachsen-Anhalt ein AfD-Kandidat die Wahl zum hauptamtlichen Bürgermeister. Die Nachrichten wurden in Berlin als Alarmsignal behandelt, was sie waren. Aber die Analyse blieb häufig an der Oberfläche: Man sprach über die Gefahr, über die Brandmauer, über den Verfassungsschutz. Seltener sprach man darüber, warum die Menschen in einem Landkreis an der bayerischen Grenze, mit niedriger Arbeitslosigkeit und schmucken Dörfern, das Gefühl hatten, niemand in der Landeshauptstadt oder in Berlin vertrete ihre Interessen.

Traktoren

Im November 2023 erklärte das Bundesverfassungsgericht die Umwidmung von 60 Milliarden Euro Kreditermächtigungen im Klima- und Transformationsfonds für verfassungswidrig. Die Ampel musste in wenigen Wochen einen neuen Haushalt zusammenstreichen. Unter anderem beschloss sie, die Steuervergünstigung für Agrardiesel zu streichen und die Befreiung landwirtschaftlicher Fahrzeuge von der Kfz-Steuer aufzuheben.

Was folgte, waren die größten Bauernproteste seit Jahrzehnten. Im Januar 2024 blockierten Traktoren Autobahnauffahrten und Innenstädte, in Berlin fuhrn Tausende vor das Brandenburger Tor. Die Regierung nahm einen Teil der Kürzungen zurück. Aber sie begleitete die Proteste auch mit Warnungen vor rechten Unterwanderungsversuchen,

die es tatsächlich gab. Für viele Landwirte klang das, als wolle man ihren Protest delegitimieren. Wieder: eine richtige Beobachtung, im falschen Ton, zur falschen Zeit.

Potsdam und die Millionen auf der Straße

Am 10. Januar 2024 veröffentlichte das Recherchenetzwerk Correctiv einen Bericht über ein Treffen in einer Potsdamer Villa, bei dem im November 2023 Rechtsextreme, Unternehmer, AfD-Politiker und einzelne Mitglieder der CDU-nahen Werteunion zusammengekommen waren. Der österreichische Rechtsextremist Martin Sellner hatte dort Pläne für eine sogenannte Remigration vorgestellt, die auf die Vertreibung von Millionen Menschen mit Migrationsgeschichte hinausliefen, auch von deutschen Staatsbürgern.

Die Reaktion war überwältigend. An mehreren Wochenenden im Januar und Februar 2024 gingen in ganz Deutschland Hunderttausende, zusammengenommen Millionen Menschen gegen Rechtsextremismus auf die Straße, in Großstädten ebenso wie in Kleinstädten. Es war eine der größten Protestbewegungen in der Geschichte der Bundesrepublik, und sie war ein beeindruckendes Zeichen demokratischer Selbstbehauptung.

Die Demonstrationen zeigten aber auch eine Grenze. Sie sprachen vor allem die an, die ohnehin nicht AfD wählten. Die AfD fiel in den Umfragen kurzzeitig um einige Punkte, erholte sich aber binnen Monaten. Und in Teilen der Politik und der Medien setzte sich eine Lesart durch, nach der die Mitte nun gesprochen habe. Die Frage, was man den Wählern der AfD jenseits der Warnung vor der AfD anbieten wolle, trat in den Hintergrund. Die Brandmauer wurde zum Identitätsmerkmal, und Identitätsmerkmale haben die Eigenschaft, dass man sich hinter ihnen sicher fühlt.

Das Superwahljahr 2024

Im Januar 2024 gründete Sahra Wagenknecht ihre eigene Partei, das Bündnis Sahra Wagenknecht. Bei der Europawahl im Juni kam das BSW aus dem Stand auf 6,2 Prozent, die Linke nur noch auf 2,7. Die AfD

wurde mit 15,9 Prozent zweitstärkste Kraft. Bei den jungen Wählern, die erstmals ab 16 Jahren wählen durften, schnitt sie deutlich besser ab als früher. Auf TikTok, wo ihre Politiker seit Jahren präsent waren, hatte sie eine Reichweite aufgebaut, von der die anderen Parteien nur träumen konnten.

Im August 2024 erstach ein ausreisepflichtiger Syrer auf einem Stadtfest in Solingen drei Menschen. Er hätte ein Jahr zuvor nach Bulgarien überstellt werden sollen, die Abschiebung war gescheitert, weil man ihn an einem einzigen Tag nicht in seiner Unterkunft angetroffen hatte. Der Fall wurde zum Symbol eines Staates, der Regeln hat, aber nicht durchsetzt.

Am 1. September 2024 wurde die AfD in Thüringen mit 32,8 Prozent zum ersten Mal bei einer Landtagswahl stärkste Kraft. In Sachsen kam sie auf 30,6 Prozent, knapp hinter der CDU. Drei Wochen später erreichte sie in Brandenburg 29,2 Prozent, knapp hinter der SPD. Das BSW erreichte in allen drei Ländern zweistellige Ergebnisse. In Sachsen und Brandenburg hatten CDU und SPD den ersten Platz nur gerettet, weil viele Wähler von Grünen und Linken taktisch für sie gestimmt hatten, um die AfD zu verhindern.

Das Ende der Ampel

Am 6. November 2024, dem Tag nach der Wahl Donald Trumps in den USA, entließ Olaf Scholz seinen Finanzminister Christian Lindner. Die Koalition war am Streit über den Haushalt zerbrochen. Wenige Wochen später wurde bekannt, dass die FDP ihren Ausstieg aus der Koalition in einem internen Papier vorbereitet hatte, das von einem „D-Day“ und einer „offenen Feldschlacht“ sprach. Die Parteiführung hatte die Existenz solcher Planungen zuvor bestritten. Der Generalsekretär und der Bundesgeschäftsführer der FDP traten zurück.

Das D-Day-Papier war ein kleiner Nachtrag zu einer großen Geschichte, aber es passte in das Bild. Eine Partei, die ihr Land in einer Wirtschaftskrise mitregierte, plante den Koalitionsbruch in militärischer Sprache, als strategisches Manöver. Die Wähler bestraften sie im Februar 2025 mit dem Ausscheiden aus dem Bundestag.

Die verpasste Chance

Am Ende der Ampel-Jahre stand die Union in den Umfragen bei rund 30 Prozent, etwa sechs Punkte über ihrem historischen Tiefpunkt von 2021. Die AfD stand bei rund 20 Prozent, doppelt so hoch wie bei der Wahl 2021. Der Protest gegen die Regierung war also zu einem größeren Teil an den rechten Rand gegangen als zur größten Oppositionspartei. Die größte Oppositionspartei hatte drei Jahre einer unpopulären Regierung erlebt und kaum etwas davon in Zustimmung für sich verwandelt.

Das ist vielleicht der aufschlussreichste Befund dieser Jahre. Die Wähler, die von der Ampel enttäuscht waren, gingen zu einem großen Teil nicht zur Union, weil sie der Union nicht zutrauten, es anders zu machen. Sie erinnerten sich an sechzehn Jahre Merkel, an Masken, an Hinterzimmer. Und sie hörten in Merz' Zuspitzungen eher Lärm als Lösung. Die Union hatte in der Opposition nicht bewiesen, dass sie zuhören kann. Sie hatte bewiesen, dass sie laut werden kann. Das ist nicht dasselbe.

Kapitel 8: Die andere Lücke. Wie die Linke fast verschwand und zurückkam

Die Geschichte der Linken ist die Spiegelgeschichte dieses Buches. Sie zeigt, wie eine Partei aus einer Repräsentationslücke entsteht, wie sie selbst dem Strandkorb-Effekt erliegt und fast untergeht, und wie sie zurückkommt, als sie ihn überwindet. Wer verstehen will, warum die Linke 2026 in Berlin stärkste Kraft wurde, muss bei Gerhard Schröder anfangen.

Geburt aus einer Kränkung

Im März 2003 stellte der SPD-Kanzler Gerhard Schröder im Bundestag die Agenda 2010 vor, das umfassendste Reformprogramm für Arbeitsmarkt und Sozialstaat in der Geschichte der Bundesrepublik. Ihr Kernstück, die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum sogenannten Hartz IV, trat Anfang 2005 in Kraft. Ökonomen bewerten die Reformen bis heute unterschiedlich, viele schreiben ihnen einen Anteil am späteren Beschäftigungsboom zu.

Für einen Teil der sozialdemokratischen Stammwählerschaft aber waren sie eine tiefe Kränkung. Facharbeiter, die jahrzehntelang eingezahlt hatten, fanden sich nach einem Jahr Arbeitslosigkeit auf demselben Niveau wie Menschen, die nie gearbeitet hatten. Gewerkschafter fühlten sich von ihrer Partei verraten. Die SPD-Führung reagierte auf den Protest, wie Regierungen oft reagieren: mit dem Verweis auf die Notwendigkeit, auf die Zahlen, auf die fehlende Alternative. Schröder beendete innerparteiliche Debatten gern mit einem „Basta“.

Aus diesem Protest entstand 2004 und 2005 in Westdeutschland die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit, kurz WASG. Sie verbündete sich mit der ostdeutschen PDS, der Nachfolgepartei der SED, und mit dem früheren SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine. Bei der Bundestagswahl 2005 kam das Bündnis auf 8,7 Prozent. 2007 fusionierten beide Parteien zur Linken. Bei der Bundestagswahl 2009 erreichte sie 11,9 Prozent, ihr bis heute bestes Ergebnis.

Die Parallele zur Gründung der AfD ist offensichtlich. In beiden Fällen stand am Anfang eine Regierungspolitik, die sich für alternativlos hielt, und eine Volkspartei, die ihre Kritiker als Störenfriede behandelte. In beiden Fällen gründeten Abtrünnige aus der eigenen Partei die neue Konkurrenz. Und in beiden Fällen hielt die Volkspartei die Neugründung zunächst für ein vorübergehendes Phänomen.

Vom Kümmerer zum Establishment

In Ostdeutschland war die Linke über Jahre die Partei der Kümmerer. Ihre Abgeordneten saßen in Sprechstunden, halfen beim Ausfüllen von Anträgen, organisierten Sozialberatung. Sie war zugleich die Stimme eines ostdeutschen Selbstbewusstseins, das sich von den westdeutsch geprägten Parteien nicht vertreten fühlte. Wer in Marzahn, Halle-Neustadt oder Schwerin-Lankow protestieren wollte, wählte die Linke.

Aber die Linke wurde erfolgreich, und Erfolg verändert Parteien. Sie regierte in Berlin, in Brandenburg, in Mecklenburg-Vorpommern, in Bremen, und ab Ende 2014 stellte sie mit Bodo Ramelow in Thüringen sogar einen Ministerpräsidenten. Sie wurde Teil des Systems, gegen das ihre Wähler einst protestiert hatten. Als ab 2014 eine neue, rechte Protestpartei auftauchte, wanderten viele ihrer früheren Protestwähler dorthin ab. Die Wählerwanderungen der ostdeutschen Landtagswahlen von 2016 und 2019 zeigen diesen Strom in großer Deutlichkeit.

Im Westen veränderte sich die Partei auf andere Weise. In den Großstädten und Universitätsstädten wuchs eine junge, akademische, aktivistische Mitgliedschaft heran, geprägt von Klimabewegung, Antirassismus, Feminismus und queerer Politik. Das waren legitime Anliegen, und sie brachten der Partei neue Energie. Aber sie verschoben die Sprache und die Prioritäten. Die Partei, die aus dem Protest gegen Hartz IV entstanden war, diskutierte zunehmend über Themen, die ihre alten Wähler in Duisburg-Marxloh oder Gelsenkirchen nicht als ihre erkannten.

Die Selbstgerechten

Zwischen diesen beiden Welten stand Sahra Wagenknecht, von 2015 bis 2019 Fraktionsvorsitzende im Bundestag, die bekannteste und populärste Politikerin der Partei. Sie warf der eigenen Partei vor, die einfachen Leute zu verachten. Die eigene Partei warf ihr vor, rechte Ressentiments zu bedienen, bei der Migration, bei Corona, später bei Russland. Beide Vorwürfe hatten einen wahren Kern, und genau deshalb war der Konflikt nicht lösbar.

Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine eskalierte er. Wagenknecht hielt im September 2022 eine Rede im Bundestag, in der sie der Bundesregierung vorwarf, einen Wirtschaftskrieg gegen Russland vom Zaun zu brechen. Viele in ihrer Fraktion distanzieren sich öffentlich. Im selben Jahr erschütterte ein Skandal um sexuelle Übergriffe in Teilen der Partei deren Selbstbild, die Co-Vorsitzende Susanne Hennig-Wellsow trat zurück. Die Linke fiel in den Umfragen auf vier Prozent und darunter.

Im Oktober 2023 trat Wagenknecht mit neun weiteren Bundestagsabgeordneten aus der Partei aus. Im Dezember löste sich die Linksfraktion im Bundestag auf, weil sie die nötige Mindestgröße nicht mehr erreichte. Im Januar 2024 gründete Wagenknecht ihre eigene Partei. Bei der Europawahl im Juni kam das BSW auf 6,2 Prozent, die Linke auf 2,7. Bei den ostdeutschen Landtagswahlen im Herbst 2024 flog sie in Brandenburg aus dem Landtag, in Sachsen rettete sie sich über zwei Direktmandate in Leipzig. Die Partei hatte Ende 2023 nur noch rund 50.000 Mitglieder. Viele Beobachter hielten ihr Ende für besiegelt.

Neustart in Halle

Im Oktober 2024 wählte ein Parteitag in Halle eine neue Doppelspitze: die Journalistin Ines Schwerdtner und den früheren UN-Biowaffeninspekteur Jan van Aken. Beide waren keine Flügelskämpfer im klassischen Sinn. Schwerdtner hatte eine klare Diagnose: Die Linke müsse von einer Partei für urbane Linksintellektuelle wieder zu einer

Partei der arbeitenden Menschen werden. Sie beschrieb das Ziel als „organisierende Klassenpartei“.

Was das praktisch bedeutete, war erstaunlich unspektakulär. Die Partei konzentrierte sich auf wenige Themen, die im Alltag der Menschen spürbar waren: Mieten, Preise, Heizkosten, Löhne. Sie entwickelte einen Heizkostencheck, mit dem Mieter ihre Nebenkostenabrechnungen prüfen konnten, und ein Online-Werkzeug, mit dem man überprüfen konnte, ob die eigene Miete gegen die Mietpreisbremse verstößt. Sie schickte ihre Mitglieder an die Haustüren, zu Hunderttausenden Gesprächen, nicht um zu missionieren, sondern um zuzuhören. In den Morgenrunden des Wahlkampfteams, so erzählte Schwerdtner einer Wochenzeitung, erinnere man sich jeden Tag daran, bei den eigenen Themen zu bleiben und wo immer möglich über Mieten, Preise und die Interessen der Leute zu reden.

Dazu kam eine Kampagne mit dem Namen „Mission Silberlocke“: Die drei altbekannten Gesichter Gregor Gysi, Bodo Ramelow und Dietmar Bartsch traten in Wahlkreisen an, um über Direktmandate den Wiedereinzug abzusichern. Und es gab eine Spitzenkandidatin, die niemand auf der Rechnung hatte: Heidi Reichinnek, Jahrgang 1988, Gruppenvorsitzende im Bundestag, eine schnelle, zugespitzte Rednerin, die auf TikTok und Instagram ein Publikum erreichte, das die anderen Parteien der Mitte kaum kannten.

Die Rede

Der entscheidende Moment kam am 29. Januar 2025, an dem Tag, der im nächsten Kapitel ausführlich beschrieben wird. Die Union hatte im Bundestag einen Antrag zur Migrationspolitik mit den Stimmen der AfD durchgesetzt. Reichinnek trat ans Rednerpult und hielt eine wütende Rede gegen Friedrich Merz, die mit einem Aufruf endete, auf die Barrikaden zu gehen. Der Mitschnitt wurde in den sozialen Medien millionenfach geteilt.

In den Tagen danach traten Zehntausende Menschen in die Linke ein, überwiegend junge. Die Partei, die im Herbst zuvor bei drei Prozent

gelegen hatte, stieg in den Umfragen innerhalb weniger Wochen auf sechs, sieben, acht Prozent.

Bei der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 kam die Linke auf 8,8 Prozent und 64 Sitze. Sie gewann sechs Direktmandate, vier davon in Berlin. In der Hauptstadt wurde sie mit 19,9 Prozent stärkste Partei. Bei den 18- bis 24-Jährigen war sie bundesweit die stärkste Kraft, vor allem junge Frauen wählten sie. Bis Ende 2025 wuchs die Mitgliedschaft auf mehr als 123.000, mehr als doppelt so viele wie zwei Jahre zuvor.

Was die Linke verstanden hatte

Man kann den Wiederaufstieg der Linken auf zwei Arten erzählen. Die eine betont die Mobilisierung gegen rechts, den Antifaschismus, die Wut über die Januarwoche. Das ist richtig, aber nicht vollständig. Denn die Partei hatte schon vor dem 29. Januar begonnen, sich zu verändern, und sie hielt ihre Umfragewerte auch nach der Wahl, als die Empörung verflogen war.

Die andere Erzählung ist für dieses Buch wichtiger. Die Linke hatte etwas getan, was den Parteien der Mitte schwerfiel: Sie hatte ihre eigene Abgehobenheit erkannt und korrigiert. Sie war an die Haustüren gegangen, hatte nach den Sorgen gefragt und dann über diese Sorgen geredet, nicht über ihre eigenen Lieblingsthemen. Sie bot konkrete Hilfe an, einen Nebenkostencheck, eine Mietprüfung, eine Sozialsprechstunde. Das war Beziehungsarbeit, nicht Kommunikationsstrategie.

Im Kern hatte die Linke den Strandkorb-Effekt, dem sie selbst fast zum Opfer gefallen war, ins Gegenteil gewendet. Sie hatte aufgehört, ihre früheren Wähler zu belehren, und angefangen, ihnen zuzuhören. Dass sie dabei vor allem junge Menschen in den Großstädten gewann und nicht die alten Stammwähler im Osten, gehört zur Ambivalenz dieses Erfolgs. In den ostdeutschen Flächenländern blieb die AfD die Partei der Unzufriedenen.

Die Grenzen des Erfolgs

Dieses Kapitel wäre unvollständig ohne die Schattenseiten. Die neue Linke ist jünger, lauter und in Teilen radikaler als die alte. Auf ihrem

Parteitag in Potsdam im Juni 2026 wurde der Bundestagsabgeordnete Luigi Pantisano neben Schwerdtner zum Co-Vorsitzenden gewählt, allerdings mit nur gut 53 Prozent der Stimmen und ohne Gegenkandidaten, nachdem Jan van Aken aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr angetreten war. Kurz vor seiner Wahl hatte Pantisano in einem Interview erklärt, es gebe gerade keinen Unterschied zwischen der CDU, die faschistische Politik mache, der AfD und den Faschisten selbst. Eine solche Gleichsetzung ist nicht nur falsch, sie ist genau die Art von Milieu-Rhetorik, die Menschen außerhalb der eigenen Blase abstößt.

Dazu kommt der Streit über den Nahostkonflikt. Teile der Partei, vor allem aus dem Jugendverband, fielen mit scharf israelfeindlichen Positionen auf, denen Kritiker antisemitische Grenzüberschreitungen vorwarfen. Nach der Berlin-Wahl 2026 hielt der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, der Linken vor, im Wahlkampf wiederholt so aufgefallen zu sein, ohne dass daraus personelle oder politische Konsequenzen gefolgt seien. Die Parteiführung bemühte sich um Abgrenzung, aber der Konflikt ist ungelöst.

Die Linke steht damit vor der Frage, an der sie schon einmal gescheitert ist: ob sie eine Partei der Menschen bleibt, deren Alltag sie verbessern will, oder ob sie wieder zur Partei eines Milieus wird, das vor allem sich selbst bestätigt. Ihr eigener Strandkorb steht schon bereit. Er ist aus Aktivismus gebaut, nicht aus Rattan.

Die Lehre für die Mitte

Für die Parteien der Mitte ist die Geschichte der Linken dennoch lehrreich. Sie zeigt, dass eine Partei, die ihre Wähler verloren hat, sie zurückgewinnen kann, wenn sie aufhört, ihnen zu erklären, was sie denken sollen, und anfängt, sich um das zu kümmern, was sie beschäftigt. Sie zeigt auch, dass es dafür keine Werbeagentur braucht, sondern Mitglieder, die an Haustüren klingeln, und eine Führung, die sich jeden Morgen daran erinnert, worum es geht.

Und sie zeigt, dass die Mitte ihre Konkurrenz selbst erschaffen kann. Die Linke entstand aus der Kränkung durch die Agenda 2010. Sie erstand wieder auf aus der Empörung über eine Abstimmung im Januar 2025.

Beide Male hatte die Volkspartei, gegen die sich der Protest richtete, nicht damit gerechnet.

Kapitel 9: Die Januarwoche. Wie die Mitte beide Ränder zugleich stärkte (2025)

Es gibt in der jüngeren deutschen Politik kaum eine Woche, in der sich der Strandkorb-Effekt so präzise beobachten lässt wie in der letzten Januarwoche 2025. In wenigen Tagen gelang es der Union, gleich zwei gegensätzliche Wählergruppen zu enttäuschen, und beide suchten sich danach eine neue Heimat: die einen bei der AfD, die anderen bei der Linken.

Ein Versprechen im November

Die Vorgeschichte beginnt am 13. November 2024, eine Woche nach dem Bruch der Ampel. Friedrich Merz, Kanzlerkandidat der Union, machte im Bundestag ein Angebot an SPD und Grüne. Bis zur Neuwahl solle man nur solche Vorlagen zur Abstimmung stellen, die zuvor zwischen den Fraktionen der demokratischen Mitte abgesprochen seien. So wolle er verhindern, dass es zu zufälligen oder bewusst herbeigeführten Mehrheiten mit der AfD komme. Das Versprechen wurde breit gelobt. Angela Merkel sollte es später einen Ausdruck großer staatspolitischer Verantwortung nennen.

Aschaffenburg

Am 22. Januar 2025 griff im Aschaffener Park Schöntal ein psychisch kranker, ausreisepflichtiger Afghane eine Kindergartengruppe mit einem Messer an. Ein zweijähriger Junge und ein 41-jähriger Mann, der den Kindern helfen wollte, starben. Es war die dritte schwere Gewalttat binnen weniger Monate, nach Solingen im August und dem Anschlag auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt im Dezember, bei der ein Täter mit ausländischer Herkunft das Leben von Menschen zerstörte, die einfach ihren Alltag gelebt hatten.

Die Wut in der Bevölkerung war groß, und sie war verständlich. Der Täter war den Behörden bekannt gewesen, er hätte das Land verlassen müssen, er war mehrfach auffällig geworden. Wieder schien der Staat Regeln zu haben, die er nicht durchsetzte.

Merz reagierte am Tag danach. Er kündigte an, im Falle seiner Wahl zum Kanzler am ersten Tag dauerhafte Grenzkontrollen und die Zurückweisung aller Versuche illegaler Einreise anzuordnen, auch von Menschen, die Asyl beantragen wollten. Und er kündigte an, noch vor der Wahl entsprechende Anträge in den Bundestag einzubringen, unabhängig davon, wer ihnen zustimme. Das Versprechen vom November galt nicht mehr.

Der 29. Januar

Am 29. Januar 2025 stimmte der Bundestag über einen Entschließungsantrag der Union ab, der einen Fünf-Punkte-Plan zur Migrationspolitik enthielt. Er wurde mit knapper Mehrheit angenommen, mit den Stimmen von Union, FDP und AfD. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik hatte eine Mehrheit im Bundestag nur mit den Stimmen einer Partei zustande kommen können, die der Verfassungsschutz als rechtsextremistischen Verdachtsfall beobachtete. Die AfD-Fraktion feierte. Ihr Parlamentarischer Geschäftsführer sprach davon, dass hier eine neue Epoche beginne.

Merz verteidigte sich mit einem Satz, der die Logik der Sachebene in Reinform enthält: Eine richtige Entscheidung werde nicht dadurch falsch, dass die Falschen zustimmten. Als Satz über Logik ist das unbestreitbar. Als Satz über Politik übersah er alles, worum es an diesem Tag ging. Denn für einen großen Teil der Öffentlichkeit ging es nicht um den Inhalt des Antrags, der ohnehin nicht bindend war. Es ging um das Bild: Die Union hatte die AfD zum Mehrheitsbeschaffer gemacht, zum ersten Mal, und sie hatte es bewusst in Kauf genommen.

Am nächsten Tag meldete sich Angela Merkel zu Wort, was sie seit ihrem Abschied aus dem Amt fast nie getan hatte. Sie nannte es falsch, sich nicht mehr an das Versprechen vom November gebunden zu fühlen und eine Mehrheit mit den Stimmen der AfD sehenden Auges zu ermöglichen. Die Kirchen äußerten Kritik. Der Publizist Michel Friedman trat aus der CDU aus. Der Holocaust-Überlebende Albrecht Weinberg kündigte an, sein Bundesverdienstkreuz zurückzugeben.

Der 31. Januar

Zwei Tage später stellte die Union einen Gesetzentwurf zur Abstimmung, das sogenannte Zustrombegrenzungsgesetz. Diesmal ging es nicht um einen Appell, sondern um ein Gesetz, das tatsächlich etwas verändert hätte, etwa die Aussetzung des Familiennachzugs für bestimmte Schutzberechtigte. Der Gesetzentwurf scheiterte. Mehrere Abgeordnete von Union und FDP stimmten nicht mit, die Mehrheit fehlte.

Man muss sich die Bilanz dieser Woche aus zwei verschiedenen Perspektiven ansehen.

Für die Wähler, die sich eine härtere Migrationspolitik wünschten, lautete sie: Die Union hat viel angekündigt, eine symbolische Resolution durchgebracht und beim ersten echten Gesetz nicht einmal ihre eigenen Leute zusammenbekommen. Geändert hat sich nichts. Wer eine andere Politik will, kann sich auf die Union nicht verlassen. Diese Wähler gingen zu einem Teil zur AfD, die sich als die einzige Kraft präsentieren konnte, die in dieser Woche konsequent gewesen war.

Für die Wähler, die in der AfD eine Gefahr für die Demokratie sahen, lautete die Bilanz anders: Die Union ist bereit, mit der AfD Mehrheiten zu bilden, wenn es ihr nützt, und der Kanzlerkandidat hält sich nicht an seine eigenen Zusagen. Diese Wähler gingen auf die Straße, am 2. Februar allein in Berlin weit mehr als hunderttausend Menschen, und viele von ihnen gingen danach zur Linken, die in dieser Woche die klarste Gegenposition formuliert hatte.

Die Rechnung

Am 23. Februar 2025 wurde gewählt. Die Wahlbeteiligung lag mit 82,5 Prozent so hoch wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Die Union wurde mit 28,5 Prozent stärkste Kraft, ihr zweitschlechtestes Ergebnis nach 2021. Monate zuvor hatte sie in Umfragen noch über 30 Prozent gelegen. Die AfD verdoppelte sich auf 20,8 Prozent, ihr bis dahin bestes Bundesergebnis. Die SPD stürzte auf 16,4 Prozent, die Grünen kamen auf 11,6. Die Linke erreichte 8,8 Prozent. Die FDP flog mit 4,3 Prozent aus

dem Bundestag, das BSW verfehlte die Hürde mit 4,97 Prozent um weniger als zehntausend Stimmen.

Natürlich lassen sich diese Zahlen nicht allein aus einer Woche erklären. Die Migration war das beherrschende Thema des Wahlkampfes, die Wirtschaft schwächelte seit zwei Jahren, die Ampel hatte ein Erbe der Enttäuschung hinterlassen. Aber wer die Umfragen der Wochen zwischen Aschaffenburg und der Wahl betrachtet, sieht zwei deutliche Bewegungen: Die Union verlor leicht, die Linke gewann stark. Die AfD hielt ihr hohes Niveau. Die Union hatte in einer Woche beide Flanken geöffnet.

Warum Merz nicht verstand, was geschah

Der Kern des Problems lag nicht in der Migrationspolitik. Man kann Merz' Vorschläge richtig oder falsch finden, und darüber wird in Deutschland zu Recht gestritten. Der Kern des Problems lag darin, dass die Union in dieser Woche zweimal eine Beziehungsbotschaft sendete, die sie nicht beabsichtigt hatte.

Den Migrationskritikern teilte sie mit: Wir nehmen euer Anliegen so ernst, dass wir dafür sogar die AfD in Kauf nehmen. Dann scheiterte das Gesetz. Die Botschaft wurde zu: Wir nehmen euer Anliegen so ernst wie eine Resolution. Den Liberalen und Jungen teilte sie mit: Unsere Zusage vom November gilt nur, solange sie uns nicht im Weg steht. Beide Botschaften untergruben das, was eine Volkspartei am dringendsten braucht: Verlässlichkeit.

In der Union selbst wurde die Woche später oft als taktischer Fehler beschrieben, als Kommunikationspanne, als ungünstiges Timing. Das ist die typische Deutung aus dem Strandkorb. Sie behandelt das Problem als eines der Vermittlung. Es war ein Problem der Glaubwürdigkeit.

Der Kanzler, der keiner werden sollte

Die Geschichte hat ein Nachspiel. Am 6. Mai 2025 stellte sich Friedrich Merz im Bundestag zur Wahl zum Bundeskanzler. Die Koalition aus Union und SPD verfügte über 328 Stimmen, eine knappe Mehrheit. Im ersten Wahlgang erhielt Merz nur 310 Stimmen, sechs weniger als nötig.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik scheiterte ein designierter Kanzler im ersten Wahlgang. Am Nachmittag wurde er im zweiten Durchgang gewählt.

Wer die 18 Abweichler waren, ist bis heute nicht bekannt. Aber der Tag erzählte, dass der neue Kanzler selbst in der eigenen Koalition kein uneingeschränktes Vertrauen genoss. Das Misstrauen, das in der Januarwoche entstanden war, reichte bis ins Plenum.

Merz trat sein Amt mit dem Versprechen an, die AfD durch gute Regierungsarbeit kleinzumachen. Er versprach eine Wirtschaftswende, eine Migrationswende und eine Regierung, die nicht mehr streitet, sondern liefert. Was er in den folgenden Monaten tat, ist Gegenstand des nächsten Kapitels. Es beginnt mit einem Versprechen, das er brach, bevor er überhaupt Kanzler war.

Kapitel 10: Schuldenbremse, Stromsteuer, Stadtbild. Das erste Regierungsjahr (2025)

Friedrich Merz hatte sich im Wahlkampf als Mann des klaren Wortes präsentiert, als Gegenentwurf zum Zaudern der Ampel und zum Moderieren der Merkel-Jahre. Sein erstes Regierungsjahr wurde zu einer Abfolge von Momenten, in denen dieses klare Wort nicht hielt. Keiner dieser Momente war für sich genommen ein Skandal. Zusammen ergaben sie ein Bild, das die Wähler nicht mehr loswurde: ein Kanzler, der das eine sagt und das andere tut.

Der Wortbruch vor dem Amtsantritt

Im Wahlkampf hatte die Union versprochen, an der Schuldenbremse festzuhalten. Merz hatte die Ampel über Jahre für ihre Schuldenpolitik kritisiert. Zwei Wochen nach der Wahl, noch bevor die neue Regierung stand, verständigte er sich mit der SPD und später mit den Grünen auf die größte Lockerung der Schuldenregeln in der Geschichte der Bundesrepublik. Verteidigungsausgaben oberhalb von einem Prozent der Wirtschaftsleistung sollten von der Schuldenbremse ausgenommen werden, dazu kam ein Sondervermögen von 500 Milliarden Euro für die Infrastruktur. Beschlossen wurde die Grundgesetzänderung Mitte März 2025 vom alten Bundestag, weil im neuen AfD und Linke gemeinsam eine Sperrminorität gehabt hätten.

Für die Entscheidung gab es gewichtige Gründe. Die neue amerikanische Regierung hatte in wenigen Wochen die Sicherheitsarchitektur Europas in Frage gestellt, die Bundeswehr war unterfinanziert, Brücken und Schienen waren marode. Viele Ökonomen hielten die Investitionen für überfällig. Es ist gut möglich, dass die Geschichte Merz in dieser Frage recht geben wird.

Aber auch hier gilt: Recht haben auf der Sachebene ersetzt nicht die Beziehungsebene. Merz erklärte, die Lage habe sich grundlegend verändert. Die Wähler hörten: Vor vier Wochen habt ihr uns das Gegenteil versprochen. Besonders die eigenen Anhänger fühlten sich getäuscht, die Junge Union und der Wirtschaftsflügel murrten laut. Im

April 2025 lag die AfD in einer INSA-Umfrage zum ersten Mal bundesweit vor der Union. Ein Kanzler, der noch nicht gewählt war, hatte bereits sein wichtigstes Kapital beschädigt: das Vertrauen darauf, dass seine Worte gelten.

Die Stromsteuer

Der Koalitionsvertrag von Union und SPD, im April 2025 unterzeichnet, versprach eine spürbare Entlastung bei den Energiepreisen. Die Stromsteuer sollte für alle auf das europäische Mindestmaß gesenkt werden. Anfang Juli 2025 beschloss der Koalitionsausschuss, die Senkung vorerst nur für die Industrie, die Land- und die Forstwirtschaft umzusetzen. Für private Haushalte und für das Handwerk reiche das Geld nicht.

Die Begründung war haushaltspolitisch nachvollziehbar. Die Wirkung war verheerend, und zwar wegen des Vergleichs. Denn gleichzeitig setzte die Koalition andere Versprechen um: Die Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie sollte dauerhaft auf sieben Prozent sinken, die Agrardiesel-Vergünstigung kam zurück, die Mütterrente wurde ausgeweitet. Jede dieser Maßnahmen hatte ihre Lobby und ihre Begründung. In der Summe ergab sich für einen normalen Haushalt das Bild einer Regierung, die bestimmte Gruppen bedient und die breite Masse vertröstet.

Das ist der erste Triggerpunkt, den Steffen Mau und seine Kollegen beschreiben: die Ungleichbehandlung. Man muss kein Populist sein, um zu fragen, warum das Schnitzel im Restaurant steuerlich entlastet wird und der Strom in der Mietwohnung nicht. Die Regierung antwortete mit Verweis auf Haushaltsspielräume und künftige Entlastungen. Das war sachlich korrekt und beziehungsmäßig verheerend.

Kein Zirkuszelt

Im Sommer 2025 entschied Bundestagspräsidentin Julia Klöckner, zum Berliner Christopher Street Day keine Regenbogenfahne auf dem Reichstagsgebäude zu hissen. Der Kanzler verteidigte die Entscheidung

in einer Talkshow mit dem Satz, der Bundestag sei kein Zirkuszelt, auf dem man beliebig Fahnen hisse.

Man kann über Beflaggungsregeln sachlich streiten, und es gibt Argumente für Zurückhaltung bei Symbolen auf Verfassungsorganen. Aber der Vergleich mit dem Zirkuszelt war für viele junge Menschen, für queere Menschen und ihre Familien eine Herabsetzung. Er zeigte, dass der Strandkorb-Effekt nicht nur in eine Richtung wirkt. Die Union, die so oft beklagte, dass die progressiven Milieus die Gefühle konservativer Menschen nicht ernst nähmen, zeigte hier dieselbe Unempfindlichkeit gegenüber einer anderen Gruppe. Diese Gruppe war jung, städtisch und politisch mobilisierbar. Viele von ihnen wählten ein Jahr später in Berlin die Linke.

Die Richterwahl

Im Juli 2025 scheiterte im Bundestag die geplante Wahl von drei Richterinnen und Richtern für das Bundesverfassungsgericht. Die Unionsfraktion hatte der von der SPD nominierten Juristin Frauke Brosius-Gersdorf zunächst zugestimmt, zog ihre Unterstützung aber kurzfristig zurück, nachdem in konservativen und rechten Online-Medien eine Kampagne gegen sie gelaufen war, unter anderem mit Plagiatsvorwürfen, die Fachleute überwiegend für nicht stichhaltig hielten, und mit Angriffen auf ihre Haltung zum Schwangerschaftsabbruch. Die Kandidatin zog ihre Bewerbung einige Wochen später zurück.

Diese Episode gehört in dieses Buch, weil sie die Kehrseite des Strandkorb-Effekts zeigt. Hier hat eine Fraktion nicht zu wenig auf eine Empörung gehört, sondern zu sehr, und zwar auf eine organisierte Empörung aus einem kleinen, lauten Milieu. Es geht beim Zuhören nicht darum, jeder Kampagne nachzugeben. Es geht darum, zu unterscheiden, wer spricht und was er meint. Diese Unterscheidung gelang in diesem Fall nicht.

Stadtbild

Im Oktober 2025, auf einer Pressekonferenz in Potsdam, wurde Merz gefragt, was er gegen die hohen Umfragewerte der AfD tun wolle. Er antwortete, die Regierung korrigiere frühere Versäumnisse in der Migrationspolitik und mache Fortschritte, aber man habe natürlich im Stadtbild noch dieses Problem, deshalb ermögliche der Innenminister Rückführungen in großem Umfang.

Der Satz löste eine Welle der Empörung aus. Kritiker warfen dem Kanzler vor, Menschen nach ihrem Aussehen zu beurteilen. Es gab Demonstrationen, unter dem Motto „Wir sind die Töchter“ reagierten Frauen auf Merz' Nachsatz, man solle einmal die eigenen Töchter fragen, was er gemeint haben könnte. Merz präzisierte, er meine Menschen ohne dauerhaften Aufenthaltsstatus, die nicht arbeiteten und sich nicht an Regeln hielten.

Die Stadtbild-Debatte ist ein seltener Fall, in dem der Strandkorb-Effekt auf beiden Seiten gleichzeitig sichtbar wurde. In einem Politbarometer-Extra gaben 63 Prozent der Befragten dem Kanzler in seiner präzisierten Fassung recht, nur 29 Prozent widersprachen. Die Empörung in Teilen der Medien und der Politik entsprach also nicht der Mehrheitsmeinung, und viele Menschen fühlten sich durch die Heftigkeit der Kritik selbst gemeint. Zugleich zeigte die Umfrage eine tiefe Kluft zwischen den Generationen: Bei den 18- bis 34-Jährigen stimmten nur 42 Prozent zu.

Und auch Merz selbst erlag dem Effekt, auf seine Weise. Er sprach ein Gefühl an, das viele teilten, lieferte aber nichts, was dieses Gefühl hätte verändern können. Die Menschen, die ihm zustimmten, sahen in ihrem Alltag keine Veränderung, wählten also weiterhin die Partei, die dieses Thema am radikalsten vertrat. Die Menschen, die sich von ihm verletzt fühlten, suchten sich eine Partei, die sie verteidigte. Wieder profitierten beide Ränder.

Der nicht mehr finanzierbare Sozialstaat

Im Spätsommer 2025 kündigte Merz einen „Herbst der Reformen“ an. Auf einem Landesparteitag sagte er, der Sozialstaat, wie man ihn heute

habe, sei mit dem, was die Volkswirtschaft leiste, nicht mehr finanzierbar. Die Arbeitsministerin von der SPD widersprach öffentlich und in drastischen Worten. Es folgte der Umbau des Bürgergeldes zu einer neuen Grundsicherung mit strengeren Sanktionen, ein Streit über die Rente, in dem sich im November 2025 die Junge Union offen gegen ihren eigenen Kanzler stellte, und die Vorbereitung eines großen Reformpakets zu Rente, Gesundheit und Steuern.

Über die Notwendigkeit von Reformen lässt sich ernsthaft streiten, und viele Fachleute halten sie für überfällig. Das Problem lag wieder in der Reihenfolge und im Ton. Die Regierung, die den Haushalten die Stromsteuersenkung verweigert, der Gastronomie aber die Mehrwertsteuer gesenkt hatte, erklärte nun den Sozialstaat für unbezahlbar. Die Reformen wurden als Zumutungen für diejenigen wahrgenommen, die ohnehin wenig hatten. Das Wort vom Sozialabbau verbreitete sich schneller als jedes Konzept. Die Linke, die ohnehin gegen die Regierung mobilisierte, hatte ihr Thema für das Jahr 2026 gefunden.

Das Vermittlungsproblem

In der Union setzte sich in diesen Monaten eine Erklärung für die schlechten Umfragewerte durch, die man bis in den Herbst 2026 hören würde. Die Reformen seien richtig, man müsse sie nur besser erklären. Es gebe ein Kommunikationsproblem, kein inhaltliches.

Diese Erklärung ist der Strandkorb-Effekt in Reinform. Sie verlegt das Problem auf die Sachebene der Vermittlung und übersieht die Beziehungsebene. Menschen lehnen eine Politik nicht deshalb ab, weil sie sie nicht verstanden haben. Sie lehnen sie ab, weil sie das Gefühl haben, dass die, die sie beschließen, nicht auf ihrer Seite stehen. Kein noch so gut gemachtes Erklärvideo kann dieses Gefühl ändern, solange die Regierung nicht selbst etwas tut, was ihm widerspricht.

Zu Beginn des Jahres 2026 lag die Zufriedenheit mit dem Kanzler in allen großen Umfragen unter 30 Prozent. Die AfD lag in mehreren Umfragen vor der Union. Und das Jahr, das kommen sollte, würde in fünf Ländern Landtagswahlen bringen, dazu einen Krieg am Golf, einen Stromausfall in Berlin und einen Strandkorb.

Teil III: Das Jahr der Symbole (2026)

Kapitel 11: Das mediale Milieu. Blase, Bühne, Empörung

Der Strandkorb wäre nie ein Thema geworden ohne die Medien. Ein öffentlich-rechtlicher Sender hatte die Szene gefilmt, eine Boulevardzeitung machte aus den Reaktionen eine Geschichte, die sozialen Netzwerke machten aus der Geschichte eine Welle. Medien sind in diesem Buch deshalb nicht nur Beobachter des Strandkorb-Effekts. Sie sind Teil davon, in doppelter Weise: als Milieu, das selbst Lebenswelten übersieht, und als Maschine, die Symbole verstärkt, bis nur noch Symbole übrig sind.

Eine Vorbemerkung ist nötig. Wer über Medien schreibt, bewegt sich auf vermintem Gelände. Das Wort „Lügenpresse“ hat seit den Pegida-Jahren jede Medienkritik unter Generalverdacht gestellt. Dieses Kapitel ist keine Abrechnung mit dem Journalismus, der in Deutschland in weiten Teilen gut, sorgfältig und unabhängig arbeitet. Es ist der Versuch, einige strukturelle blinde Flecken zu beschreiben, die mit den blinden Flecken der Politik eng verwandt sind.

Wer berichtet

Befragungen von Journalistinnen und Journalisten in Deutschland zeigen seit vielen Jahren ein recht stabiles Bild. Die große Mehrheit hat studiert. Viele verorten sich selbst links der politischen Mitte, die Grünen sind unter ihnen deutlich häufiger die bevorzugte Partei als in der Gesamtbevölkerung. Die überregionalen Redaktionen sitzen in einer Handvoll Großstädte, allen voran Berlin, Hamburg, München und Frankfurt. Und Ostdeutsche sind in Führungspositionen großer Medienhäuser deutlich unterrepräsentiert, wie Untersuchungen zur Zusammensetzung der Eliten in Deutschland immer wieder belegen.

Daraus folgt nicht, dass Journalisten parteiisch berichten. Die meisten bemühen sich um Ausgewogenheit, und viele der wichtigsten Enthüllungen der vergangenen Jahre richteten sich gegen Regierungen

aller Farben. Es folgt aber etwas Subtileres: eine gemeinsame Wahrnehmung dessen, was normal ist, was selbstverständlich ist und was erklärungsbedürftig. Wer in einem Altbau in Prenzlauer Berg wohnt, mit dem Fahrrad in die Redaktion fährt und seinen Freundeskreis unter Akademikern hat, wird eine Debatte über Heizungen, Dieselfahrverbote oder Gendersprache anders gewichten als jemand, der in einem Dorf in der Lausitz lebt, dreißig Kilometer zur Arbeit pendelt und in seinem Umfeld niemanden kennt, der an einer Universität gearbeitet hat.

In der Hauptstadt kommt eine räumliche Nähe hinzu, die in anderen Ländern kaum ihresgleichen hat. Politiker und Journalisten treffen sich in Hintergrundkreisen, auf Empfängen, in denselben Restaurants, oft in denselben Stadtvierteln. Das ist für die Recherche nützlich, weil Vertrauen Informationen erschließt. Es erzeugt aber auch eine gemeinsame Binnenperspektive, die man in Berlin das „Raumschiff“ nennt. Im Raumschiff wirkt ein Strandkorb auf dem Kanzleramtsbalkon wie eine lustige Anekdote. Erst die Reaktion von außen macht ihn zum Problem.

Die späte Nachricht

Die folgenreichste Form des medialen Strandkorb-Effekts ist das Zögern. Das bekannteste Beispiel bleibt die Kölner Silvesternacht, über die große Nachrichtensendungen erst Tage später berichteten. Die Gründe waren keine Zensur, sondern Unsicherheit, eine dünne Informationslage und die Sorge, Ressentiments gegen Flüchtlinge zu schüren. Aber die Sorge, etwas könne falsch verstanden werden, führte dazu, dass es gar nicht verstanden wurde, jedenfalls nicht von den Medien, denen die Menschen eigentlich vertrauen sollten. Die Lücke füllten soziale Netzwerke, in denen Wahres und Erfundenes ungefiltert nebeneinanderstanden.

Dasselbe Muster zeigte sich in abgeschwächter Form bei vielen Themen, die im Milieu der Redaktionen als heikel galten: Kriminalität von Zuwanderern, Probleme in Schulen mit hohem Migrationsanteil, Clan-Strukturen, die Überforderung von Kommunen. Über all das wurde berichtet, oft auch gründlich. Aber häufig kam die Berichterstattung spät, mit Vorbehalten versehen, eingebettet in Einordnungen, die den Leser

mehr über die Haltung des Mediums als über die Sache informierten. Für einen Teil des Publikums entstand der Eindruck, dass die Medien ihm nicht zutrauten, mit Fakten umzugehen.

Das Etikett

Die zweite Form ist das Etikett. Der „besorgte Bürger“, den dieses Buch schon im dritten Kapitel beschrieben hat, war ein Etikett, das aus einer Beschreibung einen Vorwurf machte. Ähnlich wirkten Begriffe wie „Wutbürger“, „Querdenker“ oder „Verschwörungsmilieu“, die auf einen harten Kern zutrafen, aber in der Praxis oft auf alle angewandt wurden, die Kritik äußerten. Wer im Frühjahr 2021 die Verhältnismäßigkeit einer Ausgangssperre in Frage stellte, war nicht automatisch ein Verschwörungstheoretiker. Aber er konnte schnell als einer behandelt werden.

Etiketten sind bequem, weil sie die Auseinandersetzung ersparen. Sie sind gefährlich, weil sie Menschen, die man noch erreichen könnte, in eine Ecke stellen, in der sie nur noch von denen angesprochen werden, die tatsächlich radikal sind. Die AfD hat diese Dynamik früh verstanden und virtuos genutzt. Ihre Botschaft an alle, die sich etikettiert fühlten, lautete: Die anderen verachten euch, wir nicht.

Die Bühne

Die dritte Form ist die Bühne. Die politischen Talkshows der öffentlich-rechtlichen Sender waren über Jahre der wichtigste Ort, an dem sich die Republik über sich selbst verständigte. Sie hatten eine eigene Logik: eine begrenzte Zahl von Gästen, die zuverlässig pointiert formulieren, Themen, die Emotionen versprechen, und eine Dramaturgie des Streits. In den Jahren nach 2015 ging es in diesen Sendungen auffallend oft um Flucht, Islam und Integration. Kritiker warfen den Redaktionen vor, damit die Agenda der AfD zu setzen. Andere hielten dagegen, dass man über die Themen reden müsse, die die Menschen bewegten.

Beide Seiten hatten einen Punkt. Aber das eigentliche Problem der Talkshows lag woanders. Sie verhandelten die Probleme des Landes fast ausschließlich mit Menschen, die selbst Teil des politisch-medialen

Betriebs waren: Abgeordnete, Minister, Chefredakteure, Wissenschaftler, Aktivisten. Die Pflegerin, der Busfahrer, die Landwirtin traten, wenn überhaupt, als Einspielfilm auf, als Illustration. Philipp Amthor, der Protagonist dieses Buches, war über Jahre einer der häufigsten Talkshowgäste seiner Generation, schlagfertig, gebildet, unterhaltsam. Man kann ihm das nicht vorwerfen. Aber man kann fragen, ob eine politische Kultur, in der Karrieren auch über Talkshowauftritte gemacht werden, die richtigen Instinkte fördert.

Die Empörungsmaschine

Die vierte Form ist die gegenteilige, und sie ist nicht weniger problematisch: die Empörungsmaschine. Viele der Episoden in diesem Buch wurden nicht von den großen Qualitätsmedien, sondern von der „Bild“ auf die Tagesordnung gesetzt: der „Heizungs-Hammer“ 2023, die Leihmutterschaft von Jens Spahn im Juli 2026, sein Urlaubsfoto aus Sardinien im September, die Netzreaktionen auf den Strandkorb. In jedem dieser Fälle ging es um reale Vorgänge. Aber die Aufmerksamkeitslogik des Boulevards, und mehr noch die der sozialen Netzwerke, belohnt das Symbol, das Bild, die Szene, nicht die Analyse.

Dazu kommt ein Ökosystem, das in den vergangenen Jahren stark gewachsen ist: rechte Online-Portale, Telegram-Kanäle, reichweitenstarke Accounts auf X und TikTok. Die AfD hat hier früher als alle anderen Parteien eine eigene Öffentlichkeit aufgebaut. Hinzu kam Einfluss aus dem Ausland. Der Unternehmer Elon Musk warb Ende 2024 und Anfang 2025 auf seiner Plattform X offen für die AfD. Der amerikanische Präsident gratulierte der Partei im September 2026 nach ihrem Sieg in Sachsen-Anhalt öffentlich.

Die Empörungsmaschine ist deshalb kein neutrales Messinstrument für die Stimmung im Land. Sie verzerrt, verstärkt und erfindet manchmal. Genau das macht den Strandkorb-Effekt so tückisch. Die Politik hat recht, wenn sie darauf hinweist, dass nicht jeder Sturm im Netz die Meinung der Mehrheit spiegelt. Sie hat unrecht, wenn sie daraus schließt, dass kein Sturm etwas bedeutet. Die Kunst liegt darin, das Signal im Lärm zu erkennen. Beim Strandkorb war das Signal laut genug.

Der Strandkorb der Sender

Die Medien haben ihren eigenen Strandkorb-Moment erlebt. Im Sommer 2022 wurde bekannt, dass die Intendantin des Rundfunks Berlin-Brandenburg, Patricia Schlesinger, Abendessen in ihrer Privatwohnung über den Sender abgerechnet hatte, einen teuren Dienstwagen mit Massagesitzen fuhr und in umstrittene Beraterverträge verwickelt war. Sie trat zurück, der Sender geriet in eine schwere Krise. Die Affäre traf die Glaubwürdigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an seiner empfindlichsten Stelle: Er wird von allen Haushalten per Pflichtbeitrag finanziert, auch von denen, die sich kein Auto mit Massagesitzen leisten können.

Die erste Reaktion vieler Verantwortlicher in den Anstalten war auch hier die bekannte: Man verwies auf Einzelfälle, auf Compliance-Regeln, auf Aufklärung. Erst langsam setzte sich die Einsicht durch, dass es nicht um Regeln ging, sondern um eine Kultur, die sich an Privilegien gewöhnt hatte.

Was die Kamera zeigte

„Inside CDU“, die Dokumentation, in der der Strandkorb zu sehen war, ist in diesem Zusammenhang ein interessantes Stück Fernsehen. Die Partei hatte dem Sender Zugang gewährt, zu Sitzungen, zu Büros, zu persönlichen Momenten. Die Beteiligten wussten, dass die Kamera lief. Das bedeutet: Niemand fand die Szene mit dem Strandkorb problematisch, als sie gedreht wurde. Weder Amthor noch seine Mitarbeiter noch die Pressestelle der Partei noch die Redaktion, die sie auswählte und schnitt, hatten offenbar die Vorstellung, dass sie außerhalb des Kanzleramtes anders wirken könnte als innerhalb.

Das ist vielleicht der präziseste Befund dieses ganzen Buches. Der Strandkorb-Effekt ist kein Versagen im Verborgenen. Er geschieht vor laufender Kamera, im Vertrauen darauf, dass das, was man selbst normal findet, auch den anderen normal erscheinen wird. Das Problem ist nicht, dass die politisch-mediale Welt etwas zu verbergen hätte. Das Problem

ist, dass sie nicht mehr bemerkt, was man sieht, wenn man von außen hineinschaut.

Was Medien anders machen könnten

Die Antwort auf dieses Problem ist nicht weniger Journalismus, sondern ein anderer. Mehr Lokaljournalismus, der in vielen Regionen in den vergangenen Jahren ausgedünnt wurde. Redaktionen, deren Zusammensetzung auch Menschen ohne Studium, aus Ostdeutschland, aus Arbeiterfamilien einschließt. Talkshows, in denen nicht immer dieselben dreißig Gesichter sitzen. Berichterstattung, die Alltagsprobleme wie Mieten, Pendeln, Arzttermine und Pflege nicht nur als Hintergrund für politische Machtkämpfe behandelt. Und eine Haltung, die Leser und Zuschauer als erwachsene Menschen behandelt, die mit unbequemen Tatsachen umgehen können.

Die Linke hat im Wahlkampf 2025 einen Teil ihres Erfolgs damit erzielt, dass sie die klassischen Medien teilweise umging und direkt mit ihrem Publikum sprach, auf TikTok, auf Instagram, an Haustüren. Die AfD tut das seit Jahren. Beide haben damit gezeigt, dass die Deutungshoheit der Hauptstadtresse kleiner geworden ist. Die Parteien der Mitte und die großen Medien sollten das nicht als Bedrohung abtun. Sie sollten es als Hinweis verstehen, dass viele Menschen sich in ihrer Sprache nicht mehr wiederfinden.

Kapitel 12: Tennis, Tank und ein Kabinettsumbau

Das Jahr 2026 begann mit einem Stromausfall und einer Tennisstunde, und es erreichte seinen Tiefpunkt im Sommer mit einer Regierung, die mehr mit dem Umbau ihres eigenen Personals beschäftigt war als mit den Sorgen des Landes. Dazwischen lag ein Krieg, der die Spritpreise auf Rekordhöhe trieb. Dieses Kapitel erzählt die ersten acht Monate eines Jahres, in dem sich Symbole so dicht aneinanderreihen, dass sie am Ende eine eigene Geschichte ergaben.

Der Stromausfall

Am 3. Januar 2026 setzten Unbekannte in Berlin Stromkabel in Brand. Eine linksextreme Gruppe bekannte sich zu dem Anschlag. Rund 45.000 Haushalte mit mehr als 100.000 Menschen waren tagelang ohne Strom, mitten im Winter. Es war der längste Stromausfall in der Stadt seit dem Krieg. Ältere und pflegebedürftige Menschen saßen in kalten, dunklen Wohnungen.

Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner erklärte in den folgenden Tagen, er sei am ersten Tag der Krise den ganzen Tag am Telefon gewesen und habe sich zur Koordination in seinem Arbeitszimmer eingeschlossen. Recherchen des Rundfunks Berlin-Brandenburg und des „Tagesspiegels“ ergaben später, dass Wegner an diesem ersten Tag mittags eine Stunde Tennis gespielt hatte. Auch die Angabe, er habe an diesem Tag mit dem Bundeskanzler telefoniert, die das Kanzleramt zunächst bestätigt hatte, ließ sich nicht halten.

Wegner entschuldigte sich für seine Kommunikation. Aber die Affäre verfolgte ihn über Monate. Im Juli, nach weiteren Enthüllungen, verzichtete er auf die Spitzenkandidatur für die Wahl im September. Der bisherige Finanzsenator Stefan Evers übernahm, weniger als zweieinhalb Monate vor dem Wahltag.

Die Tennisstunde ist ein Lehrstück für den Strandkorb-Effekt in seiner zugespitztesten Form. Eine Stunde Sport ist kein Verbrechen, und es ist gut möglich, dass Wegners Abwesenheit auf das Krisenmanagement keinen Einfluss hatte. Aber für die Menschen in den dunklen Wohnungen

war das Bild eindeutig: Wir frieren, er spielt Tennis. Und dann kam das Schlimmere hinzu, die falsche Darstellung. Aus einem Symbol der Distanz wurde ein Symbol der Unaufrichtigkeit. Kein Satz über die Leistungsfähigkeit der Berliner Verwaltung konnte das wieder einfangen.

Der Krieg und die Zapfsäule

Am 28. Februar 2026 begannen die USA und Israel einen Krieg gegen den Iran. Die Straße von Hormus, durch die rund ein Fünftel des weltweit gehandelten Öls fließt, wurde geschlossen. Die Ölpreise schnellten nach oben, die Weltwirtschaft geriet ins Stocken. In Deutschland stiegen die Spritpreise binnen weniger Wochen auf Werte, die man bis dahin nicht kannte.

Die Bundesregierung führte im Frühjahr einen befristeten Tankrabatt ein. Er linderte die Lage, hob sie aber nicht auf. Im Spätsommer, als der Krieg sich hinzog und neue Eskalationen am Roten Meer drohten, lag der Dieselpreis wieder um 2,50 Euro, an manchen Tankstellen näher an drei Euro. Die Koalition stritt monatelang über den richtigen Weg: Die Union wollte Steuern senken, die SPD einen Preisdeckel und eine Übergewinnsteuer für Mineralölkonzerne. Mitte September kündigte der Kanzler schnelle Entlastungen an, ohne zu sagen, welche. Die neue CDU-Generalsekretärin nannte in einer Talkshow eine Entlastungsspanne von über zwanzig Cent pro Liter und stellte sie für Anfang Oktober in Aussicht.

Für Millionen Pendler, Handwerker, Pflegedienste und Landwirte war der Spritpreis in diesem Jahr kein abstraktes Thema. Er entschied darüber, ob am Monatsende noch etwas übrig blieb. Wer auf dem Land lebt, kann nicht auf das Fahrrad umsteigen. Man muss sich diesen Hintergrund vergegenwärtigen, um zu verstehen, warum ein Strandkorb im Kanzleramt im September so anders wirkte, als er im Sommer gedreht worden war.

Zwei Wahlen im Westen

Im März wurde in zwei westdeutschen Ländern gewählt, und die Ergebnisse zeigen, dass das Bild dieses Buches nicht überall gleich ist.

In Baden-Württemberg hatte die CDU mit Spitzenkandidat Manuel Hagel monatelang deutlich in den Umfragen geführt. Am 8. März lag sie am Ende mit 29,7 Prozent knapp hinter den Grünen um Cem Özdemir, die 30,2 Prozent erreichten. Im Schlussspurt hatte ein älteres Video Hagel Sexismusvorwürfe eingebracht, das Teile der CDU als Schmutzkampagne der Grünen bezeichneten. Die AfD verdoppelte sich fast auf 18,8 Prozent. Hagel sagte, man habe gewonnen und doch verloren: Die CDU hatte fast sechs Punkte zugelegt, aber den Regierungschef nicht erobert.

Zwei Wochen später, am 22. März, gewann die CDU in Rheinland-Pfalz mit Gordon Schnieder und 31,0 Prozent die Wahl und stellte nach 35 Jahren wieder den Ministerpräsidenten. Die SPD fiel auf 25,9 Prozent, ihr schlechtestes Ergebnis in diesem Land. Die AfD kam auf 19,5 Prozent, ihr bestes Ergebnis in einem westdeutschen Flächenland. Eine Analyse der Konrad-Adenauer-Stiftung zeigte, dass die AfD überdurchschnittlich viele frühere Nichtwähler mobilisiert hatte. Und die Nachwahlbefragungen ergaben: Hätten nur die 18- bis 44-Jährigen gewählt, wäre sie in Rheinland-Pfalz stärkste Kraft geworden.

Die beiden Märzahlen sind wichtig für die Balance dieses Buches. Sie zeigen, dass die CDU im Westen Wahlen gewinnen kann, wenn sie mit Kandidaten antritt, die im Land verankert sind, und wenn die bundespolitische Stimmung nicht alles überlagert. Sie zeigen aber auch, dass selbst dort, wo die CDU gewinnt, die AfD neue Rekorde aufstellt und bei den Jüngeren und Mittelalten vorne liegt.

Das Reformpaket

Anfang Juli 2026 einigte sich der Koalitionsausschuss auf das Reformpaket, das Merz seit Monaten angekündigt hatte. Es sah unter anderem vor, das gesetzliche Renteneintrittsalter für die Jahrgänge ab 1965 an die Lebenserwartung zu koppeln und damit über 67 Jahre hinaus anzuheben, Anreize zur Frühverrentung abzubauen, eine kapitalgedeckte Komponente einzuführen, das Gesundheitswesen umzubauen, die telefonische Krankschreibung abzuschaffen und ab 2027 die

Einkommensteuer zu reformieren, bei gleichzeitig höherem Spitzensteuersatz.

Fachleute lobten manches davon als überfällig. Aber das Paket traf auf eine Bevölkerung, die zur gleichen Zeit an der Tankstelle Rekordpreise zahlte und seit einem Jahr darauf wartete, dass die versprochene Stromsteuersenkung auch bei ihr ankommt. Die Botschaft, die ankam, war einfach: Wir sollen länger arbeiten, krank zum Arzt statt ans Telefon, und die Entlastung kommt später. Der Kanzler bestand darauf, dass die Reformen bis Ende des Jahres beschlossen sein müssten.

Die Kettenreaktion

Mitte Juli berichtete die „Bild“, dass der Unionsfraktionschef Jens Spahn und sein Ehemann über eine Leihmutter in den USA Eltern geworden waren. Leihmutterschaft ist in Deutschland verboten, die CDU hatte sie stets abgelehnt, Spahn selbst eingeschlossen. In Teilen der Union löste die Nachricht heftige Reaktionen aus. Ob diese Empörung angemessen war, berührt die Privatsphäre einer Familie und gehört nicht in dieses Buch. Für die Geschichte hier zählt, was folgte: Spahn trat am 18. Juli als Fraktionsvorsitzender zurück.

Merz nutzte die Lücke für einen großen Umbau. Am 24. Juli stellte er ihn vor. Kanzleramtschef Thorsten Frei wechselte an die Spitze der Fraktion. Gesundheitsministerin Nina Warken übernahm das Kanzleramt. CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann wurde Gesundheitsminister, die Schatzmeisterin Franziska Hoppermann folgte ihm in der Parteizentrale. Und Philipp Amthor, bis dahin Parlamentarischer Staatssekretär im Digitalministerium, wurde Staatsminister für die Bund-Länder-Beziehungen im Kanzleramt, als Nachfolger von Michael Meister, mit dessen Koordinierung die Landesregierungen unzufrieden gewesen waren. Merz lobte, Amthor wisse als Politiker aus einem ostdeutschen Land, wovon er spreche.

Der Umbau geriet zum Chaos. Verkehrsminister Patrick Schnieder erfuhr im Urlaub, dass er gehen sollte. Der zunächst vorgesehene Nachfolger sagte zu und dann wieder ab. Schnieder bat schließlich selbst um seine Entlassung, um eine, wie er es nannte, unwürdige Situation zu beenden.

Ein Staatssekretär im Gesundheitsministerium kritisierte öffentlich, dass seine Ablösung in Parteigremien und Presse verkündet worden sei, bevor man mit ihm gesprochen habe. Die europäische Ausgabe von „Politico“ nannte die Kombination aus Spahn-Rücktritt und Kabinettsumbau die schwerste Krise der Kanzlerschaft Merz. In der Unionsfraktion, so hieß es, sei die Frage einer Ablösung des Kanzlers nicht mehr tabu.

Eine Regierung, die sich selbst beschäftigt

Für die Menschen außerhalb Berlins ergab sich aus all dem ein Bild, das mit keiner der Einzelentscheidungen erklärt ist: eine Regierung, die im Sommer 2026 vor allem mit sich selbst beschäftigt war. Während der Diesel 2,50 Euro kostete und das Reformpaket längeres Arbeiten verlangte, sprach man in den Nachrichten über Leihmutterschaft, Personalrochaden, einen Minister, der im Urlaub gefeuert wurde, und die Frage, wer im Kanzleramt welches Büro bekommt.

In einem dieser Büros, auf dessen Balkon, stand bald ein Strandkorb. Er war, so erzählte der Lieferant später, ursprünglich für das Digitalministerium bestellt worden und nach Amthors Beförderung ins Kanzleramt umgeleitet worden. In der Dokumentation nennt Amthor seine Berufung einen Karrieresprung. Die Kamera zeigt einen jungen Mann, der sich über diesen Sprung freut. Das ist menschlich. Aber in diesem Sommer war es auch ein Bild, das all die anderen Bilder zusammenfasste.

Im Juli 2026 maß der ARD-Deutschlandtrend für den Kanzler mit 13 Prozent Zufriedenheit den niedrigsten Wert, der in der Geschichte dieser Umfrage für einen amtierenden Regierungschef je erhoben worden war. In Sachsen-Anhalt lag die AfD in den letzten Umfragen vor der Wahl bei um die 40 Prozent. Der September stand bevor.

Kapitel 13: Sechs Wochen im September. Magdeburg, Schwerin, Berlin

Zwischen dem 6. und dem 20. September 2026 wurde in drei Ländern gewählt. Am Ende dieser zwei Wochen war die AfD in zwei Ländern stärkste Kraft, die Linke in der Hauptstadt, und die CDU war aus einem Landtag verschwunden

Magdeburg: Der Erdrutsch

In Sachsen-Anhalt hatte die CDU seit 2002 jede Landesregierung angeführt. 2021 hatte sie mit Reiner Haseloff 37,1 Prozent geholt und 40 von 41 Wahlkreisen gewonnen. Haseloff, einer der populärsten Ministerpräsidenten des Ostens, war im Januar 2026 abgetreten und hatte das Amt an seinen Wirtschaftsminister Sven Schulze übergeben. Schulze hatte acht Monate Zeit, sich einen Amtsbonus zu erarbeiten. Es reichte nicht.

Am 6. September kam die AfD mit ihrem Spitzenkandidaten Ulrich Siegmund auf 43,8 Prozent, das beste Ergebnis, das eine Partei in diesem Land seit der Wiedervereinigung erzielt hatte. Sie gewann 38 der 41 Wahlkreise. Die übrigen drei, in Magdeburg und Halle, gingen an die Linke. Die CDU stürzte auf 17,2 Prozent und gewann keinen einzigen Wahlkreis. Die Wahlbeteiligung stieg von 60,3 auf 77,8 Prozent. Die AfD hatte damit nicht nur frühere CDU-Wähler gewonnen, sondern Zehntausende, die fünf Jahre zuvor gar nicht gewählt hatten. Den Landesverband der AfD stuft der Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt als gesichert rechtsextremistisch ein.

Die absolute Mehrheit verfehlte die AfD um drei Sitze. Schulze erklärte, die CDU habe keinen Regierungsauftrag mehr, und kündigte an, nicht erneut für den Landesvorsitz zu kandidieren. Siegmund kündigte an, sich im Dezember zur Wahl als Ministerpräsident zu stellen, falls er eine stabile Mehrheit zusammenbekomme. Die Regierungsbildung war offen.

In einer Nachwahlbefragung zeigten sich nur etwa neun Prozent der Wähler in Sachsen-Anhalt mit der Arbeit des Kanzlers zufrieden. Merz nannte das Ergebnis am nächsten Tag die schwerste Wahlniederlage der

CDU seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, und räumte ein, auch seine Person sei im Wahlkampf immer wieder Thema gewesen. Er versprach, die Reformen besser zu erklären. Aufzugeben sei keine Option, der Reformkurs gehe weiter. Die Kanzleramtschefin sprach von einer Zäsur, die neue Generalsekretärin von einem Ergebnis, das emotional etwas mit der Partei mache.

Die Tage danach

Was folgte, war eine Woche, die in der Presse als „Kanzlerdämmerung“ beschrieben wurde. Die SPD verlangte, die Reformen bei Rente und Pflege aufzuschnüren und über die Besteuerung von Erbschaften und Vermögen neu zu verhandeln. Unionsabgeordnete aus dem Mittelstandsflügel forderten, die SPD-Arbeitsministerin zu entlassen, was das Ende der Koalition bedeutet hätte. In einer Haushaltsdebatte im Bundestag warf Merz der AfD vor, ihr Programm der „Remigration“ sei nichts anderes als ein Synonym für ethnische Säuberung nach Herkunft und Hautfarbe. Die AfD kündigte eine Strafanzeige an.

Am selben Tag verschob Merz ein geplantes Telefonat mit dem amerikanischen Präsidenten. Donald Trump hatte den Wahlsieg der AfD auf seiner Plattform gefeiert und behauptet, die Deutschen hätten genug von den schrecklichen Einwanderungsregeln. Elon Musk hatte der AfD-Chefin zu dem Ergebnis gratuliert.

In der CDU brach eine Debatte auf, die man zuvor nur hinter vorgehaltener Hand geführt hatte. Eine Funktionärin der Jungen Union erklärte im Fernsehen, mit diesem Kanzler seien keine Wahlen mehr zu gewinnen. Ein Landtagsabgeordneter aus Sachsen-Anhalt nannte Merz ungeeignet für ein Amt, das das Land einen müsse. Die stellvertretende Generalsekretärin musste nach einem tagelangen, öffentlich ausgetragenen Streit ihren Rückzug ankündigen. In den Zeitungen wurden Szenarien durchgespielt: ein Kanzlertausch zugunsten von Hendrik Wüst oder Markus Söder, eine Minderheitsregierung, eine Vertrauensfrage. Söder und der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer warnten, ein zweiter Zusammenbruch einer Bundesregierung in Folge wäre für die AfD ein Elfmeter ohne Torwart.

Schwerin: Zerrieben

Zwei Wochen später wählte Mecklenburg-Vorpommern, Amthors Heimat. Hier regierte seit 2017 Manuela Schwesig von der SPD, zuletzt mit der Linken. Die CDU hatte 2021 schon nur 13,3 Prozent erreicht, ihr damals schlechtestes Ergebnis im Land. In den Umfragen Anfang September lag sie bei sechs bis sieben Prozent.

Am 20. September gewann die AfD mit ihrem Spitzenkandidaten Leif-Erik Holm 38,2 Prozent, mehr als doppelt so viel wie fünf Jahre zuvor. Die SPD kam nach einer Aufholjagd auf 35,5 Prozent. Die Linke erreichte 6,5, die Grünen 5,7 Prozent. Die CDU scheiterte mit 4,9 Prozent an der Fünfprozenthürde, ebenso das BSW mit 4,8 Prozent. Zum ersten Mal war die CDU in einem Landesparlament, zu dem sie angetreten war, nicht mehr vertreten. SPD, Linke und Grüne kamen gemeinsam auf eine Mehrheit von 39 der 71 Sitze.

Friedrich Merz trat kurz nach 18 Uhr vor die Kameras. Das Ergebnis in Mecklenburg-Vorpommern könne man nicht schönreden, sagte er. „Es ist ein Desaster.“ Die CDU sei in der Zuspitzung zwischen SPD und AfD zerrieben worden, der Rückenwind aus der Bundespolitik habe gefehlt. AfD-Chefin Alice Weidel erklärte, ihre Partei habe die CDU als Volkspartei abgelöst. Philipp Amthor sprach von einer historischen Niederlage.

Was „zerrieben“ verschweigt

Merz' Erklärung ist nicht falsch. In der Schlussphase des Wahlkampfes war die Wahl in Mecklenburg-Vorpommern zu einem Duell zwischen Schwesig und Holm geworden. Viele Wähler, die eine AfD-Regierung verhindern wollten, stimmten taktisch für die SPD, auch viele, die sonst vielleicht CDU gewählt hätten. Die Mechanik des Zweikampfes hat die CDU unter die Hürde gedrückt.

Aber das Wort „zerrieben“ beschreibt die Arithmetik, nicht die Ursache. Es erklärt, warum die CDU am Wahlabend unter fünf Prozent lag. Es erklärt nicht, warum sie im Wahlkampf von niemandem mehr als ernsthafte Kraft wahrgenommen wurde, warum weder die Wähler, die

die AfD verhindern wollten, noch die, die einen Wechsel wollten, in ihr eine Antwort sahen. Eine Partei wird nur zerrieben, wenn sie vorher schon keinen eigenen Halt mehr hat.

In Mecklenburg-Vorpommern lässt sich dieser Verlust an Halt über zehn Jahre verfolgen. 2016 lag die AfD im Heimatland der Kanzlerin erstmals vor der CDU. 2019 bis 2021 kämpfte die Landes-CDU mit Führungswechseln, im Sommer 2020 verzichtete ihr aussichtsreichster Kandidat für den Landesvorsitz, Philipp Amthor, nach der Augustus-Affäre auf seine Kandidatur. Bei der Bundestagswahl 2025 verlor Amthor seinen Wahlkreis an den AfD-Kandidaten Enrico Komning und kam nur über die Landesliste in den Bundestag. Die CDU hatte in diesem Land über Jahre keine Geschichte mehr zu erzählen, außer der, dass sie gegen die AfD sei. Das reichte nicht.

Berlin: Die Hauptstadt wählt links

Am selben Abend wählte Berlin. Die Ausgangslage war für die CDU ungünstig. Sie hatte 2023 mit Kai Wegner einen triumphalen Sieger errungen, nachdem die chaotische Wahl von 2021 wiederholt werden musste. Ihr zentrales Versprechen damals lautete, Berlin wieder funktionieren zu lassen. Drei Jahre später hatte ein Stromausfall die Stadt lahmgelegt und ihr Bürgermeister hatte darüber nicht die Wahrheit gesagt.

Die Linke trat mit Elif Eralp an, einer Juristin und Abgeordneten aus Friedrichshain-Kreuzberg, die zum ersten Mal auch als Kandidatin für das Amt der Regierenden Bürgermeisterin nominiert war. Ihr Wahlkampf konzentrierte sich auf die Mieten, auf die Forderung, große Wohnungsunternehmen zu vergesellschaften, wie es ein Volksentscheid 2021 verlangt hatte, und auf soziale Themen. Die SPD ging mit Steffen Krach ins Rennen, dem früheren Präsidenten der Region Hannover, gegen den kurz vor der Wahl bekannt wurde, dass die Staatsanwaltschaft wegen des Anfangsverdachts der Vorteilsannahme ermittelte. Krach wies die Vorwürfe zurück.

Das Ergebnis war historisch. Die Linke wurde mit 25,7 Prozent zum ersten Mal stärkste Kraft in Berlin. Die CDU fiel von 28,2 auf 18,8

Prozent, die AfD stieg auf 16,3, die Grünen kamen auf 14,3 Prozent. Die SPD, die Berlin über Jahrzehnte regiert hatte, stürzte auf 12,1 Prozent. Das BSW scheiterte mit 4,7 Prozent. Die Wahlbeteiligung stieg von 62,9 auf 74,2 Prozent.

Was die Berliner sagten

Die Analyse der Forschungsgruppe Wahlen liest sich wie ein Befund über den Zustand der politischen Mitte. Zum ersten Mal hatten in Berlin ausnahmslos alle Parteien ein negatives Image. Der Senat erhielt auf einer Skala von plus fünf bis minus fünf eine Bewertung von minus 1,4, die schlechteste, die je für eine Landesregierung gemessen wurde. 80 Prozent der Befragten sagten, die Stadt sei schlecht auf die Zukunft vorbereitet, so viele wie nie. 45 Prozent meinten, keine Partei sei geeignet, die Probleme Berlins zu lösen. Bundesregierung und Kanzler wurden auch in der Hauptstadt extrem schlecht bewertet.

Das wichtigste Thema waren mit großem Abstand die Mieten und der Wohnungsmarkt. Hier traute die klar größte Gruppe der Linken die meiste Kompetenz zu. Gleichzeitig glaubte nur eine Minderheit von 37 Prozent, dass Enteignungen großer Wohnungsunternehmen die Probleme lösen würden. Das ist ein bemerkenswerter Befund. Viele Menschen wählten die Linke nicht, weil sie ihr zentrales Instrument für richtig hielten, sondern weil sie die einzige Partei war, die ihr zentrales Problem mit Leidenschaft zum Thema machte. Bei der Kriminalitätsbekämpfung lagen CDU und AfD vorn, beim Verkehr die Grünen. Keine Partei überzeugte in der Breite.

Entscheidend für das Ergebnis der Linken war das Alter. Bei den unter 30-Jährigen wählte knapp die Hälfte die Linke, bei den jungen Frauen 55 Prozent, bei den jungen Männern 40 Prozent. Auch bei den 30- bis 44-Jährigen war sie mit 33 Prozent stärkste Kraft. Die CDU verlor in allen Altersgruppen und blieb nur bei den über 60-Jährigen deutlich vorne. Die Linke gewann vor allem Menschen, die 2023 nicht gewählt hatten, und Erstwähler. Elif Eralp sagte am Wahlabend, ihre Wählerinnen und Wähler fühlten sich zum ersten Mal repräsentiert.

Dieser Satz ist der Schlüssel zu diesem Buch. Er beschreibt, was die Linke in Berlin und die AfD in Sachsen-Anhalt gemeinsam haben, bei allen tiefgreifenden Unterschieden: Sie haben Menschen an die Wahlurne gebracht, die sich von niemandem mehr gemeint fühlten. In Berlin waren es junge Mieterinnen und Mieter, die eine Wohnung suchen und keine finden. In Sachsen-Anhalt waren es Menschen in Kleinstädten und Dörfern, die das Gefühl haben, dass über ihr Leben in Berlin entschieden wird, von Leuten, die ihr Leben nicht kennen.

Die Grenzen der Berliner Linken

Auch die Berliner Wahl hat ihre Schattenseiten, und sie sollen hier nicht verschwiegen werden. Der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, bezweifelte am Wahlabend, dass die Linke die Werte vertrete, die sie für sich beanspruche, und verwies auf antisemitische Grenzüberschreitungen im Wahlkampf, die folgenlos geblieben seien. Eine Mehrheit der Berliner sieht Enteignungen skeptisch, und die Frage, wie eine Linke-geführte Regierung mit einer hoch verschuldeten Stadt und einer schwierigen Sicherheitslage umgehen will, ist offen.

Und der klarste Befund der Berliner Wahl betrifft nicht die Linke, sondern die AfD. Anders als in den ostdeutschen Flächenländern lehnten in Berlin 76 Prozent eine Regierungsbeteiligung der AfD ab, 76 Prozent sahen in ihr eine Gefahr für die Demokratie. Die Hauptstadt ist in dieser Hinsicht ein anderes Land als ihr Umland. Das Land ist nicht nach links oder rechts gerückt. Es ist auseinandergerückt.

Die Reaktion der CDU

Der Kanzler nannte das Berliner Ergebnis am Wahlabend ordentlich, unter schwierigen Bedingungen. Der Spitzenkandidat Stefan Evers sprach von gemischten Gefühlen, das Ergebnis stimme demütig, man habe deutlich verloren, aber für die Ausgangslage ein ganz ordentliches Ergebnis erzielt. Beide hatten einen Punkt: Nach Wegners Rückzug und angesichts der bundesweiten Stimmung hatte die Berliner CDU schlimmere Werte befürchten müssen.

Aber auch dieses Wort ist ein kleiner Strandkorb. Eine Partei, die ein Drittel ihrer Wähler verloren hat, die ihr Rotes Rathaus verliert und in der Hauptstadt hinter einer sozialistischen Partei landet, nennt das Ergebnis ordentlich. Das mag im Vergleich zu Schwerin stimmen. Für die Menschen, die der CDU 2023 ihr Vertrauen geschenkt hatten, weil sie versprach, dass die Stadt wieder funktioniert, klingt es wie ein Schulterzucken.

Zwei Tage nach diesem Wahlabend, am 22. September 2026, veröffentlichte das ZDF die vierte Folge der zweiten Staffel von „Inside CDU“.

Kapitel 14: Zurück zum Strandkorb

Der Prolog dieses Buches hat die Szene beschrieben. Nach dreizehn Kapiteln lässt sie sich anders lesen. Sie ist kein Einzelfall mehr, sondern ein Echo: von „alternativlos“, von „Ich kann nicht erkennen“, von der Maaßen-Beförderung, vom Video, das nie erschien, von Erftstadt, von der Stromsteuer, vom Tennisplatz. Dieses Kapitel nimmt die Strandkorb-Woche noch einmal auseinander, Schritt für Schritt, und fragt, was sie über den Zustand der politischen Mitte im Herbst 2026 verrät.

Die Chronologie

Die Szene wurde im Sommer gedreht, kurz nach Amthors Wechsel ins Kanzleramt Ende Juli. Der Strandkorb war ursprünglich für sein Büro im Digitalministerium bestellt worden und wurde nach der Beförderung umgeleitet. Das ZDF veröffentlichte die Folge am 22. September, zwei Tage nach den Wahlen in Schwerin und Berlin, in einer Staffel, die den turbulenten Sommer der Merz-CDU erzählt, mit Personalrochaden und Wahlniederlagen. Am Wochenende darauf griff die „Bild“ die Reaktionen in den sozialen Netzwerken auf, die Agenturen folgten. Am Montag, dem 28. September, verkündete ein stellvertretender Regierungssprecher, dass der Korb abtransportiert werde. Am selben Tag gab Jens Spahn seinen Sitz im Haushaltsausschuss auf, nach dem Foto aus Sardinien. Am Dienstag berichteten österreichische und Schweizer Zeitungen über eine „Strandkorb-Affäre“, die die CDU belaste.

Vom Dreh bis zur Entfernung vergingen etwa zwei Monate. Von der Ausstrahlung bis zur Entfernung sechs Tage. In diesen sechs Tagen lässt sich der Strandkorb-Effekt wie unter einem Mikroskop beobachten.

Fünf Verteidigungslinien

Die Verteidigung des Strandkorbs lief entlang von fünf Linien. Jede davon ist in diesem Buch schon einmal vorgekommen.

Die erste Linie war der Kassenbon: Amthor habe den Korb privat gekauft und auch Lieferung und Aufbau selbst bezahlt. Das ist dieselbe Figur wie „nicht strafbar“ bei der Augustus-Affäre, wie der Hinweis auf die

Rechtslage bei den Maskenprovisionen, wie die Haushaltslogik bei der Stromsteuer. Sie beantwortet die Frage, ob etwas erlaubt war. Niemand hatte danach gefragt.

Die zweite Linie war die Heimat: Der Korb stehe für die Verbundenheit des Staatsministers mit seiner Heimat, er sei in seinem Wahlkreis auf Usedom gefertigt worden, ein sichtbares Symbol, das er mit ins Kanzleramt habe nehmen wollen. Diese Verteidigung ist die tragischste von allen, weil sie das Gegenteil dessen bewirkte, was sie wollte. Denn diese Heimat hatte am 20. September die CDU aus ihrem Landtag gewählt. Amthor selbst hatte seinen Wahlkreis 2025 an die AfD verloren. Ein Stück Heimat auf dem Kanzleramtsbalkon, in der Woche, in der die Heimat die eigene Partei verstoßen hatte, wirkte nicht wie Verbundenheit. Es wirkte wie Dekoration. Heimat, die man sich in die Hauptstadt stellt, ist etwas anderes als Heimat, in der man um Vertrauen kämpft.

Die dritte Linie war die persönliche: Amthor sei volksnah, fleißig, bis zu den Scheunenfesten präsent, die Aufregung völlig übertrieben. So sprach der Lieferant, selbst CDU-Mitglied. Und es ist gut möglich, dass er recht hat. Viele, die Amthor kennen, beschreiben ihn als einen Politiker, der seinen Wahlkreis ernst nimmt. Aber genau darin liegt die eigentliche Pointe des Strandkorb-Effekts. Er trifft nicht die Faulen und Gleichgültigen. Er trifft oft gerade die Fleißigen, die im Inneren des Betriebs so beschäftigt sind, dass sie nicht mehr sehen, wie ihr Betrieb von außen aussieht.

Die vierte Linie war die Relativierung: Man führe die falschen Debatten, schrieb ein konservatives Wochenblatt, die Kritik sei scheinheilig in einem Land, in dem viele ihren Urlaub in Dubai verbrächten. Das Argument vergleicht Ungleiches. Was Privatleute mit ihrem Geld und ihrer Freizeit tun, ist ihre Sache. Was ein Mitglied der Bundesregierung im Regierungssitz tut, während die Regierung die Menschen um Geduld, um längere Lebensarbeitszeit und um Verständnis für Reformen bittet, ist eine öffentliche Botschaft. Und der Satz über die falschen Debatten enthält einen Irrtum, der dieses ganze Buch durchzieht. Symbole sind

nicht das Gegenteil von Inhalten. Sie sind die Art, wie Menschen erkennen, in wessen Interesse Inhalte gemacht werden.

Die fünfte Linie war der Rückzug: Der Staatsminister nehme die Kritik sehr ernst, der Korb komme weg. Das war richtig und notwendig. Aber es war eine Korrektur ohne Einsicht, dieselbe Figur wie in der Flüchtlingspolitik 2016. Die Erklärung zum Abtransport bestand vor allem aus einer Wiederholung der Gründe, warum der Korb eigentlich in Ordnung gewesen sei. Was die Kritik eigentlich gemeint hatte, wurde nicht benannt. Wer den Korb wegräumt und gleichzeitig erklärt, dass er ihn zu Recht aufgestellt hatte, hat den Korb entfernt, aber nicht den Effekt.

Was eine andere Antwort hätte sein können

Man kann sich eine andere Reaktion vorstellen. Sie hätte nicht mit dem Kassenbon begonnen, sondern mit dem Kontext. Etwa so, als rein gedankliches Beispiel: Ich verstehe, warum dieses Bild in dieser Woche falsch wirkt. Meine Partei ist gerade in meiner Heimat aus dem Landtag gewählt worden, viele Menschen zahlen an der Tankstelle Preise, die sie sich kaum leisten können, und wir bitten sie, später in Rente zu gehen. In so einer Zeit gehört kein Strandkorb auf einen Balkon im Kanzleramt, egal wer ihn bezahlt hat. Der Korb geht zurück nach Usedom. Und ich fahre in den nächsten Wochen dorthin, wo wir verloren haben, und höre zu.

Eine solche Antwort hätte das Thema nicht aus der Welt geschafft. Aber sie hätte eine Beziehungsbotschaft gesendet: Ich habe verstanden, worum es euch geht. Es ist bezeichnend, dass sie nicht kam. Nicht, weil Amthor oder die Regierungssprecher unfähig wären, so zu sprechen. Sondern weil im Inneren des Betriebs die Frage, ob man sich korrekt verhalten hat, immer schwerer wiegt als die Frage, wie man gewirkt hat.

Das Objekt

Es lohnt sich, einen Moment beim Objekt selbst zu bleiben. Ein Strandkorb ist eigentlich ein zutiefst demokratisches Möbel. An der Ostsee mietet ihn jeder, der Rentner aus Chemnitz ebenso wie die

Familie aus Hamburg. Er ist kein Luxusgegenstand, er schützt vor Wind und Sonne, er steht in Reihen am Strand, einer wie der andere. Genau das macht die Reaktion so aufschlussreich.

Die Empörung richtete sich nicht gegen einen Luxus, sondern gegen eine Haltung. Der Strandkorb steht für Urlaub, für Erholung, für die Pause. Amthor sprach in der Szene selbst davon, ihn für den unwahrscheinlichen Fall zum Erholen zu nutzen, mit Blick auf den Kanzlergarten, in dem man manchmal einen Fuchs beobachten könne. In einem Sommer, in dem die Regierung ein Reformpaket beschlossen hatte, das ein späteres Renteneintrittsalter und die Abschaffung der telefonischen Krankschreibung vorsah, wirkte ein Urlaubsmöbel im Machtzentrum wie eine Illustration des ersten Triggerpunkts, den Steffen Mau beschreibt: Ungleichbehandlung. Ihr sollt länger arbeiten. Wir richten uns ein.

Der vielleicht wichtigste Satz der Szene ist deshalb nicht der über den Fuchs, sondern der erste: „Ja, das sieht doch super aus.“ Er drückt eine ehrliche, harmlose Freude aus. Aber es ist die Freude von jemandem, der angekommen ist. Und die Menschen, die das Video sahen, hatten gerade erlebt, dass die Partei dieses Mannes in drei Ländern hintereinander abgestraft worden war. Sie sahen niemanden, der sich Sorgen machte. Sie sahen jemanden, der zufrieden war.

Die Vorlage

Die AfD musste bei alledem nichts erfinden. Sie musste nur rahmen. Ihr Satz vom letzten Aufgebot, das die CDU schicke, und die Formulierung ihres baden-württembergischen Landeschefs, der Strandkorb sei ein Sinnbild für eine abgehobene Elite, waren Zuspitzungen, aber sie brauchten keine falschen Fakten. Das ist das Gefährliche am Strandkorb-Effekt: Er liefert den Rändern Material, das sie nicht fälschen müssen. Jede Richtigstellung der Regierung bestätigte die Rahmung zusätzlich, weil sie zeigte, dass man den Vorwurf nicht verstanden hatte.

Auch die Kritik jenseits der AfD folgte einem erkennbaren Muster, ob sie von einem früheren BSW-Europaabgeordneten kam, von einem ehemaligen FDP-Politiker oder von einem Journalisten des jungen

öffentlich-rechtlichen Angebots Funk. Abgehobenheit, Instinktlosigkeit, fehlender Bezug dazu, wie so etwas bei den Menschen ankomme, das waren die Stichworte. Es ist bemerkenswert, wie ähnlich sich Kritiker aus ganz unterschiedlichen Lagern in diesem Punkt äußerten. Der Strandkorb vereinte für ein paar Tage Menschen, die sonst wenig verbindet, in ihrer Diagnose über die Mitte.

Einsicht im Nachhinein

Philipp Amthor ist in diesem Buch dreimal vorgekommen. 2019 als Gesicht eines Antwortvideos auf Rezo, das nie veröffentlicht wurde. 2020 als Abgeordneter, der sich für eine Firma einsetzte, an der er beteiligt war. 2026 als Staatsminister mit einem Strandkorb. Jedes Mal zeigte er hinterher Einsicht. Die Partei habe auf Rezo nicht souverän reagiert, sagte er später. Die Augustus-Tätigkeit sei ein Fehler gewesen. Der Strandkorb komme weg.

Es wäre unfair, aus diesen drei Episoden ein Charakterurteil über einen Menschen abzuleiten, der politisch begabt ist, der seine Heimat liebt und der in einer Partei groß geworden ist, die ihm früh Verantwortung übertragen hat. Aber die Episoden zeigen ein Muster, das über ihn hinausreicht. Die politische Klasse hat gelernt, nach einem Fehler Einsicht zu zeigen. Sie hat nicht gelernt, den Fehler vorher zu sehen. Einsicht im Nachhinein ist eine Tugend. Instinkt im Moment ist eine Fähigkeit. Die Mitte braucht beides, und im Moment hat sie vor allem das erste.

Was der Strandkorb nicht ist

Damit dieses Kapitel nicht selbst dem Effekt erliegt, den es beschreibt, ein letzter Hinweis. Der Strandkorb hat die Wahlen im September nicht entschieden, er ist erst danach in die Öffentlichkeit gekommen. Er ist nicht der Grund dafür, dass die AfD in Sachsen-Anhalt 43,8 Prozent erreichte oder die Linke in Berlin stärkste Kraft wurde. Die Ursachen dafür liegen in den dreizehn Jahren, die dieses Buch beschrieben hat.

Der Strandkorb ist nicht die Ursache, sondern das Symptom, und zwar ein besonders gut lesbares. In ihm verdichtet sich alles: die Kluft

zwischen Sachebene und Beziehungsebene, die Binnenlogik des Betriebs, die Abwehr der Empörung, die Vorlage für die Ränder. Deshalb trägt dieses Buch seinen Namen.

Der Korb steht inzwischen wieder in Mecklenburg-Vorpommern. Die Frage, die bleibt, ist nicht, wo er steht. Die Frage ist, ob die Partei, die ihn nach Berlin geholt hat, bereit ist, ihm zu folgen.

Kapitel 15: Was gegen diese These spricht

Ein Buch, das der politischen Mitte vorwirft, Kritik nicht zu hören, muss sich selbst der Kritik stellen. Die These vom Strandkorb-Effekt ist anschaulich, und gerade deshalb ist sie verführerisch. Sie erklärt viel, aber nicht alles. Dieses Kapitel sammelt die stärksten Einwände gegen sie, so fair wie möglich, und fragt, was nach ihnen von der These übrig bleibt.

Erster Einwand: Die Ursachen liegen tiefer

Der gewichtigste Einwand lautet, dass der Aufstieg der AfD vor allem strukturelle Ursachen hat, auf die das Verhalten einzelner Politiker kaum Einfluss hat. Die Hochburgen der Partei liegen in Regionen, die nach 1990 einen radikalen wirtschaftlichen Umbruch erlebten, in denen ganze Industrien verschwanden, aus denen Hunderttausende junge Menschen, überdurchschnittlich viele junge Frauen, in den Westen abwanderten. Zurück blieben älter werdende, oft männlich geprägte Gemeinden mit ausgedünnter Infrastruktur, geschlossenen Bahnhöfen, fehlenden Ärzten. Wahlforscher finden starke Zusammenhänge zwischen solchen Merkmalen und dem AfD-Anteil. Ein Strandkorb im Kanzleramt ändert daran nichts, ein besserer Kommunikationsstil auch nicht.

Der Einwand ist berechtigt. Aber er erklärt nicht alles. Strukturelle Bedingungen ändern sich langsam. Die Wahlergebnisse der AfD schwankten dagegen deutlich: Sie lag im Sommer 2015 in Umfragen bei drei Prozent, ein Jahr später in Mecklenburg-Vorpommern bei über 20, 2021 im Bund wieder bei zehn, 2025 bei über 20. Diese Schwankungen folgen politischen Ereignissen, nicht demografischen Kurven. Zudem gab es dieselben strukturellen Probleme in Ostdeutschland schon in den Neunziger- und Nullerjahren. Damals fing die PDS, später die Linke, einen großen Teil dieser Unzufriedenheit auf, in demokratischen Bahnen. Dass die Unzufriedenheit heute zu einer in Teilen rechtsextremen Partei wandert, ist also auch eine Frage des politischen Angebots.

Zweiter Einwand: Das ist ein internationaler Trend

Der zweite Einwand lautet, dass der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien ein Phänomen der gesamten westlichen Welt ist. Donald Trump gewann in den USA zweimal die Präsidentschaft. In Frankreich ist der Rassemblement National die stärkste Partei, in Italien regiert Giorgia Meloni, in den Niederlanden gewann Geert Wilders 2023 die Wahl, in Österreich wurde die FPÖ 2024 stärkste Kraft, in Großbritannien führte Reform UK zeitweise die Umfragen an. Wer das deutsche Phänomen auf die Instinktlosigkeit der CDU zurückführt, übersieht, dass es in Ländern mit ganz anderen Parteien und ganz anderen Politikern ähnlich verläuft.

Auch das stimmt. Aber der internationale Vergleich zeigt zugleich, dass die Reaktion der Mitte einen Unterschied macht. In Dänemark verschärften die Sozialdemokraten unter Mette Frederiksen ab 2019 die Migrationspolitik deutlich und verbanden das mit einer klaren Sozialstaatspolitik. Die rechtspopulistische Dänische Volkspartei, einst eine der erfolgreichsten Europas, stürzte in der Folge ab. Man muss den dänischen Weg nicht für richtig halten, er ist umstritten und hat seine eigenen Kosten. Aber er zeigt, dass der internationale Trend kein Naturgesetz ist. Die Mitte kann ihn beeinflussen, in die eine wie in die andere Richtung.

Dritter Einwand: Die Ränder haben aufgerüstet

Der dritte Einwand verweist auf die Angebotsseite. Die AfD ist heute eine professionelle, finanzstarke Partei mit einer eigenen Medienwelt, mit einer Reichweite in sozialen Netzwerken, die alle anderen Parteien übertrifft, und mit Unterstützung aus dem Ausland, von Tech-Milliardären bis zu russischen Desinformationskampagnen. Algorithmen belohnen Empörung. Die Linke hat mit Heidi Reichinnek eine Politikerin, die diese Mechanismen virtuos beherrscht. Nach dieser Lesart ist nicht die Mitte schlechter geworden, sondern die Ränder sind besser geworden.

Der Einwand beschreibt eine wichtige Veränderung. Aber er verwechselt Verstärker und Quelle. Algorithmen und Kampagnen können nur

verstärken, was bereits da ist. Ein Strandkorb-Video funktioniert in den sozialen Netzwerken, weil es eine vorhandene Stimmung trifft. Russische Desinformation hat in Deutschland Erfolg, weil sie auf ein Misstrauen trifft, das sie nicht erzeugt hat. Die Ränder haben gelernt, die Lücken der Mitte auszunutzen. Die Lücken mussten dafür aber existieren.

Vierter Einwand: Die Wähler wollen Unvereinbares

Der vierte Einwand ist der politisch ehrlichste. Er lautet: Die Wähler wollen Dinge, die sich nicht miteinander vereinbaren lassen. Sie wollen niedrigere Steuern und bessere Schulen. Sie wollen weniger Zuwanderung und mehr Pflegekräfte. Sie wollen Klimaschutz, aber keine Vorschriften für ihre Heizung. Sie wollen eine sichere Rente, aber nicht länger arbeiten. Eine Politik, die all diese Wünsche ernst nimmt, ist unmöglich. Die repräsentative Demokratie ist gerade dafür da, dass gewählte Vertreter nach bestem Wissen entscheiden, auch gegen die Stimmung des Tages. Wer von der Politik verlangt, auf jede Empörung zu reagieren, verlangt das Ende verantwortlicher Politik.

Diesem Einwand stimmt dieses Buch zu, soweit er reicht. Es verlangt nicht, dass Politik jeder Empörung folgt. Kapitel 10 hat gezeigt, was passiert, wenn eine Fraktion einer organisierten Kampagne nachgibt, wie bei der gescheiterten Richterwahl. Der Strandkorb-Effekt handelt nicht davon, dass die Politik zu wenig gehorcht. Er handelt davon, dass sie falsch zuhört. Man kann eine unpopuläre Entscheidung treffen und gleichzeitig zeigen, dass man verstanden hat, was sie für die Betroffenen bedeutet. Man kann Zielkonflikte offen benennen, statt sie hinter Formeln wie „alternativlos“ zu verstecken. Die Wähler sind durchaus in der Lage, unbequeme Wahrheiten zu akzeptieren. Was sie schwer akzeptieren, ist das Gefühl, dass diejenigen, die ihnen die Wahrheiten zumuten, selbst nicht betroffen sind.

Fünfter Einwand: Die Mitte gewinnt doch noch

Der fünfte Einwand verweist auf die Wahlergebnisse, die in dieses düstere Bild nicht passen. Die CDU gewann 2026 in Rheinland-Pfalz nach 35 Jahren den Ministerpräsidentenposten zurück. In Baden-

Württemberg legte sie fast sechs Punkte zu. Die Union wurde 2025 stärkste Kraft im Bund. Die AfD verlor 2021 an Stimmen. In Mecklenburg-Vorpommern holte die SPD mit einer populären Ministerpräsidentin in wenigen Wochen einen großen Rückstand auf. Parteien der Mitte bilden in fast allen Ländern weiterhin die Regierungen.

Diese Ergebnisse sind wichtig, und dieses Buch hat versucht, sie nicht zu verschweigen. Sie zeigen, dass der Strandkorb-Effekt kein Schicksal ist. Wo Kandidaten im Land verwurzelt sind, wo sie glaubwürdig wirken und wo die Wähler das Gefühl haben, dass jemand ihre Sprache spricht, gewinnt die Mitte nach wie vor. Aber diese Beispiele ändern nichts an der Grundrichtung. Auch in Rheinland-Pfalz erzielte die AfD ihr bestes westdeutsches Ergebnis. Auch dort hätte sie bei den Unter-45-Jährigen vorne gelegen. Die Mitte gewinnt noch Wahlen. Sie verliert die Zukunft.

Sechster Einwand: Die Symbolkritik ist selbst populistisch

Der sechste Einwand richtet sich gegen dieses Buch selbst. Er lautet: Wer die Politik an Strandkörben, Tennisstunden und Urlaubsfotos misst, betreibt das Geschäft der Populisten. Er nährt das Bild von einer abgehobenen, selbstbezogenen Klasse, das die AfD seit Jahren zeichnet. Er trivialisiert Politik, indem er Möbelstücke wichtiger nimmt als Rentenreformen. Und er übersieht, dass viele dieser Empörungen von Boulevardmedien und rechten Kanälen gezielt erzeugt werden. Das konservative Wochenblatt, das von den falschen Debatten sprach, hatte insofern einen Punkt.

Dieser Einwand ist ernst zu nehmen, und er ist der Grund, warum dieses Buch darauf besteht, Symbole als Symptome zu lesen, nicht als Skandale. Der Strandkorb ist kein Skandal. Es wäre falsch, aus ihm auf die Moral eines Politikers oder einer Partei zu schließen. Aber es wäre ebenso falsch, ihn zu ignorieren. Symbole sind die Sprache, in der Menschen, die keine Zeit haben, Gesetzentwürfe zu lesen, sich ein Urteil darüber bilden, ob Politik für sie gemacht wird. Wer diese Sprache verachtet, verachtet die Menschen, die sie sprechen.

Siebter Einwand: Die Wähler sind selbst verantwortlich

Der siebte Einwand ist der moralisch wichtigste. Er lautet: Wer die Wahl der AfD mit den Fehlern der Mitte erklärt, entmündigt die Wähler.

Erwachsene Menschen, die eine Partei wählen, deren führende Vertreter von Remigration sprechen und deren Landesverbände vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestuft werden, tragen für diese Wahl selbst die Verantwortung. Studien wie die Leipziger Autoritarismus-Studie zeigen zudem, dass es in Teilen der Bevölkerung verfestigte menschenfeindliche und autoritäre Einstellungen gibt, die keine Politik der Mitte auflösen wird.

Dieser Einwand ist richtig, und er soll hier ohne Einschränkung stehen bleiben. Niemand wählt eine Partei, weil ein anderer einen Strandkorb auf den Balkon stellt. Wer die AfD wählt, trifft eine Entscheidung, und er kann wissen, was diese Partei in weiten Teilen vertritt. Dieses Buch handelt dennoch von der Mitte, weil sie der Teil des Problems ist, den sie selbst in der Hand hat. Die Verantwortung der Wähler hebt die Verantwortung der Gewählten nicht auf. Beides gilt gleichzeitig.

Achter Einwand: AfD und Linke gehören nicht in einen Satz

Der letzte Einwand betrifft den Untertitel dieses Buches. Wer AfD und Linke in einem Atemzug nennt, betreibe die bequeme Gleichsetzung von links und rechts, die sogenannte Hufeisentheorie. Die AfD sei eine Partei, die in Teilen die Grundlagen der Demokratie angreife. Die Linke sei eine demokratische Partei, deren Programm man ablehnen könne, die aber auf dem Boden der Verfassung stehe.

Dieses Buch teilt diese Unterscheidung, und es hat sie im ersten Kapitel ausdrücklich getroffen. Es nennt beide Parteien gemeinsam, weil sie eine gemeinsame Funktion erfüllen, nicht weil sie eine gemeinsame Ideologie hätten. Beide gewinnen dort, wo Menschen sich von der Mitte nicht vertreten fühlen. Dass die Linke dabei in Berlin eine demokratische Alternative bietet und die AfD in Sachsen-Anhalt eine in Teilen rechtsextreme, ist ein wichtiger Unterschied. Für die Parteien der Mitte

ist die Lektion dennoch dieselbe: Beide Erfolge sind Rechnungen für eigene Versäumnisse.

Was übrig bleibt

Nach diesen acht Einwänden bleibt die These in veränderter Form bestehen. Der Strandkorb-Effekt ist keine vollständige Erklärung für den Aufstieg von AfD und Linker. Er ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung. Strukturelle Probleme, internationale Trends, die Professionalisierung der Ränder, widersprüchliche Wählerwünsche und die Verantwortung der Wähler selbst gehören ebenso zum Bild.

Aber der Strandkorb-Effekt ist der Teil des Problems, den die Mitte selbst in der Hand hat. Sie kann die Demografie Ostdeutschlands nicht ändern, den Algorithmus von TikTok nicht, die Politik Donald Trumps nicht. Sie kann aber entscheiden, wie sie auf Kritik reagiert, welche Versprechen sie gibt und hält, welche Bilder sie erzeugt und wie sie über die Menschen spricht, die sie verloren hat. Darum geht es im letzten Teil dieses Buches.

Schluss: Raus aus dem Strandkorb

Dieses Buch hat dreizehn Jahre in einem einzigen Bild zusammengefasst. Zum Schluss soll es nicht bei der Diagnose bleiben. Wenn der Strandkorb-Effekt der Teil des Problems ist, den die Mitte selbst in der Hand hat, dann muss sich beschreiben lassen, was sie anders machen könnte. Die folgenden zehn Regeln sind kein Programm und kein Wahlkampfkonzept. Sie sind Lehren aus den Kapiteln dieses Buches, jede mit einem Beispiel, das zeigt, warum sie nötig ist.

1. Die Anklam-Probe

Vor jeder öffentlichen Handlung, jedem Foto, jeder Personalentscheidung, jedem Satz in einer Talkshow sollte eine Frage stehen: Wie sieht das aus Anklam aus? Oder aus Marzahn, aus Gelsenkirchen, aus einem Dorf im Hunsrück. Nicht, ob es erlaubt ist. Nicht, ob es sich sachlich begründen lässt. Sondern wie es wirkt, auf jemanden, der morgen um sechs Uhr zur Frühschicht fährt und am Wochenende in den Nachrichten sieht, was die Regierung tut. Der Strandkorb hätte diese Probe nicht bestanden. Die Tennisstunde im Stromausfall nicht. Die Beförderung eines untragbaren Behördenchefs nicht. Das Lachen in Erfstadt vielleicht nicht einmal bemerkt, aber die Probe hätte jemanden daran erinnert, wo er steht.

2. Erst die Beziehung, dann die Sache

Wenn Empörung entsteht, beginnt die Antwort nicht mit dem Kassenbon, sondern mit dem Kontext. Wer kritisiert wird, sollte zuerst benennen, was die Kritik eigentlich meint, und erst dann die Fakten nachliefern. „Ich verstehe, warum das in dieser Woche falsch wirkt“ ist kein Schuldeingeständnis. Es ist die Voraussetzung dafür, dass die Fakten überhaupt noch gehört werden. Wer mit den Fakten beginnt, bestätigt den Vorwurf der Abgehobenheit, bevor er ihn widerlegen kann.

3. Korrektur mit Anerkennung

Wenn die Politik ihren Kurs ändert, sollte sie das sagen, und sie sollte denen, die die Korrektur gefordert haben, recht geben, wo sie recht

hatten. Die Flüchtlingspolitik von 2016 hat gezeigt, was geschieht, wenn eine Regierung ihre Richtung ändert und gleichzeitig behauptet, sie sei nie falsch gefahren: Die politische Rendite der Korrektur geht an die, die den Fehler zuerst benannt haben. Anerkennung kostet nichts außer Stolz. Sie ist das billigste Mittel gegen die Ränder, das es gibt.

4. Weniger versprechen, mehr halten

Die Schuldenbremse, die Stromsteuer, das Versprechen vom November 2024, keine Mehrheiten mit der AfD zu suchen: Die Glaubwürdigkeit der Union in diesem Jahrzehnt ist vor allem an gebrochenen Zusagen zerbrochen, nicht an falschen Positionen. Jede Zusage, die gebrochen wird, lehrt die Wähler, dass Worte nichts gelten. Eine Partei, die weniger verspricht und das Versprochene hält, wird auf Dauer mehr Vertrauen gewinnen als eine, die im Wahlkampf alles verspricht und in der Regierung alles erklärt. Wo sich die Lage wirklich ändert, muss der Wortbruch als Wortbruch benannt werden, mit einer Entschuldigung, nicht mit einem Verweis auf die Weltlage.

5. Die Zumutungen von oben nach unten

Wer den Menschen Zumutungen abverlangt, ein späteres Rentenalter, strengere Regeln beim Bürgergeld, höhere Preise, muss sichtbar bei sich selbst anfangen. Nicht, weil ein Strandkorb oder ein Urlaub in der Sitzungswoche den Haushalt ruinieren würde. Sondern weil Menschen nur dann bereit sind, etwas zu tragen, wenn sie sehen, dass die, die es verlangen, auch etwas tragen. Die Reihenfolge ist entscheidend: erst die eigene Zurückhaltung, dann die Forderung an andere. Die Stromsteuer für die Industrie und die Mehrwertsteuersenkung für die Gastronomie vor der Entlastung der Haushalte war die falsche Reihenfolge.

6. Alltag vor Weltanschauung

Die Linke hat ihr Comeback nicht mit einer neuen Theorie geschafft, sondern mit einem Heizkostencheck, einer Mietprüfung und Hunderttausenden Gesprächen an Haustüren. Das ist die wichtigste Lehre, die die Mitte von ihr lernen kann. Mieten, Preise, Pendeln, Arzttermine, Kitaplätze, Pflege: Das sind die Themen, an denen

Menschen erkennen, ob Politik für sie gemacht wird. Wer über diese Themen nur in Form von Reformpaketen und Kommissionsberichten spricht, spricht an ihnen vorbei. Konkrete Hilfe, die man anfassen kann, wirkt stärker als jede Zahl im Koalitionsvertrag.

7. Anwesenheit statt Auftritte

Die CDU hat mit ihren Kreisverbänden, Ortsverbänden und Mandatsträgern in den Kommunen eine Infrastruktur, von der die Linke nur träumen konnte. Sie nutzt sie zu wenig. Die Präsenz vor Ort, bei Scheunenfesten und Feuerwehrfesten, ist wertvoll, aber sie ersetzt nicht das systematische Zuhören. Die Mitte sollte dorthin gehen, wo sie verloren hat, nicht nur dorthin, wo man sie freundlich empfängt. Nach dem 20. September wäre der Ort dafür Vorpommern gewesen, nicht der Kanzlergarten. Eine Talkshow erreicht ein Publikum. Eine Haustür erreicht einen Menschen.

8. Ein Personal, das das Land kennt

Der Weg aus dem Hörsaal in den Plenarsaal bringt kluge Politiker hervor. Er bringt aber selten Politiker hervor, die wissen, wie sich eine Nachtschicht anfühlt oder eine Nebenkostennachzahlung, die das Monatsbudget sprengt. Die Parteien der Mitte sollten gezielt Menschen aus Ausbildungsberufen, aus Ostdeutschland, aus kleinen Städten und aus Familien ohne akademischen Hintergrund gewinnen und fördern, nicht als Quotenfiguren, sondern als Frühwarnsystem. Eine Fraktion, in der jemand sitzt, der selbst Lkw gefahren ist, hätte die Debatte über die Spritpreise früher verstanden.

9. Brandmauer plus Angebot

Die Abgrenzung von der AfD ist richtig, und sie muss bleiben. Eine Partei, deren Landesverbände als gesichert rechtsextremistisch gelten und deren Führung von Remigration spricht, kann kein Partner der demokratischen Mitte sein. Aber die Brandmauer ist eine Grenze, keine Strategie. Sie sagt, was man nicht tut. Sie sagt nicht, was man für die Menschen tut, die diese Partei wählen. Die Mitte muss beides verbinden: eine klare Absage an die Partei und ein ernsthaftes Werben um ihre

Wähler, ohne deren Sprache zu borgen und ohne sie zu verachten. Und die Union wird eine ehrlichere Antwort als bisher auf die Frage finden müssen, wie sie in Ländern regieren will, in denen AfD und Linke zusammen die Mehrheit stellen. Eine Unvereinbarkeit nach beiden Seiten, die in Thüringen 2020 in eine Sackgasse führte und die Partei im Osten immer häufiger ohne eigene Machtperspektive dastehen lässt, ist eine Haltung, aber noch keine Antwort.

10. Raus aus dem Raumschiff

Die letzte Regel gilt für Politik und Medien gleichermaßen. Die politisch-mediale Welt der Hauptstadt ist ein Milieu mit eigenen Selbstverständlichkeiten, eigenen Witzen, eigenen Tabus. Das ist in jeder Hauptstadt so. Gefährlich wird es, wenn dieses Milieu vergisst, dass es ein Milieu ist, und seine Normalität für die des Landes hält. Mehr Lokaljournalismus, vielfältigere Redaktionen, Talkshows mit anderen Gästen, Hintergrundkreise mit weniger Nähe: All das würde helfen. Am meisten würde helfen, wenn beide Seiten die Szene mit dem Strandkorb einmal so betrachten, wie sie in Anklam betrachtet wurde.

Die offene Seite

Ein Strandkorb hat drei geschlossene Seiten und eine offene. Die geschlossenen Seiten schützen vor dem Wind. Die offene Seite zeigt zum Meer, zur Weite, zum Horizont. Wer an der Ostsee einen Strandkorb aufstellt, dreht ihn so, dass der Rücken zum Wind steht und der Blick nach vorne geht.

In der Szene aus dem Kanzleramt sagt Philipp Amthor, er könne den Korb ja noch in Richtung Kanzlergarten drehen. Das ist, bei aller Harmlosigkeit, eine genaue Beschreibung des Problems, das dieses Buch beschrieben hat. Die politische Mitte hat ihren Strandkorb in den vergangenen dreizehn Jahren immer wieder zum Garten der Macht gedreht, zu den eigenen Kreisen, zu den eigenen Selbstverständlichkeiten. Den Wind hat sie im Rücken gespürt, als lästige Störung. Den Blick auf das Land hat sie verloren.

AfD und Linke haben ihren Korb in die andere Richtung gestellt. Die eine mit dem Blick auf Wut und Kränkung, die andere mit dem Blick auf Mieten und Preise. Beide haben damit Menschen erreicht, die sich von der Mitte nicht mehr gesehen fühlten. Das ist ihr Erfolg, und es ist das Versagen der anderen.

Der Strandkorb aus dem Kanzleramt steht jetzt wieder in Mecklenburg-Vorpommern, in dem Land, in dem die CDU nicht mehr im Landtag sitzt. Vielleicht steht er an einem Strand auf Usedom, zwischen Tausenden anderen, einer wie der andere. Das wäre der richtige Ort für ihn. Und es wäre der richtige Ort für eine Partei, die wieder verstehen will, was die Menschen sehen, wenn sie nach Berlin schauen: am Strand, zwischen den anderen, mit dem Rücken zum Wind und dem Blick aufs Land.

Nachwort

Ich möchte kurz erklären, wie es zu diesem Buch gekommen ist – und gleichzeitig sind dies die einzigen Zeilen, die hier von einem Menschen geschrieben wurden.

Unter dem Namen @stagerbn bin ich recht intensiv auf X aktiv und beteilige mich an politischen Diskussionen. So natürlich auch an der rund um den Strandkorb. Nicht nur das Gehabe Amthors in der ZDF Dokumentation „Inside CDU“ ließ mich sprachlos zurück, sondern allein schon die Idee Amthors überhaupt einen Strandkorb auf der Terrasse seines Büros aufzustellen. Dies habe ich in mehreren Posts geäußert.

Ebenso verwundert war ich über einige Reaktionen, insbesondere aus dem Umfeld der Union, die Amthor und seinen Strandkorb verteidigten.

Ich entwickelte die These dass der, der die Empörung nicht versteht, auch die Breite der Wähler nicht mehr versteht und damit die linken und rechten Ränder stärkt. Von ChatGPT ließ ich mir das Cover dieses Buchs erstellen und postete dieses.

Nachdem einige Nutzer kommentierten, dieses Buch würden sie kaufen, mir aber die Zeit fehlte, es zu schreiben, gab ich Claude Opus 5.5 den Auftrag. Damit ist dieses kleine E-Book nicht nur ein Blick auf die Politik, sondern auch ein kleiner KI Showcase.

Auch wenn ich selbst im Detail manches schärfer formuliert hätte, erklären diese Ausführungen aus meiner Sicht doch recht gut, wie die Lage in der Republik so wurde, wie sie ist. Und beim Durchlesen des Manuskripts dachte ich mehr als nur einmal – stimmt, das war ja auch noch. Wenn es Ihnen auch so geht, haben die vorigen Seiten ihren Zweck schon erfüllt.

Über Ihr Feedback auf X freue ich mich.

Severin Tatarczyk, im September 2026

Stand und Quellen

Dieses Manuskript wurde Ende September 2026 abgeschlossen, eine Woche nach den Wahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Die Regierungsbildungen in Magdeburg, Schwerin und Berlin waren zu diesem Zeitpunkt offen, ebenso die Zukunft der Kanzlerschaft von Friedrich Merz. Die in diesem Buch genannten Wahlergebnisse des Jahres 2026 sind vorläufige amtliche Ergebnisse. Zitate von Politikerinnen und Politikern sind, wo nicht anders vermerkt, sinngemäß wiedergegeben und stützen sich auf die im Quellenverzeichnis genannten Berichte.

Quellen

Die Wahlergebnisse 2013 bis 2025 folgen den amtlichen Endergebnissen der Bundeswahlleiterin und der Landeswahlleitungen; sie sind vor Drucklegung einmal zentral gegenzuprüfen. Für 2026 gelten die vorläufigen amtlichen Ergebnisse, zitiert nach den unten genannten Berichten.

Die Strandkorb-Woche (September 2026)

[Tagesspiegel/dpa: Amthor will Strandkorb selbst bezahlt haben und schickt ihn zurück](#), 28.09.2026

[ZDFheute: Strandkorb im Kanzleramt wird zurückgebracht](#), 28.09.2026

[t-online: Kritik an Amthor nach Strandkorb-Video und Verkäufer äußert sich](#)

[Blick: Strandkorb auf Kanzleramt-Balkon sorgt für Spott](#), 28.09.2026

[Berliner Zeitung: Amthor erntet Spott für Strandkorb](#)

[Die Tagespost: Wir führen die falschen Debatten](#)

[Der Standard: „Strandkorb-Affäre“ belastet die CDU](#), 29.09.2026

[Tagesspiegel: Spahn gibt Posten im Haushaltsausschuss ab](#), 28.09.2026

Wahlen 2026

[ZDFheute: Wahl in Berlin, Linke klar vor CDU](#), 21.09.2026

[Forschungsgruppe Wahlen/ZDFheute: Analyse der Berlin-Wahl und Wählerwanderung zur Linken](#)

[ZDFheute: Mecklenburg-Vorpommern, AfD vor SPD, CDU fliegt aus dem Landtag, 21.09.2026](#)

[ZDFheute: Wahl in Sachsen-Anhalt, AfD klar vor CDU, 06.09.2026](#)

[bpb: Landtagswahl Baden-Württemberg 2026 und ZDFheute: Grüne knapp vor CDU](#)

[Konrad-Adenauer-Stiftung: Wahlanalyse Rheinland-Pfalz 2026 und ZDFheute-Liveblog zur Wahl](#)

Regierung und Union 2025/26

[Wikipedia: 2026 Merz government crisis \(Chronologie mit Einzelnachweisen, Stand Mitte September 2026\)](#)

[Bundesregierung: Kanzler Merz zu Veränderungen im Kabinett, 24.07.2026, und t-online zum Umbau](#)

[ZDFheute: Wegner zieht Spitzenkandidatur zurück, 10.07.2026, und taz zu den Angaben über das Telefonat mit dem Kanzler](#)

[dpa-AFX: Wie die Koalition um Entlastung bei den Spritpreisen ringt, 18.09.2026](#)

[ARD-DeutschlandTrend September 2026 und ZDF-Politbarometer](#)

[Handelsblatt: Mehrheit stimmt Merz' Stadtbild-Äußerung zu, 24.10.2025](#)

[Verwaltungsgericht Köln: Beschluss zur Einstufung der AfD, 26.02.2026](#)

Die Linke

[ZDFheute: Linke wählt neues Spitzenduo, 20.06.2026](#)

[der Freitag: Die Linke, hier ist die neue Jugendbewegung, 13.02.2025](#)

[Wikipedia: Die Linke \(Mitgliederzahl Ende 2025\)](#)

Frühere Jahre

[Tagesspiegel: „Die Zerstörung der CDU“ erfolgreichstes Youtube-Video 2019 und t-online: Amthor postet doch kein Antwortvideo](#)

[Stefan Fries: zum Merkel-Zitat nach der Bundestagswahl 2017](#)

[Wikipedia: Wir schaffen das](#)

Literatur

[Paul Watzlawick, Janet H. Beavin, Don D. Jackson: Menschliche Kommunikation. Formen, Störungen, Paradoxien \(1969\)](#)

[Andreas Reckwitz: Die Gesellschaft der Singularitäten \(2017\)](#)

[Lea Elsässer, Svenja Hense, Armin Schäfer: Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015 \(Studie für den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2016\)](#)

Steffen Mau, Thomas Lux, Linus Westheuser: Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft (2023)

Sahra Wagenknecht: Die Selbstgerechten (2021)